

# Vorwärts

### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 1,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Anzeigenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Bezirks- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stehende Anzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich täglich außer Montags.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 31. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Zur Frage der Maifeier.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Stuttgart auch die Frage der Maifeier von neuem erörtert und voraussichtlich definitiv entschieden werden wird. Der diesjährige Aufruf des Parteivorstandes dürfte ebenso zur Aufrollung der Frage in Stuttgart beitragen, wie das Bestreben mancher Gewerkschaftskreise, einen Verzicht auf die Arbeitsruhe durchzusetzen und die Feier auf Versammlungsdemonstrationen am Abend des 1. Mai zu beschränken.

Man braucht nur die eingehende Maifeierdebatte des Jenaer Parteitages und die Diskussion des Kölner Gewerkschaftskongresses nachzulesen, um sich davon zu überzeugen, daß die Meinungen über den Wert der Arbeitsruhe am 1. Mai namentlich in gewerkschaftlichen Kreisen weit auseinandergehen. Während z. B. dem Kölner Gewerkschaftskongress eine Reihe von Resolutionen einzelner Jahrestellen, Gewerkschaftsartelle und Agitationskommissionen vorlagen, die ein energischeres Eintreten für die Arbeitsruhe am 1. Mai verlangten, hatte Genosse Robert Schmidt, als Referent über die Maifeierfrage, eine Resolution vorgelegt, in der es hieß:

„Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Feier, durch Arbeitsruhe begangen, nur einen kleinen Teil der Arbeiterklasse erreicht, große Gruppen von der Arbeitsruhe Abstand nehmen müssen. Nicht in der Arbeitsruhe liegt der Wert der Maifeier, sondern in der Massendemonstration, die allen Arbeitern ungehindert die Teilnahme gestattet, um für die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihre Stimme zu erheben. Die Arbeitsruhe bedeutet Ausschluß großer Arbeiterkreise von der Maifeier, wodurch der einheitliche Charakter der Demonstration Einbuße erleidet.“

Zu einer Abstimmung kam es in Köln nicht. Sämtliche Antragsteller zogen ihre Resolutionen zurück. Genosse Robert Schmidt erklärte in dem Schlusswort: „Wir begnügen uns in der Sache mit der erfolgten Aussprache. Wir hoffen, daß sich Mittel und Wege finden lassen, um die Frage in einer für die Gewerkschaften zufriedenstellenden Weise zu lösen.“

Vier Monate später fand dann auf dem Jenaer Parteitage eine ausgedehnte Maifeierdebatte statt. Robert Schmidt vertrat auch hier den von ihm in Köln eingenommenen Standpunkt. Auch andere in Gewerkschaften hervorragende tätige Genossen schlossen sich seiner Auffassung an. So z. B. Silberschmidt, der nicht nur namens der „ganzen schlesischen Parteiorganisation“ die Befreiung der Arbeitsruhe forderte, sondern auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus folgende Bedenken gegen sie äußerte:

„Die Geldfrage ist für uns in zweiter und letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwicklung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden häufig große industrielle Betriebe wieder auf Jahre hinaus von Organisierten entblößt und es vergehen wieder Jahre, bevor die Organisation wieder den früheren Einfluß gewinnt. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Maifeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Maifeier zwingt uns, zu ganz bestimmten Zeitpunkten uns auf Lohnbewegungen einzulassen; die Unternehmer können sich darauf vorbereiten und unsere Aufgabe ist uns erschwert. Wir wünschen den Frieden und in der Voraussetzung, daß vor dem nächsten internationalen Kongress zwischen den in Frage kommenden Instanzen Beratung und womöglich eine Verständigung über die Form der Maifeier stattfindet, stimmt die Generalkommission der Resolution Fischer zu.“

Die Zustimmung der Generalkommission resp. der auf dem Parteitage deren Standpunkt vertretenden Delegierten bedeutete also keine Verständigung über die Form der Maifeier, sondern nur den Abschluß eines Waffenstillstandes unter der Voraussetzung späterer Neu-erörterung und Neuregelung der strittigen Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai. Und selbst diese vorläufige Zustimmung zur Resolution Fischers, die die Arbeitsruhe für die würdigste Form der Maifeier erklärte, wurde in manchen Gewerkschaftskreisen als eine vorläufige, nicht zu rechtfertigende Konzeption der Generalkommission empfunden. So erklärte beispielsweise Genosse Müller, der Vorsitzende des Seemannsverbandes, in der bekannten Konferenz der Gewerkschaftsvorstände im Februar 1906:

„Es darf nicht vorkommen, daß die Generalkommission wieder einer Resolution wie der Resolution Fischer zur Maifeier in Jena ihre Zustimmung erteilt.“

Daß der Jenaer Beschluß über die Maifeier nur als provisorischer anzusehen ist, ist von den Gewerkschaften auch in neuester Zeit unumwunden erklärt worden. So hat die Generalversammlung der Metallarbeiter, der stärksten deutschen Gewerkschaft, um nur das eine Beispiel zu erwähnen, erst vor wenigen Tagen beschlossen, die Frage der Maifeier auf dem bevorstehenden Internationalen Kongress zur Erörterung zu bringen. Uebrigens erklärte ja auch der Maifeierreferent auf dem Jenaer Parteitage, Genosse Fischer selbst: „Nehmen Sie einstimmig die Vorschläge meiner Resolution an und überlassen Sie es dem Internationalen Kongress, das weitere zu beschließen.“

In der Parteipresse ist bei der Erörterung des Maifeier-Aufrufs des Parteivorstandes vielfach die Auffassung geäußert worden, der Aufruf verrate eine Unsicherheit der Taktik in der Maifeierfrage, daß es höchste Zeit sei, endlich einmal zu festen Normen zu kommen. So wünschenswert das in der Tat ist, so darf doch nicht verkantet werden, daß die Unsicherheit der bisherigen Taktik hauptsächlich dem prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegenüber der Arbeitsruhe am 1. Mai geschuldet ist, den manche Genossen aus Gewerkschaftskreisen seit Jahren vertreten haben. Einige Beispiele für diesen ablehnenden Standpunkt haben wir ja durch obige Zitate erbracht. Allerdings gibt es auch unter den in erster Linie politisch tätigen Genossen einzelne, die eine Befreiung der Arbeitsruhe am 1. Mai für wünschenswert halten. So hat zum Beispiel der Genosse Stolten bekanntlich bereits im Jahre 1897 auf dem Hamburger Parteitag die Abschaffung der Arbeitsruhe empfohlen. Es bedarf nur dieses Hinweises auf die Stellungnahme des revisionistischen Genossen völlig unverdächtigen Genossen, um von vornherein jeden Verdacht zu beseitigen, als sollten unsere tatsächlichen Feststellungen irgendwelche gegen die Gewerkschaftsopposition gerichtete Spitze enthalten. Im Gegenteil: wir halten die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai einer durchaus objektiven und sachlichen Erörterung für bedürftig. Eine solche sachliche Diskussion ist aber nur dann möglich, wenn man sich vergegenwärtigt, von welcher Seite und aus welchen Gründen sich seit Jahren Stimmen gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai erheben, Stimmen, die sich gerade auf dem Internationalen Kongress zu Stuttgart besonders vernehmlich machen dürften.

Die Frage der Maifeier ist von solcher Wichtigkeit für Partei und Gewerkschaften, daß es schon heute an der Zeit ist, sich mit den Einwendungen gegen die Arbeitsruhe zu beschäftigen. Nur dann, wenn die Masse unserer Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sich selbst mit der Frage befaßt und ihrer Meinung darüber unzweideutigen Ausdruck gegeben hat, darf sie auch erwarten, daß die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses in ihrem Sinne ausfallen werden.

(Ein Schlusssatz folgt.)

## Bankett-Politikaiter.

Die englischen Journalisten sind nun auch bereits in Berlin empfangen worden. Im „Boo“ fand am Mittwochabend ein Bankett statt. Wir würden es für überflüssig halten, auf die Bankettreden einzugehen, wenn nicht auch ein Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. v. Mühlberg eine Rede gehalten hätte, die nichts war als ein einziges großes Ausrufungszeichen der Verwunderung darüber, wie eine fremde Macht in Deutschlands Wettstreit und seiner mit so pomphaften Fanzarenzügen angeführten „Weltmacht“ überhaupt eine Bedrohung anderer Staaten erblicken könne.

So sagte der Unterstaatssekretär über Deutschlands Flottenrüstungen:

„Meine Herren! Da habe ich — und zwar gerade in Ihrem Lande — Stimmen gehört, daß wir unser Programm verheimlichten und mit unseren Zielen hinter dem Berge hielten. Ich verstehe dies nicht. Denn klar und bestimmt liegt unser Flottenprogramm vor den Augen der Welt. Sehen Sie sich, bitte, das deutsche Flottengesetz vom 14. Juni 1900 an, dessen Bestimmungen von den eskalierenden Geiräften nicht überschritten werden dürfen, und Sie gelangen zu einem festen und klaren Bilde über die geplante Stärke der Flotte. Ein Vergleich mit dem Bestande der englischen Kriegsschiffe kann aber dem objektiven Urteiler keinen Zweifel darüber lassen, daß unsere maritimen Streitkräfte nur dem Schutze unserer Küsten und unseres Seehandels dienlich gemacht werden sollen. Weiter wollen wir nichts; dies aber wollen wir mit dem Recht, das jeder großen vordrängenden und ehrgeizigen Nation zusteht.“

Es ist recht unvorsichtig von dem Unterstaatssekretär, sich auf das Flottengesetz von 1900 zu berufen. Denn kaum war dies Gesetz angenommen, so gab Wilhelm II. die Parole aus: „Nun aber weiter!“ Am 16. Juni 1900 gab er dann seiner Genehmigung darüber Ausdruck:

„daß wir die Aussicht haben, einmal eine Flotte zu bekommen.“

Am 18. Juni 1901 meinte er: „Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, den Platz an der Sonne erkämpft...“

Jugleich sprach er von dem Suchen neuer Punkte.

„wo wir einen Nagel einschlagen können, um unser Rüstzeug daran aufzuhängen.“

Weiterhin sei nur an die Agitation des von Wilhelm II. und der Regierung so sehr protegierten Flottenvereins erinnert, die — trotz der Flottenwelle vom vorigen Jahre! — einen unvergleichlich schnelleren und stärkeren Ausbau unserer Flotte befürwortet, als er dem Flottenplan von 1900 zugrunde lag!

Ueber Deutschlands Landmilitarismus sagte der Unterstaatssekretär:

„Sie werden, meine Herren, mich nun vielleicht fragen, ob denn das Deutsche Reich wirklich dieser kostspieligen Vorkehrungen zu seiner Sicherheit bedarf. Werfen Sie, bitte, einen flüchtigen Blick auf die Geschichte unseres Volkes. Sie hat uns furchtbare, unvergeßliche Lehren erteilt. Da ist kein Land in ganz Europa, das unter den Tritten fremder Kriegsvölker so gelitten, so gebütet hätte, wie das deutsche. Aus aller

Herren Länder sind sie gekommen, um auf den deutschen Gefilden ihre Kämpfe auszufechten. Um sich diese so überaus traurigen Zeiten lebendig zu vergegenwärtigen, brauchen Sie sich gar nicht in alte Geschichtswerke zu vertiefen. Nehmen Sie sich in Ihren Ruhestunden einmal den weltbekannten Roman „Simplicissimus“ von Grimmeishausen vor. Da werden Sie in getreuer Schilderung lesen, wie ein klüßendes Land in eine Einöde, fröhlich-schaffende Menschen in Bettlerhaufen verwandelt worden sind. Wo Sie jetzt bei Ihrer Fahrt durch Deutschland blühende Felder, lachende Dörfer, glänzende Städte sehen, — da herrschte das Grauen, die Not, das Elend, Krankheit und totale Verarmung. Und das zweite Mal, am Anfang des vorigen Jahrhunderts, faßte die Kriegsgeißel auf Deutschland hernieder, brachte ihm eine Unsumme von Leiden, an deren Lasten manche Gemeinden noch bis vor kurzem getragen haben. Für ein Volk mit solchen Leiden in der Vergangenheit ist die Rüstung eine historische Notwendigkeit.“

Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit möchten wir hier daran erinnern, daß es gerade die deutschen Fürsten waren, die vor und während des 30jährigen Krieges die Ausländer ins Land lockten!

Schon im Jahre 1519 unterhandelte Joachim I., der Kurfürst von Brandenburg, und sein Bruder Albrecht mit dem Franzosenkönig wegen Verschönerung der Königskrone an diesen. Auch im Jahre 1590 schloß eine Anzahl deutscher Fürsten mit Franz I. von Frankreich ein Bündnis gegen den deutschen Kaiser. Im Jahre 1552 kam es dann zu einer neuen Verschwörung deutscher Fürsten, an deren Spitze der Markgraf Hans von Brandenburg-Küstrin, der Bruder Joachims II. von Brandenburg, stand, mit Heinrich II. von Frankreich. Der Franzosenkönig sollte helfen, das „bestialische Joch“ des deutschen Kaisers „mit Heereskraft und gewaltiger Hand“ zu brechen, wofür ihm dann eine Reihe seit alters her Reich gehöriger Städte ausgeliefert werden sollten. Heinrich II. rief denn auch Lothringen an sich, und daß er nicht auch das Elsass an sich brachte, scheiterte nicht am Widerstande der deutschen Fürsten, sondern an den abschreckenden Kriegsvorbereitungen Straßburgs. Dieselbe Verrätertatkil gegen das Reich übten die deutschen Fürsten — katholische wie protestantische, Bayern wie Sachsen und Brandenburg — auch während des dreißigjährigen Krieges! Durch ihre Schuld und Ländergier wurde Deutschland der Zummelplatz der ausländischen Soldateska!

Ebenfalls darf nicht übersehen werden, daß die deutschen Fürsten durch ihr Vorgehen gegen die französische Revolution die napoleonischen Kriege heraufbeschwören halfen. Das famose Manifest des Oberbefehlshabers der österreichisch-preussischen Invasionsarmee, des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, das Paris mit der gänzlichen Zerschlagung bedrohte, entsandte vollends den Volkssturm in Frankreich und entfesselte jene Kriegswirren, die zu Jena führten!

Diese historischen Lehren beweisen, daß die gewaltigsten Heeresrüstungen den Frieden keineswegs sichern, daß im Gegenteil eine militärisch-dynastische Politik die schwersten Gefahren für die Völker in sich birgt!

Schließlich erklärte der Unterstaatssekretär, daß Deutschland nichts anderes erstrebe, als den „freien, christlichen Wettbewerb im Welthandel“, worauf er England allerhand Flogen wegen seiner Freihandelspolitik machte! So etwas sagt, ohne den Fing der Lächerlichkeit zu berühren, ein Untergeordneter unserer „agrarischen“ Kanzlers zu sagen! Als ob nicht gerade Deutschlands Schuttpolitik mit die Schuld daran trüge, daß sich in England die imperialistischen Ideen eines durch gemeinsame Schuttpolitik franken verbundenen britischen Weltreiches immer stärker regen!

Man sieht, die schönen Redensarten des deutschen Regierungsvertreter sind nichts als festgedruckte Schaumschläge. Wer sich einbildet, durch solche Bankettproben die internationalen Spannungen, die aus wirtschaftlichen Momenten resultieren, mildern zu können, dient nicht der wirklichen Annäherung der Nationen, sondern täuscht nur in verhängnisvollster Weise über die durch die kapitalistische Privilegien- und Deutepolitik geschaffenen Gegenjüge hinweg!

## Galizische Wahlwirtschaft.

Geradezu ungeheuerlich sind die Schwierigkeiten, unter denen österreichisch-Galizien Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen zu kämpfen hatte. Um unseren Lesern einen ganz kleinen Einblick in die unverhüllte Brutalität der galizischen Schlaptha zu geben, veröffentlichen wir aus einem in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ abgedruckten Bericht des Genossen Dr. Drobnier, der selber in Larnow kandidierte, folgende haarsträubende Einzelheiten:

„Zwei Tage vor der Wahl ließ der Bezirkshauptmann etwa 300 jüdische Wähler aus der Wählerliste streichen, weil sie vor mehreren Jahren zum Ostersfest eine kleine Unterzählung in Geld und Wehl von der jüdischen Kultusgemeinde erhalten hätten. Alles das, weil man in ihnen oppositionelle Wähler vermutete... Vor dem Wahllokal stand eine Kompanie Infanterie, die von jungen Offizieren kommandiert wurde. Die Wähler wurden immer zurückgedrängt und mußten einige Stunden in der Sonnenglut warten, bevor sie den Kordon passieren durften. Unterdessen hatten Baron Battaglia, des Gegenkandidaten, Agitatoren die ermüdeten Wähler in das Wahllokal Battaglia, das in der Facomptebank gegenüber dem Wahllokal untergebracht war, geschleppt und dort wurden ihnen die sozialdemokratischen Stimmzettel zerrissen und Stimmzettel Battaglia zugesprochen, wofür jedem sechs Kronen gezahlt wurden. Ich bin im Besitze einer Menge von Beweisen

und kann auch zahlreiche Zeugen darüber anführen. Hatte der Wähler glücklich den Militärorden passiert, so wurde er von den im Eingange stehenden Personen gefragt, für wen er stimme! Lauteten die Antworten auf Daitaglia, so wurde noch meist der Stimmzettel kontrolliert, bevor der Wähler eingelassen wurde. Polizeispektor Leibl gerief die den Wählern abgenommenen, auf meinen Namen lautenden Stimmzettel. In diesem Wahllokal standen bei der Urne neben der Wahlkommission zwei Infanterieoffiziere. . . . Meine Vertrauensmänner hatten bei sich einen Ausweis der im letzten Jahre Verstorbenen. Melde sich jemand zur Abstimmung, der als gestorben notiert war, wie zum Beispiel ein gewisser Proz, der einen Tag vor dem Wahltag gestorben ist, so verlangten meine Vertrauensmänner Arrestierung des Schwindlers, was aber in keinem einzigen Falle geschah. . . .

Da muß man wahrhaftig den russischen Banditen, die bei den Wahlen zur zweiten Duma die schändlichsten Wahltricks anwendeten, um dem Volke das Wahlrecht zu rauben, so manches Unrecht abhüten, das man ihnen antat, als man sie wegen ihrer Gemeinheiten an den Pranger stellte. Diese galtsche Adels- und Beamtenstippe ist ganz offenbar jeder Mäuserjode an Skrupellosigkeit und Brutalität überlegen. Und mit dem Paß müssen sich unsere Genossen herumschlagen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai 1907.

### „Kapitalistische“ und „agrarische“ Kolonialpolitik.

Die Petitionskommission des Reichstages hat beschlossen, folgende Petition dem Reichskanzler zur Kenntnismahme zu überweisen:

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen überreicht dem Deutschen Reichstag eine von der Generalversammlung der der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen angeschlossenen landwirtschaftlichen Kreis- und Lokalvereine am 28. Februar 1907 in Posen einstimmig gefaßte Resolution des Inhalts:

1. Es bestehen tiefgehende Unterschiede zwischen einer kapitalistischen Kolonialpolitik, welche als Glied einer Export- und Weltmarktpolitik bisher ausnahmslos in der Weltgeschichte die Heimat binnen wenigen Jahrzehnten zugrunde gerichtet hat, und einer agrarischen Kolonialpolitik, welche unseren volkswirtschaftlichen Bedarf durch ihre Produkte wesentlich ergänzt und vom Weltmarkt unabhängiger gestalten will.

2. Nur für eine solche agrarische Kolonialpolitik gilt der Satz: daß Heimatpolitik und Kolonialpolitik identisch sind.

mit der Bitte, dieselbe zur Kenntnis des Reichstages zu bringen. Die Petition ist von dem berühmten Agrarhistoriker Dr. Ruhland mit einer kurzen kolonialhistorischen Begründung versehen worden, die nur bis zum siebenten Jahrhundert vor Christus zurückgeht! Aus dieser kuriosen Begründung ist nur soviel ersichtlich, daß das Agrarierum nur eine solche Kolonialpolitik wünscht, die der Industrie nicht zugute kommt. Ausgeschlossen wäre also eine billigere Versorgung des Inlandes mit Fleisch, Getreide, Wolle usw., die freilich bei unseren Kolonien ohnehin nicht zu erwarten ist.

Es scheint übrigens, als ob Herr Dernburg in seiner gestrigen Epistel im „Berl. Tagbl.“ diese agrarische Versorgung gefandt und sich deshalb ebenso zur nationalen Brotwucher- und Schweinepolitik bekannt hat, wie sein Herr und Meister Bülow. In der Tat können die Agrarier ganz und gar nicht sein. Wenn auch das Börsenkapital durch unsere Kolonialpolitik auf dem direkten Wege der Steuererpressung den Schweiß der arbeitenden Bevölkerung in klingenden Profit verwandelt wird — unsere Agrarier werden unter einer solchen Kolonialpolitik nicht leiden. Die „Weltpolitik“ wird mit der Agrarpolitik Hand in Hand gehen. Agrarier und Börsenarier werden sich in den Rebbach teilen!

### Eine bemerkenswerte Prophezeiung.

Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des Herrn Max Lorenz bespricht das Glückwunschtelegramm, das der Reichskanzler an den neugegründeten Bund der Gelben, den „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“ gesandt hat und vermerkt die begeisterte Begrüßung des Bundes in der „Nord. Allg. Ztg.“, die dabei an den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften tadelte, daß sie „zu Zeiten viel zu nahe an die Sozialdemokratie gehalten haben.“ Lorenz schließt aus diesen Zeichen:

„Aus alledem müssen wir schließen, daß der Rang der sich von den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung grundsätzlich abgewandt hat — wenn er ihnen überhaupt einmal grundfänglich zugewandt gewesen ist — und daß er gewillt ist, die Tendenzen des neuen „Bundes“ zu fördern. Ja, es kann sogar als wahrscheinlich gelten, daß der Kanzler ein Gesetz zum Schutze der Arbeitwilligen plant, falls erst ein solches Gesetz aus den Kreisen der Arbeiter selber“ verlangt wird, worauf doch der „Bund“ offenbar hinzielt. Und die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade ein solches, doch liberal gemeintes Gesetz zum Schutze der „wahren Koalitionsfreiheit“ die Zustimmung des „Bunds“ finden und die Wlokeinheit — durch eine einmütige Aktion sogar auf dem schwierigsten sozialpolitischen Gebiete — kräftigen und bestiegeln könnte. Die Parteien der „Rechten“ sind von vornherein dafür, und daß die Kreise der „Vossischen“ und „Freisinnigen Zeitung“ dagegen sein sollten, wird niemand für wahrscheinlich halten.“

Herr Lorenz schätzt die freisinnigen Wlokeute, wie Figura zeigt, sehr tief ein. Ob zu tief, das wird die Zukunft lehren, die die Arbeiterschaft gegen jeden Versuch, eine neue Auflage der Zucht-hausvorlage herauszubringen, gewappnet finden wird. Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn unter den Vätern eines solchen Wechselbals auch der linke Flügel des Bunds wäre, — wenn die angebliche Aera sozialpolitischer Reform mit einem Angriff auf Lebensinteressen der Arbeiter eingeleitet würde.

### Es gibt noch milde Richter!

Unter dieser Ueberschrift hat der „Vorwärts“ in Nr. 111 vom 15. Mai über eine Gerichtsverhandlung berichtet, die sich vor der Strafammer in Bonn an Rhein abgespielt hat und als deren Ergebnis von neun Angeklagten fünf freigesprochen, drei zu 100 M. und einer zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurden. Die Angeklagten hatten zur Zeit der Reichstagswahlploration in dem Dorfe Friedheim sozialdemokratische Flugblattverbreiter in der denkwürdigen brutalsten Weise überfallen, beraubt und mißhandelt. Dennoch ließ das Gericht es bei den mitgeteilten gelinden Strafen bewenden.

Jetzt hat sich, wieder im Donner Bezirk, ein Gericht mit ähnlichen Vorgängen befassen müssen. Wieder haben fromme Zentrumsanhänger wehrlose Sozialdemokraten bei der Landtagung feige überfallen und in rohester Weise malträtiert, und wieder war das Gerichtsurteil gegen die „Christlichen“ Begelagerer von Christiher Milde getrigen.

Am 30. Dezember wurden von drei Parteigenossen aus Bonn in dem Dorfe Oberdrees Flugblätter verteilt. Die fanatisierte Dorfbewohnerschaft aber suchte die Leute auf alle Art zu vertreiben: Man warf die Flugblattverbreiter mit Ziegelsteinen, mit Schneebällen und Steinen, beschimpfte sie, beraubte den einen seines Hutes und warf diesen weg, so daß er ihn nicht wieder erhielt; dann wurde der Beraubte zu Boden geschlagen. Was die drei Leute an Flugblättern bei sich und an Papieren in der Tasche hatten, wurde ihnen gewaltsam entrisen und das Ganze auf offener Straße verbrannt, wobei die Herikal erzeugte Menge wie eine Horde Wilder das Feuer singend umranzte.

Von den frommen Banditen ermittelte die Staatsanwaltschaft nur den Bahnarbeiter Heinrich Maßberg. Ihr sonst so wunderbarer Eifer und ihr gerühmter Scharfsinn versagten in diesem Falle. Es wurde nur gegen den Maßberg und gegen den Landwirt und Schiedsmann (Heinrich) Depen Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben; im übrigen wurde das Verfahren „mangels Beweises“ eingestellt, da „nicht festgestellt werden konnte“, wer den Strafzettelern die Druckfahen geraubt und verbrannt hat.

Die Verhandlung fand vor dem Schöffengericht in Rheinbach statt. Die beiden Angeklagten suchten sich herauszureden. Maßberg beschuldigte einen gewissen Anton Weigel, der nicht unter Anklage stand, dem einen Flugblattverbreiter Sachen aus der Rodtasche genommen zu haben. Einer der Mißhandelten befand sich als Zeuge, der Schiedsmann Depen sei auf ihn zugekommen und habe geschimpft: „Rote Lumpen, mach, daß Ihr zum Dorfe hinauskommt!“ Darauf seien sie von allen Seiten mit Steinen bombardiert worden. Seinen Hut habe man ihm ruiniert, ein Rassenbuch, Flugblätter u. a. gewaltsam aus der Tasche des Rodes genommen. Der zweite Mißhandelte sagt ähnlich aus: Ihm hat Maßberg den Hut vom Kopfe gehauen, so daß er ihn nicht wiederbekam; dann habe ihn M. zu Boden geschlagen. Er sei zum Ortsvorsteher gelaufen, um polizeilichen Schutz zu suchen. Der habe ihm diesen Schutz nicht gewährt. Der Schiedsmann Depen sei ihm gefolgt und habe ihn ins Gefängnis geschlagen. Ein anderer Zeuge hat gehört, wie der Schiedsmann Depen rief: „Drauf, drauf, es gibt fünf Groschen!“ Eine Zeugin befand, daß Depen einen Flugblattverbreiter packte und umherschleuderte. Die Zeugen haben merkwürdigerweise immer im entscheidenden Augenblick nicht hingesehen.

Der Vertreter der Anklage hatte in einer eben vorher verhandelten Sache, wobei es sich um eine belanglose Prügelei zwischen siebzehnjährigen Burschen handelte, 100 M. Geldstrafe beantragt. Hier aber, wo es sich um einen ganz gemeingefährlichen und bodenlos brutalen Ueberfall erwachsener Männer auf völlig Wehrlose handelte, beantragte er zehn Mark Geldstrafe. Und das Gericht erkannte nach mehr als halbstündiger Beratung auf die beantragte Strafe!

Jedes Wort der Kritik dieses Urteils glauben wir uns ersparen zu dürfen!

### Ein Nüchtern unter Taumelnden.

Die „Konservative Korrespondenz“ bemerkt zu der englischen Journalisten-Gegenvisite:

„Wer jetzt die deutsche Presse durchmustert, der bemerkt mit einem gewissen Staunen, daß sie sich gegenwärtig größtenteils in einer Art von Begeisterungsräusch für England befindet, während vor wenigen Wochen noch in denselben Organen das Vereingte Königreich als böse noirs hingestellt wurde, vor der das bedauernswerte Deutsche Reich zittern mußte. Im Auslande dürfte man diesen Wandel als „Angstprodukt“, aber auch als ein Zeugnis deutscher „Charakterlosigkeit“ ansehen. Um was handelt es sich denn im Grunde genommen? Eine Reihe englischer Gäste kreuzte Deutschland mit seinem Besuche. Im Mittelpunkt davon stehen die korporativ ihren Gegenbesuch abstattenden englischen Pressvertreter. Es ist ganz selbstverständlich, daß nicht nur die Berufsgenossen, sondern auch weite Volkskreise sich beeifern, den Engländern lebenswürdige Gastfreundschaft zu gewähren. Es ist klug, den englischen Gästen, die zweifellos zum größten Teil nicht ohne Voreingenommenheit gegen die deutschen „Querläufe“ zu und herübergekommen sind, unser Volk, unsere Zustände, unser Wesen von der besten Seite zu zeigen. Es ist unterhaltend — wenn auch für den gelehrten Teil angreifend — täglich mehrmals die Gäste zu bewirten und anzutafeln. Aber von politischer Wichtigkeit und nachhaltiger Wirkung ist das alles nicht.“

Inmitten des hysterischen Phrasengekreises namentlich der Liberalen Presse, der sich freilich auch Blätter wie die „Post“, die bekannte Scharfmacherloske, gefellen, berührt diese Auslassung förmlich wohlthuend.

### Der Erzeß eines Feldwebels.

Körperverletzung und rechtswidriger Waffengebrauch führten am Mittwoch den Bezirkfeldwebel Wilhelm Schulz vom Bezirkskommando Eisenach vor das Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt. Auf dem Heimweg von einer Aneiperei in der Nacht zum 25. März traf der von einem Zivilisten begleitete Schulz auf den vom Bahnhof kommenden Arbeiter Winkler; sie stellten ihn und Schulz trieb dem völlig Ahnungslosen den steifen Hut ein und warf diesen zu Boden. W. ging empört über diesen Ueberfall und seinem Unmut darüber deutlichen Ausdruck gebend, nach der in der Nähe befindlichen Hauptwache, um dort die Person des Feldwebels feststellen zu lassen. Der nachfolgende Feldwebel vergriff sich dort abermals tätlich an dem W., er tat, als ob er auf der Wache zu besetzen hätte und herrschte den Schutzsuchenden an: „Kopf hoch, Brust raus, Knochen zusammennehmen“, wobei zu beachten ist, daß der Angeklagte ein hochgebauter kräftiger Mensch, der Arbeiter Winkler aber eine unscheinbare Person ist. Der wachhabende Unteroffizier brachte schließlich den W. zum hinteren, nach einer abseits gelegenen Straßensperre hin, um ein weiteres Zusammenreffen des W. mit dem auch ihm sehr erregt erschienenen Feldwebel zu vermeiden. Draußen traf der Kupferhämmer Himmernann, der den Vorgang mit dem ihm persönlich bekannten Winkler auf der Wache bemerkt hatte, mit diesem zusammen und erkundigte sich nach der Ursache und dem Verlauf des Rencontres. Dabei kamen beide wieder an der Kaserne vorbei und stießen abermals mit dem Angeklagten zusammen. Dieser mußte gehört haben, daß er die Ursache der Unterhaltung war, und infolgedessen kam es zu einem zweiten ernstlichen Zusammenstoß. Schulz ging auf Winkler zu und gab diesem ein paar derbe Ohrfeigen und als dessen Begleiter B. ihm das als ungehörig verweis, erhielt auch er Schläge ins Gesicht. Dann folgte eine Volgerei, während der der Feldwebel den Degen zog und blind auf den B. einhies, wobei dieser am Kopfe und Arme dieb- und Stichverletzungen davontrug. Endlich kam ein Unteroffizier hinzu, der den Feldwebel von dem Schauplatz seiner nächtlichen Waffenausübung fortzog. Dieser hier kurz geschilderte Hergang der Sache wurde außer von den als Zeugen erschienenen Mißhandelten von zwei völlig einwandfreien Zeugen bestätigt.

Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen den hartnäckig leugnenden und den Tatbestand beständig verdröhnenden Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten 3 Tagen; der Verteidiger plädiert für eine wesentlich mildere Strafe, da wohl „Notwehr“ als vorliegend anzusehen sei. Der Angeklagte weiß zu seiner Verteidigung nur den einen sehr merkwürdigen, aber in seiner Wirkung nicht günstigen Umstand anzuführen, daß die Angelegenheit

auch in einer sozialdemokratischen Versammlung in Eisenach zur Sprache gekommen sei (was gewiß ein Beweis dafür wäre, daß die Standafläre eine große Erregung im Publikum veranlaßt haben muß. D. Red.).

Das Urteil ging über den Antrag erheblich hinaus. Es lautete, unter Ablehnung der Annahme der Notwehr, auf drei Monate sieben Tage Gefängnis wegen tätlicher Verleumdung in zwei Fällen, Körperverletzung und Mißbrauch der Waffe. Strafschwerend wurden die schlechte Führung, die verschiedenen schon erlittenen Vorstrafen, sowie die Stellung als Feldwebel des Angeklagten, die ihm ein einwandfreies Benehmen hätten zur Pflicht machen müssen, in Betracht gezogen. Wegen Mißhandlung wurde außerdem die sofortige Verhaftung beschlossen.

### Wie wird man interessant?

Auf diese nicht sehr einfache Frage könnte man nach dem Gutachten eines Stabsarztes in einer Kriegsgerichtsverhandlung die Antwort erteilen: Man wird interessant, wenn man von einem Leutnant mit dem Säbel um die Ohren geschlagen wird und sich ein Stabsarzt dann um einen bekümmert. Man berichtet uns unter dem 30. Mai aus Halle a. S.:

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division war heute der Leutnant Curtius v. Kefowitsch vom 8. Bataillon des 72er Infanterie-Regiments in Bernburg angeklagt, der am 16. Mai gelegentlich einer Bataillonsübung bei Jberstedt (Anhalt) den Rekruten Schiller einen Schlag mit dem Säbel, der allerdings in der Scheide steckte, gegen die Schläfe versetzte, daß der Verletzte 1½ Stunden marschunfähig wurde. Dem Antrage auf Ausschluß der Öffentlichkeit wurde nur insofern stattgegeben, daß die persönlichen Angelegenheiten hinter verschlossenen Türen erörtert wurden, um dem berechtigten Ehrgefühl des Angeklagten Rechnung zu tragen. (!) Der Angeklagte räumte die Tat ein, meinte aber, er hätte Schiller nicht gegen den Kopf, sondern gegen den Helm schlagen wollen. Schiller sei bei Auslöschung in einen verletzten Zug geraten und habe auf einen Zuruf noch gelacht. Dieses Lachen habe er, der Leutnant, „als Achtungsverletzung“ angesehen, wodurch er in große Erregung geraten sei. Der Mißhandelte befand, daß der Schlag ein fester gewesen sei und ihm, dem Geschlagenen, schwindelig wurde. Stabsarzt Friedrich nahm den Taumelnden, der nicht mehr laufen konnte, mit auf seinen Wagen und ließ Kopf- fähigungen machen. Nach 1½ Stunden sei Schiller, der sich einen Tag schonen mußte, wieder dienstfähig gewesen. Interessant war die Befundung des Stabsarztes: „Ich habe mich dann um den Mann nicht mehr bekümmert, damit er nicht auf den Gedanken kommen sollte, er sei eine interessante Persönlichkeit.“ Nach drei Tagen war alles gut und Schiller klagte nur noch, daß ihm das Knien etwas schwer falle. Der Verteidiger bezeichnete den Angeklagten als einen „Gentleman“. Unter Verächtlichung des Dienstes, der Gerechtigkeit und des erregten Gemütes des Angeklagten wurde ein minder schwerer Fall als vorliegend angenommen und auf 14 Tage Stubenarrest erkannt. Die interessanteste Persönlichkeit des Prozesses war zweifelsohne der Herr Stabsarzt.

### Frankreich.

#### Die Arbeitskonföderation vor Gericht.

Paris, 28. Mai. (Fig. Ver.)

Knapp vor dem 1. Mai wurden bekanntlich drei Mitglieder der Arbeitskonföderation, Bousquet, Lévy und Delais, verhaftet. Sie sollen, wie Polizisten behaupteten, welche in Zivilkleidern den Streikverammlungen in der Arbeitsdrrie belagert hatten, zum „Sabotage“, zur Brandstiftung, zum Mord und zu anderen Schreckensstaten „aufgereizt“ haben. Delais wurde, nachdem man ihn einige Tage hatte brummen lassen, wieder auf freien Fuß gesetzt; denn alle Listelkunst brachte es nicht fertig, ihn jener Verbrechen schuldig erscheinen zu lassen. Auch bei den anderen zwei, die wider das Gesetz in Verwahrungshaft blieben, vermochte der Untersuchungsrichter vorerst keinen strafbaren Tatbestand anzunehmen, da ihm die Aussagen der Polizisten allzu unglaubwürdig erschienen. Aber die Regierung griff ein, und der Untersuchungsrichter schloß plötzlich die Untersuchung, ohne einen einzigen Entlastungszeugen vernommen zu haben! Diese Einmischung der Regierung ist dadurch erwiesen, daß der „Ratin“ das Ergebnis des Verfahrens schon am Morgen des 10. Mai mitteilte, trotzdem der Untersuchungsrichter erst am Nachmittag dieses Tages seine Verfügung erließ! —

Der Anklagebeschluss, der heute veröffentlicht wird, ist ein Prachtstück staatsanwaltlicher Logik. Da den Geschworenen vermutlich die Aussagen der Polizisten allein nicht genug Vertrauen einflößen würden, soll die Behauptung, daß die Angeklagten wirklich alle die vorgegebenen „Aufreizungen“ begangen hätten, dadurch gestützt werden, daß angebliche Wirkungen dieser Aufreizungen durchgeführt werden, woraus sich überdies eine höhere Strafbarkeit der Angeklagten ergäbe. Bousquet und Lévy haben in Versammlungen der Nahrungsmittelarbeiter gesprochen. Es werden ihnen nun alle Arten boshafter Beschädigung zugerechnet, die während der ganzen Streikbewegung in der Nahrungsmittelbranche bei Unternehmern begangen worden sind!

Bei zwei Weggern ist Petroleum auf das ausgehängte Fleisch gespritzt, und bei einigen Bäckern sind die Scheiben eingeschlagen worden. In einem einzigen Falle wurde der Täter — ein Bäckergehülfe — festgenommen und verurteilt, in allen übrigen sind die Urheber unbekannt, aber Bousquet und Lévy werden für diese Taten verantwortlich gemacht! Als „Beweis“ wird außer der zeitlichen Nähe der angeblichen Aufreizungen und der von den Unbekannten verübten Schäden geltend gemacht, daß diese den Charakter der „direkten Aktion“ aufweisen! Die Logik ist famos: Die „Aufreizung“ zum Sabotage usw. wird durch die „Verübung“ bewiesen und die Verübung durch den Hinweis auf die Aufreizung!

Werden die Geschworenen den Zumutungen, die ihnen diese Anklage stellt, Folge leisten? Wird die Empfindung des beleidigten Masseninteresses, auf welches die Anklage spekuliert, bei ihnen stärker sein als das Gefühl für die in ihr enthaltene Verleumdung ihres Intellekts? In der Aera des Anarchistenjahrens haben die Geschworenen bei ähnlichen Tendenzprozessen verurteilt. Heute sind wir allerdings in der gesellschaftlichen Entwicklung um ein bedeutendes Stück weiter, und eine „radikale“ Regierung brüsst sich mit einer Politik der Verfolgung, zu der sich ihre gemäßigten Vorgänger von damals offen zu bekennen geüht hätten. —

### Skandal über Skandal.

Paris, 30. Mai. In der gestrigen Sitzung des mit der Prüfung der Montagnipapiere betrauten Ausschusses verlas der Berichterstatter Bourlet ein Schreiben des Justizministers, in dem dieser mitteilte, daß der Untersuchungsrichter Duchasse in der Tat genötigt gewesen sei, die Schriftstücke von Agenten der Sicherheitsbehörde übersetzen zu lassen, nachdem er festgestellt habe, daß mehrere verdächtige gerichtliche Uebersetzer sich teils als unzuverlässig, teils als unfähig erwiesen

hätten! — Der vom Ausschuss vorgeladene Untersuchungsrichter bestätigte die Aussagen des Justizministers und fügte hinzu, er habe Polizeiantworten mit der Uebersetzung betraut, die an der Hausdurchsuchung in der ehemaligen päpstlichen Nuntiatur teilgenommen hätten. Diese Erklärung des Untersuchungsrichters rief um so lebhaftere Bewegung hervor, als erzählt wurde, daß er vor der Ausschussung zu zwei befreundeten Deputierten gedeutet habe, er habe Befehl erhalten, alles in Unordnung zu lassen, damit man das etwaige Verschwinden von Schriftstücken nicht bemerke. Mehrere Ausschussmitglieder beantragten, daß der gesamte Ausschuss unter diesen Umständen sein Amt niederlegen möge; jedoch wurde ein darauf bezüglicher Beschluß bis nach Anhörung des Vertreters des Ministers des Äußeren, Gavarry, und des Direktors der Sicherheitsbehörde, Gemmot, vertagt. —

Paris, 30. Mai. Der Untersuchungsrichter Ducasse erklärt die ihm in den Wandelgängen der Kammer zugesprochene Neuerung, er habe den Auftrag erhalten, die Montagpapiere in „Unordnung“ zu bringen, für durchaus erfunden.

## China.

### Die Umrufen.

Hongkong, 30. Mai. (Neldung des Reuterschen Bureaus.) Die Provinztruppen haben den Aufständischen in Kwan-Tung ein Gefecht geliefert. Ihren Führer gefangen und ihre Fahnen und Munition erobert. Weitere 2000 Mann sind nach Tschau-tschou abgegangen. Ein Kanonenboot mit dem 15. Regiment an Bord hat Canton verlassen, um nach Swatow zu gehen.

Die „Daily Mail“ meldet aus Hongkong, nach den letzten Nachrichten aus Pankof seien die Gebäude der deutschen und der britischen Mission in Kien-tschau zerstört. Der Deutsche Jensen, Fräulein Wendt, der Engländer Stephen Wiels und Frau befanden sich in Sicherheit im Hofen des Präses.

Hongkong, 30. Mai. Die Provinzialtruppen haben die Rebellen angegriffen und über 100 getötet. Die Anführer der Aufständischen sind in Gefangenschaft geraten. Die Truppen erbeuteten Fahnen, Munition und zahlreiche Waffen. Eine neue Kolonne von 1000 Mann ist nach Chao-tchow abgegangen. Ein Kanonenboot mit dem 15. Infanterieregiment an Bord ist nach Kanton abgegangen.

## Die russische Revolution.

### Ein edles Brüderpaar.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 20. Mai. Aus absolut zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß der berühmte Pogromorganisator Katschlofski unter größtem Geheimnis seine Tätigkeit im Polizeidepartement wieder aufgenommen hat. Nach den Enthüllungen Malaroffs und Populchins war Katschlofski für elf Monate in das Ausland „beurlaubt“ worden. Im März kehrte er zurück und wurde inoffiziell an die Spitze der politischen Polizei gestellt, zusammen mit Kurloff, dem berühmten Gouverneur von Minsk. Kurloff wird protegirt von der Kaiserin Schwester Großfürstin Elisabeth. Bei ihm finden jetzt Versammlungen der reaktionären Kreise statt, an denen insbesondere auch die reaktionäre Bureaucratie teilnimmt. Katschlofski und Kurloff sind das Bindeglied zwischen den reaktionären Organisationen und dem Hofe, so daß die Situation jetzt genau dieselbe ist wie zur Zeit Trepoffs. Das Geheimnis, mit dem die Reaktivierung Katschlofskis umgeben wird, muß größte Beforgnis einflößen, und dem Katschlofski ist auch das Aufhören des angeblichen Attentats gegen den Zaren zu verdanken. Auf sein Betreiben wird die Regierung auch gedrängt, in den nächsten Tagen an die Duma die Forderung wegen der Auslieferung von 28 sozialdemokratischen Abgeordneten zu stellen. —

### Vom Sozialistkongress.

London, 30. Mai. (V. S.) Die Mitglieder des russischen Sozialistkongresses dementieren die Meldung, daß sie Pläne für einen Aufbruch in Russland erörtert hätten. Bisher habe man nur über die Beziehungen der Duma zu der Regierung und den verschiedenen Parteien diskutiert.

### Die unartige Dama.

Petersburg, 30. Mai. Hier zirkulieren neuerdings Gerüchte von der bevorstehenden Auflösung der Duma. Selbst Golowin soll erklärt haben, daß, da die radikalen Deputierten jede produktive Tätigkeit der Duma verhindern, die Auflösung das Beste sei. —

### Ablenkungs-Dreistigkeit.

Petersburg, 30. Mai. (Reichsduma.) Auf der Tagesordnung steht die Interpellation über die Ereignisse in Riga, wo nach dem Bericht der Kommission im Gefängnis Folterungen vorgenommen sein sollen. Der Justizminister Schischeglowitow erklärt, daß die Beamten des Ministeriums an den Schandtat, deren man sie beschuldigt, nicht teilgenommen hätten und daß die Informationen der Kommission durchaus falsch seien! — Der Gehilfe des Ministers des Innern, Malaroff, fährt dann aus, daß die Polizei niemals solche Dinge verübt habe, wie sie im Berichte der Kommission in großer Zahl enthalten seien. Die Voruntersuchung habe ergeben, daß die Polizei bezüglich gewisser Fälle Schuld treffe; man habe Verhafteten Faustschläge versetzt, 42 Polizeibeamte seien deshalb in Anklagezustand versetzt worden; er wolle die Haltung der Polizei nicht entschuldigen, doch müsse er bemerken, daß dieselbe sich in einer sehr bedenklichen Lage befinde; ihr Vorgehen sei erklärlich wegen der Grausamkeiten der Revolutionäre; man könne von der Polizei, von deren Beamten mehr als 1000 in den baltischen Provinzen getötet oder verwundet worden seien, nicht verlangen, daß sie immer kaltes Blut behalte! — Malaroff erinnert an eine Reihe von terroristischen grausamen Handlungen, die 1906 und anfangs 1907 verübt wurden und die zahlreiche Opfer gefordert hätten.

Nach den Reden des Ministers und Malaroffs nimmt die Sitzung einen unerwarteten Charakter an. Zahlreiche Redner sprechen gänzlich über die Interpellation, sondern über terroristische Taten und die allgemeine Politik im Anschluß an den letzten Teil der Rede Malaroffs.

Hierauf werden 8 Tagesordnungen eingebracht; vier derselben verurteilen die terroristischen Vorgänge, während die vier anderen die Erklärungen der Regierung als unzureichend bezeichnen. Sämtliche Tagesordnungen werden von der Duma abgelehnt. — Hierauf wird auf Antrag der Arbeitspartei die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest Vizepräsident Wostanowsch eine neue, von der Arbeitspartei eingebrachte Tagesordnung. Dieselbe lautet: „In Erwägung, daß die Erklärungen der Regierung deutlich dargelegt haben, daß Beamte der öffentlichen Gewalt sich in den baltischen Provinzen Gräueltaten haben zuschulden kommen lassen, geht das Haus zur Tagesordnung über.“

Die Sozialdemokraten beantragen, zu sagen: „In Erwägung, daß die Erklärungen der Regierung nicht befriedigend sind. . .“ Nach längerer Debatte über die Frage, ob es zulässig ist, nach Ablehnung der acht eingebrachten Tagesordnungen noch über eine neue zu beraten, wird die Tagesordnung der Arbeitspartei mit dem Änderungsantrag der Sozialdemokraten angenommen.

Gegen Schluß der Sitzung kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Rodikoff und dem Grafen Wobrinsh in wegen beleidigender Äußerungen des ersteren gegen letzteren während der Debatte. (Schluß kurz nach 8 Uhr.)

Wie die Dinge augenblicklich liegen, muß man darauf gefaßt sein, daß die Regierung, die in der letzten Zeit wieder

vom Machttitel belesen zu sein scheint, die Ablehnung der die terroristischen Vorgänge mißbilligenden Anträge zum erwünschten Anlaß nimmt, neue Konflikte heraufzubeschwören.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Mai 1907, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langenhans widmet nach Eröffnung der Sitzung zunächst den am 20. bezw. 26. Mai verstorbenen langjährigen Mitgliedern Dinse (N. L.) und Ballach (N. L.) in bewegten Worten einen ehrenden Nachruf, den die Versammlung stehend anhört.

In die gemischte Deputation zur Auffindung von Mitteln und Wegen zur planmäßigen und rechtzeitigen Beschaffung von Schulgrundstücken und Schulbauten sind seitens der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Borgmann, Dinse und Singer entsandt worden.

Für den verstorbenen Stadtv. Dinse ist in den Ausschuss für Besoldete, in das Kuratorium der Jagor-Stiftung und in die Verkehrsdeputation Ersatz zu wählen. In den Ausschuss für Besoldete wird Stadtv. Imberg durch Zuzus gewählt; die beiden anderen Ersatzwahlen, für welche mehrere Kandidaten vorliegen, werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Auf 6 Uhr steht die Wahl eines besoldeten Stadtrats an, welche auf den Magistratsrat Ledermann fällt. Dieser erhält von 90 gültigen Stimmen 43; auf Magistratsrat Franz entfallen 16, auf Stadtv. Kommsen 1 Stimme. 22 Zettel sind unbeschrieben, also ungültig.

Die künftige Gestaltung des Berliner Rettungswesens ist an der Hand der betr. Magistratsvorlage Gegenstand eingehender Beratung in einem Ausschusse gewesen, für den Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet hat. Das seitens des Magistrats mit dem Berliner Ärzteverein getroffene vorläufige Abkommen wegen einstweiliger Weiterführung der Rettungswachen ist genehmigt worden; ein Antrag auf sofortige Anknüpfung von Verhandlungen behufs Verstaatlichung der Einrichtungen für Rettungswesen und Krankenbeförderung mit den beteiligten Organisationen — Rettungsgesellschaft, Sanitätswachen, Unfallstationen, Verband für erste Hilfe — wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, wonach der Magistrat ersucht wird, bis 1. November 1907 eine Vorlage darüber zu machen, in welcher Weise vom 1. April 1908 ab insbesondere bezüglich der Sanitätswachen das städtische Rettungswesen weiter gestaltet werden soll.

Der abgelehnte Antrag auf sofortige Einleitung von Verstaatlichungsverhandlungen hatte auch die baldigste Einbringung einer Vorlage auf folgender Grundlage gefordert:

1. Nachdem die Krankenhäuser Berlins und der Vororte als Hauptwachen bestehen bleiben und die mit den Sanitätswachen verbundenen Rettungswachen in städtische Verwaltung übergegangen sind, werden die Sanitätswachen vom 1. April 1908 von der Stadt übernommen, die Ueberwachung übt ein Kurator in der Person des Vorstehenden aus, der auch die Kassenangelegenheiten kontrolliert.

2. Die Sanitätswachen, welche mit Unfallstationen in Verbindung stehen, sind verpflichtet, diese Verbindung aufzugeben, da auch hier die Stadt den Tagesdienst übernimmt.

3. Die beteiligten Organisationen sind hieron in Kenntnis zu setzen mit dem Bemerkten, daß vom 1. April 1908 ab der Zuschuß fortfällt.

4. Es soll ein Plan von Berlin angefertigt werden, in welchem die Lage der Sanitäts- und Rettungswachen, der Krankenhäuser (Hauptwachen) und der Unfallstationen durch besondere Farben kenntlich gemacht wird; hierdurch kann festgestellt werden, in welchen Stadtteilen noch ein Bedürfnis für städtische Wachen besteht, bezw. welche Wachen fortfallen können.

5. Der ärztliche Dienst in den Wachen wird einem Ärzteverein übertragen, welchem diejenigen Ärzte angehören, die unter den später festzulegenden Bedingungen den Wachdienst zu übernehmen bereit sind.

Diese Resolution soll nach dem Ausschussantrage dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich möchte dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat dem Ersuchen nachkomme, zum 1. November eine Vorlage an uns zu bringen. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse stimmen wir für das jetzt vorgeschlagene Provisorium. Käme der Magistrat dem Wunsche nicht nach, so würden wir unerwartet die Zeit vom 1. November bis zum Schlusse des Etatsjahres benutzen, um festzulegen, wie nach unserer Meinung die Sache weiter zu gestalten ist. Nach den Versicherungen des Magistratsvertreters im Ausschusse haben wir ja aber Hoffnung, daß jener Wunsch erfüllt werden wird. Sehr bedauern müssen wir ferner, daß unsere Anträge wegen der Verstaatlichung des Krankentransportwesens von der Ausschussmehrheit abgelehnt worden sind. Ich will keineswegs die bestehenden Einrichtungen diskreditieren, aber aus dem und zugänglichen gemachten Material geht unweigerlich hervor, daß der bestehende Krankentransport dem Bedürfnis nicht genügt. Die Ueberweisung von Kranken an die Krankenhäuser geschieht vielfach in ganz ungehöriger Weise; alle möglichen öffentlichen Fußwege werden zur Beförderung benutzt, Kinder werden in Kinderwagen in die Krankenhäuser befördert, oder auf den Armen der Reiter in Omnibussen usw. Solches ist nicht nur nicht im Interesse der armen Kranken, sondern geradezu eine öffentliche Kalamität. Die große Menge kann sich überhaupt bei den hohen Preisen dieser vorhandenen Transportmittel gar nicht bedienen; hier ist die Stelle, wo die Stadt und ihre Mittel eingreifen müssen. Für die spätere Regelung der ganzen Sache möchte ich dem Magistrat doch anheimgeben, die Frage der Trennung des Rettungswesens von dem Bereich der Zuständigkeit der Krankenhäuser-Deputation in Erwägung zu ziehen, d. h. für die Bildung eines besonderen Kuratoriums sich zu entscheiden. Es müssen hier Personen zur Mitarbeit herangezogen werden, deren berufliche Tätigkeit ihnen eine besondere Sachverständigkeit in dieser Richtung beilegt; es müssen Bürgerdeputierte da hineinkommen, welche aus städtischem oder allgemeinem humanem Interesse besonderen Anteil an der Sache nehmen.

Bürgermeister Dr. Weide: Auch dem Magistrat liegt daran, eine Vorlage, wie der Ausschuss sie wünscht, bald an die Versammlung zu bringen. Im Ausschuss sind drei Fälle vorgebracht worden, wonach die neue Organisation mit dem Ärzteverein versagt haben sollte. Alle diese drei Fälle haben sich nicht zu einer Zeit ereignet, wo der Ärzteverein den Dienst in den Wachen hatte. (Hört! hört!)

Stadtv. Sachs (N. L.): Die Frage des Krankentransportwesens hat direkt mit dieser Angelegenheit nichts zu tun. Es müßte doch auch in jedem Falle erst ärztlich konstatiert werden, ob eine ansteckende Krankheit vorliegt. Das Krankentransportwesen braucht überhaupt nicht verstaatlicht zu werden; es war bisher in guten Händen und Befehlungen der betreffenden benachteiligten Privatunternehmungen sind nicht nachgewiesen. Man soll die Angelegenheit damit nicht noch mehr komplizieren.

Die Ausschussanträge gelangen zur Annahme, nachdem der Referent noch angeführt, daß im Ausschusse an einer großen Zahl von Fällen nachgewiesen worden sei, daß der Transport von Kranken in die Krankenhäuser dauernd sich als unzulässig erwiesen habe, weil es den Betreffenden an dem dazu erforderlichen Gelde gemangelt habe.

Die Angelegenheit der Zuteilung des Stadtbezirks 138 behufs Erledigung von Recherchen usw. an den Stadtv. Sassenbach (Soz.) hat neuerdings auch den Ausschuss für Unbesoldete beschäftigt. Mit 6 gegen 2 Stimmen wird von diesem vorgeschlagen, die Zuteilung des Bezirks an den Stadtv. Rosenow für 1907 beizubehalten und den Wunsch des Stadtv. Sassenbach bei der im Januar 1908 vorzunehmenden Neuzuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder in nähere Erwägung zu ziehen.

Stadtv. Ewald (Soz.): Es handelt sich hier um einen Kollegen, der überhaupt noch keinen Bezirk zu Recherchen hat; Herr Rosenow hat 4 Bezirke. Kollege Sassenbach wohnt in dem Bezirk seit sieben Jahren; Herr Rosenow hat den Bezirk seit 1894. Es ist immer Gepflogenheit gewesen, dem Stadtvordnen den Bezirk, wo er wohnt, zuzuteilen. Wir haben allerdings am 1. Februar mit 64 gegen 57 Stimmen dem Kollegen Rosenow den Bezirk zugesprochen; aber Herr Rosenow hat doch eben 4 Bezirke, Herr Sassenbach gar keinen, und dieser hat sich rechtzeitig zur Verteilung gemeldet. Nach der Geschäftsordnung soll die Verteilung alljährlich stattfinden; ich kann nicht einsehen, warum jetzt eine Veränderung beliebt werden soll. Ich beantrage, dem Kollegen diesen Bezirk zuzuteilen. Wir haben hier jüngere Kollegen, welche 7, 8, ja 10 Bezirke zugewiesen bekommen, während meine Fraktionskollegen recht stiefmütterlich behandelt sind. Wenn ein Kollege den Wunsch äußert, in dieser Weise zu arbeiten, so bitte ich Sie, diesem Wunsche ohne weiteres zu entsprechen.

Die Mehrheit beschließt nach dem Ausschussantrage. Auf dem städtischen Gelände zwischen Thorner-, Schneidemühl-, Schönlanter- und Paul Schestrate soll eine Gemeindedoppelschule Platz finden, um die Paraden Schulen hinter dem Friedrichshain mit der Zeit zu beseitigen und auch für die Rietsdoppelschule Elsbingerstr. 4/5 Ersatz zu schaffen.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) bedauert sehr, daß diese Vorlage erst jetzt kommt. Hätte man vor 6 Jahren über das Terrain so disponiert, so hätte man sich die beiden Paraden Schulen sparen können. Nunmehr sollte aber so schnell wie möglich mit den Vorbereitungen zum Neubau vorgegangen werden und eventuell sollte man die bestehenden Pachtverträge sofort lösen.

Stadtv. Hirsfeld: Sollte die Versammlung in letzterem Sinne beschließen, so wird der Magistrat alles tun, um den Baubeginn schon auf den 1. April 1908 festzusetzen.

Mit einer entsprechenden Modifikation gelangt die Vorlage zur Annahme.

Zu der Genehmigung des Schwibbogenbaues zur Ueberbrückung der Französischen Straße zwischen dem Geschäftshaus der Deutschen Bank und der Magistrate nunmehr die Zustimmung der Versammlung nach. Die Genehmigung dieses oberirdischen massiven Verbindungsganges soll widerruflich sein und ist eine jährliche Anerkennungsgebühr von 3000 M. stipuliert.

Stadtv. Kreitzing (N. L.): Daß die geplante Ueberbrückung auch dem die Bank besuchenden Publikum dienlich sein soll, wie die Begründung sagt, möchte ich doch stark bezweifeln. Wir lehnen die Vorlage aus prinzipiellen Gründen ab, denn was wir dem Privaten bewilligen, können wir nachher dem Staate und anderen nicht versagen.

Stadtv. Ladewig (N. L.): Die beiden Gebäude der Deutschen Bank, die durch diesen Schwibbogen verbunden werden sollen, gehören ganz verschiedenen Baujahren an; eine architektonische Wirkung kann durch den Schwibbogen also nicht erzielt werden. Die beiden Gebäude liegen auch zu weit auseinander; der Schwibbogen würde stets nur den Eindruck einer Brücke oder einer Walflechte machen. Der Schwibbogen müßte gestützt werden, und das ist an jener nicht eben verkehrsreichen Stelle wohl möglich. Die Sache sollte deshalb in einem Ausschuss näher geprüft werden. Schließlich ließe es sich ja auch im Wege der Untertunnelung machen. (Heiterkeit.) Der gute Ruf Berlins darf jedenfalls durch solche unästhetischen Projekte nicht geschädigt werden.

Stadtv. Singer: Eine Weißbierstube wäre wohl der richtigere Ort, solche Gründe vorzubringen, wie sie Kollege Ladewig geltend gemacht hat. (Große Heiterkeit.) Es ist erstaunlich, hier für eine verhältnismäßig so kleine Angelegenheit so große Gesichtspunkte geltend machen zu hören. Wir haben gegen die Vorlage nach erfolgter gründlicher Prüfung in der Fraktion nichts einzuwenden und sehen auch keinen Anlaß für Ausschussberatung, da die großen Fragen, welche Kollege Ladewig aufgeworfen hat, auch im Plenum mit ja oder nein beantwortet werden können. Es handelt sich um eine rein praktische Erwägung. Beachtung verdient lediglich die Beforgnis vor unliebsamen präjudizialen Konsequenzen. Wir behalten indes jederzeit die Freiheit, von Fall zu Fall ja oder nein zu sagen; ein Grund, von vornherein prinzipiell nein zu sagen, ist nicht vorhanden. Daß das städtische Interesse irgendwie leiden soll, wenn an dem toten Ende der Französischen Straße diese Ueberbrückung vorgenommen wird, verstehe ich nicht. Man reißt doch eventuell Hunderte von Reilen weit, um solche Bauwerke zu bauen zu können. Daß den Anwohnern Luft und Licht genommen werde, stimmt auch nicht, denn es kommt nur ein einziges Haus in Frage, und dieses wird in keiner Weise am Genuß von Luft und Licht behindert. Alle die anderen Einwände sind nur künstlich herbeigezogen.

Stadtv. Landsberg (N. L.): Das große Berliner Publikum hat in der Sache gar keinen Vorteil; diesen hat lediglich eine große private Erwerbsgesellschaft. Der Ausschuss soll eben prüfen, ob das öffentliche Interesse bei der Sache nicht zu kurz kommt. In der Bürgerschaft ist Entrüstung und Aufregung darüber entstanden, daß der Magistrat hier für eine Bogatelle einer Bank ein solches Zugeständnis machen will. Auf jeden Fall ist gründliche Prüfung im Ausschuss notwendig.

Stadtv. Körte hat von Entrüstung und Aufregung in der Bürgerschaft über das Projekt und den Magistratsvorschlag nichts gemerkt. Man solle doch einem so gewaltigen wirtschaftlichen Faktor wie der Deutschen Bank nicht Knäuel zwischen die Beine werfen und die Angelegenheit nicht so kleinlich behandeln.

Auch Stadtv. Nathan (Soz.-fortschritt.) meint, ein so einzigartig in der ganzen zivilisierten Welt dastehendes Institut wie die Deutsche Bank müsse anders als ein Privatmann behandelt werden. Von einer Schädigung öffentlicher Interessen sei keine Rede.

Stadtv. Architekt Gremer (N. L.) tritt den Ausführungen Singers bei.

Stadtv. Cassel: Auch ich betrachte die Sache nüchtern und vom praktischen Standpunkte; ich meine nur, man soll jeden gleich behandeln und die Vorlage weder mit Hurra annehmen, weil es die Deutsche Bank ist, noch dieser etwas weigern, was zu sonderbaren und keinen Schaden verursacht. Es sind aber von Nachbarhäusern Beschwerden über Verlegung der freien Aussicht geführt worden; darüber muß Aufklärung erfolgen.

Stadtv. Dr. Hermes: Ich habe gestern den Schwibbogen besichtigt. Mein ästhetisches Gefühl wurde dadurch nicht verletzt; aber vielleicht ist es weniger entwickelt wie das des Kollegen Ladewig. (Heiterkeit.) Wie denkt dieser übrigens über die ästhetische Wirkung der Stadtbahn und der Hoch- und Untergrundbahn auf das Straßensbild, z. B. an der Friedrich- und Plandburgerstraße? Hat er da keine Verletzung seines ästhetischen Feingefühls gespürt?

Stadtv. Ladewig: Kollege Körte nannte mich einen „Kunstrot“. Das finde ich gerade von ihm, dem Architekten, wenig geschmackvoll; gerade er dürfte sich nicht erlauben, mit solchem Ausdruck anzudeuten, daß niemand mitzureden habe, der nicht zur Kunst gehört. Kollege Singer erklärte, er lenne keine ästhetischen Bedenken; wenn das der Fall ist, kennt er sie natürlich auch bezüglich dieses Bogens nicht. (Heiterkeit.)

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) und Cassel, welche letzterer darauf verweist, daß der mit der Deutschen Bank zu schließende Vertrag dahin geändert werden muß, daß für den Fall der Durchlösung der Französischen Straße der Abbruch zu erfolgen hat.

Darauf wird die Vorlage mit großer Mehrheit einem Ausschuss überwiesen.

Zu den Betriebskosten des Kaiserin Auguste-Viktoria-Hauses in Charlottenburg zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich will der Magistrat pro 1908 6000 M. Beihilfe gewähren. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Lord-Mayor von London trifft mit 63 Begleitern am 16. Juni hier ein, um Berlin einen vierstägigen Besuch zu machen. Der letztere erfolgt auf Einladung des Oberbürgermeisters,

der damit den Dank Berlins für die „außerordentliche Freundlichkeit und die ungemein gastliche Aufnahme“ abstaten will, welche die Vertreter der Berliner Gemeindebehörden bei ihrem vorjährigen Besuche in London erfahren haben. Der Lord-Mayor und die Scheriffs sollen als Gäste der Stadt betrachtet werden. Ein Komitee von 30 Mitgliedern (10 Magistratsvertreter, 20 Stadtverordnete) soll gebildet werden und ein Betrag von 40 000 M. zur Verfügung gestellt werden.

Der Magistratsantrag wird angenommen. Zur Annahme des Vermächnisses des Rentiers Siegmund Samuel für wohltätige Zwecke (500 000 M.) gibt die Versammlung die Genehmigung.

Für den projektierten Osthafen am Stralauer Anger sollen die erforderlichen Spreeflächen dem Fiskus für 20 M. pro Quadratmeter (statt 40, die früher gefordert waren), insgesamt für 946 000 M. abgekauft und ferner für den Bau der Kaiser 1 280 000 M., sowie für Regulierungsarbeiten 280 000 M. vorbehaltlich der Erstattung aus den Mitteln einer neuen Anleihe bewilligt werden. Aus der Begründung der Vorlage ist ersichtlich, welchen Schwierigkeiten die Ausführung auch dieses städtischen Projektes auf Schritt und Tritt begegnet.

Diese Vorlage sowie diejenige betr. den Tarif und die Gebührenerhebung an den Börsen- und Adressstellen beantragt Stadt. Kreiting, einem Ausschusse zu überweisen. Der Fiskus habe in allen seinen Gestalten auch hier sehr geringes Entgegenkommen bewiesen, während er an den aufkommenden Gebühren sich ein Viertel dauernd sichern wolle. Auch die Haltung der Korporation der Ältesten der Kaufmannschaft bzw. der Handelskammer sei eigentümlich. Vielleicht komme man im Ausschusse weiter.

Stadt. Cassel: Bei dieser Gelegenheit zeigt sich deutlich, welche Schwierigkeiten stets erwachen, wenn die Stadtverwaltung irgend etwas für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins plant. Manche Leute draußen glauben, man braucht eine Idee bloß auszusprechen und alles müsse dann sofort fix und fertig dastehen. Es ist eben viel leichter, zu kritisieren, als selbst etwas zu schaffen. Die Vorlagen gehen an einen Ausschuss.

Schluss der öffentlichen Sitzung gegen 1/2 9 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Der Bäderstreik.

Wie bei jedem wirtschaftlichen Kampf, so entfaltet auch beim Bäderstreik die Polizei eine Tätigkeit, deren Wirkung die ist, daß die Interessen der Arbeitgeber in jeder Weise begünstigt, die Rechte der Arbeiter aber verletzt werden. Die Posten, welche die Streikenden an den Bahnhöfen ausstellen, sind für die Polizeibeamten das Ziel besonderer Aufmerksamkeit. Da gibt es kaum noch ein Pläzchen, wo ein Streikposten nach Ansicht der Polizei nicht ein „Verkehrshindernis“ bildet, welches mit allen Mitteln polizeilicher Schneidigkeit — im Interesse der Ordnung und Sicherheit natürlich — entfernt wird. Vor dem Germania-Innungshaus in der Chauffeestraße, wo die Bädermeister ihr Zentralstreikbureau eingerichtet haben, sind gleich drei Schutzmannsposten aufgestellt und eine Anzahl „Geheimer“ patrouillieren in der Nähe des Hauses und fahnden auf Streikposten. Mit welcher liebevollen Sorge sich Polizeibeamte um die Interessen der Bädermeister kümmern, zeigt ein Beispiel: Da bemerkten die Streikposten, die trotz aller polizeilichen Maßregeln das Innungshaus fortgesetzt beobachten, einen fremden Bädereigenen, der seine Schritte nach dem meisterlichen Streikbureau lenkte. Man fragte den Fremden, woher und wohin und da erzählte er, er sei auf der Reise, soeben in Berlin eingetroffen, habe auf der Straße einen Schutzmann nach der Herberge gefragt, dieser habe sich erkundigt, ob der Fremde Bäder sei, ob er arbeiten wolle, und auf seine bejahende Antwort habe ihn der Schutzmann nach dem Innungshaus gewiesen. — Die Mitteilung der Streikposten, daß in Berlin gestreift wird, genügt, um den Fremden zur sofortigen Weiterreise zu veranlassen. In diesem Falle war also die polizeiliche Liebesmüh umsonst.

Wie die Bädermeister mutentbrannt auf die Streikenden und deren Leitung schimpfen, das haben wir in ihrer Versammlung gehört, über die wir gestern berichteten. Daß sie nicht weniger glimpflich mit ihren eigenen Kollegen umgehen, falls diese so einsichtig sind, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen, das zeigt eine Postkarte, welche der Bädermeister Wollweide, Zionskirchplatz 1, gestern erhielt. Das Schriftstück lautet:

Berlin, 29. Mai 1907.  
Du gemeiner Lump, Du bist ein Strolch, schimpfe Dich nicht Bädermeister, denn ein Meister kann sich nicht so erniedrigen. Keine Stunde wird er schlagen, Fluch und Schande über Dein Haus bis Du Lump gehst barfuß raus, das wünschen die Kollegen, die für Ehre und Recht streiten. Pfui, Pfui und nochmals Pfui.

Natürlich haben die „Kollegen, die für Ehre (?) und Recht (?) streiten“, es vorgezogen, ihre Namen nicht unter die Sammelkarte zu setzen.

Wankelmüt und Wortbruch macht sich, wie beim vorigen Streik, so auch jetzt, bisher allerdings nur vereinzelt, in den Reihen der Meister wieder bemerkbar. Plottner, der Inhaber einer großen Bäckerei, hat seine Bewilligung wieder zurückgezogen. Als Antwort darauf haben seine sämtlichen Gesellen die Arbeit sofort niedergelegt und auch die Kutscher erklären sich mit ihnen solidarisch. Plottner ließ seine Gesellen bisher durch einen der krupellosesten Kommissionäre vermitteln. 3, 6, 9 M. mußten die Arbeitsstunden dem Vermittler für eine Stelle zahlen. Es wird vermutet, daß dieser Stellenvermittler seinen Einfluß für die Zurückziehung der Bewilligung geltend gemacht hat, denn die Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises würde ja dem Mann das Geschäft verderben.

Weitere Zurücknahme der Bewilligungen sind bis jetzt nicht erfolgt. Dagegen hat der Streik eine weitere Ausdehnung erfahren. Mehr als 300 Gesellen haben im Laufe des gestrigen Tages bei Meistern, die nicht bewilligt hatten, die Arbeit niedergelegt. Das energische Vorgehen im Streik in Verbindung mit dem Boykott, der nach der am Mittwochabend erfolgten Verbreitung des Flugblattes gestern in den Arbeitervierteln einsetzte, hat die erfreuliche Wirkung gehabt, daß sich die Zahl der Bewilligungen bedeutend steigerte. Gestern, vom Morgen bis zum späten Abend hatte man im Streikbureau unausgesetzt zu tun, um die Unterschriften der bewilligenden Meister entgegenzunehmen, sowie Legitimationskarten für Austräger usw. auszustellen. Meister und Meistersfrauen kamen und gingen den ganzen Tag. Zeitweise war der Andrang so stark, daß die Erledigung der Geschäfte nur mit Mühe vorstatten ging. Infolgedessen war es der Streikleitung noch nicht möglich, die Zahl der Bewilligungen festzustellen, sie wird jedoch auf etwa 600 im ganzen geschätzt. Unter diesen Umständen kann die Streikleitung mit Befriedigung auf die Erfolge blicken.

Der Bädermeister Gerlach, Kopenstr. 46, und die hiedere Meisterin mußten wohl von einer langen Vorahnung der Flugblattverbreitung bedrückt sein. Zur rechten Zeit — als die Flugblattverbreitung ihren Anfang nehmen sollte, hatten sie beide vor dem Hause Posto gefaßt, um nach den Umstürzern anzuschauen. Mit einem Male hieß es: „Da sind sie!“ Damit die Mißwahrnehmung des Hauses von der elenden Lage der Bädereigenen nicht erfahren sollten, mußten wenigstens die Flugblattverbreiter von diesem Hause ferngehalten werden. So tauchte plötzlich, wie ein rettender Engel für unser Bädermeisterpaar, als dritter im Bunde ein Kriminalschutzmann auf. Als unsere Genossen das Haus des Bädermeisters betreten hatten, sprang der Kriminalbeamte hinterher und stellte unsere Genossen. Der Kriminalschutzmann hatte, wie so häufig, von den gesetzlichen Bestimmungen der Flugblattverbreitung keine Ahnung. Er fragte unsere Genossen, ob sie einen polizeilichen Erlaubnisschein zur Flugblattverbreitung hätten, worauf unsere Genossen dem Gesetzeshüter antworteten, daß sie zu einer derartigen Verbreitung keine polizeiliche Erlaubnis brauchten. Der Kriminalschutzmann in seiner Unkenntnis verlangte nun die Legitimation der Genossen und notierte sich die Namen derselben. Damit war aber nichts gerettet: die Hausbewohner besaßen ihr Flugblatt!

Berichtigung. Nicht Albrecht — wie in unserer gestrigen Mitteilung zu lesen ist — sondern Ullrich (Charlottenburg) heißt der Bädermeister, welcher die gegen Bewilligung der Forderungen gerichtete Erklärung der Großbetriebe mitunterzeichnet, trotzdem aber die Forderungen durch Unterschrift anerkannt hat. Albrecht hat noch nicht bewilligt.

## Zur Bewegung im Baugewerbe.

Beim Zentralverband der Zimmerer wurde festgestellt, daß am 28. Mai 37, am 29. Mai 143 Baugeschäfte bewilligt hatten, am 30. Mai sind noch 91 Neubewilligungen hinzugekommen, so daß jetzt in 234 Baugeschäften zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird.

In den 23 Bezirken Berlins haben sich am gestrigen Tage 2311 Mann der Kontrolle unterzogen.

Seitens des Zentralverbandes der Maurer wurde am 29. Mai eine Bautenkontrolle veranstaltet. Das Resultat war folgendes: Bewilligt hatten 207 Unternehmer. Zu neuen Bedingungen arbeiten auf 233 Arbeitsstellen 1163 Maurer. Außerdem sind vorgefunden 408 Akkordmurer auf 30 Baustellen.

Am 30. Mai sind noch 124 Bewilligungen eingegangen; die Zahl der darauf beschäftigten Maurer muß erst durch die noch vorzunehmende Bautenkontrolle festgestellt werden. Es haben also bis jetzt 331 Firmen bewilligt.

Am 30. Mai haben sich 5544 ausgesperrte bzw. streikende Verbandsmitglieder zur Kontrolle gemeldet.

Zum Kampf im Baugewerbe nahm am Donnerstag eine sehr stark besuchte Generalversammlung der Sektion der Gips- und Zementarbeiter Stellung. Der Vorsitzende Hase führte unter anderem aus: Die Sektion ist nicht unmittelbar an dem Kampf beteiligt, da sie mit den Unternehmern in einem bis zum 1. Oktober dieses Jahres laufenden Vertragsverhältnis steht. Trotzdem sind eine große Zahl von Gips- und Zementarbeitern durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen, namentlich die Kategorien, welche mit den Maurern zusammenarbeiten. Infolge der Aussperrung und des Streiks sind bis jetzt 191 Sektionsmitglieder außer Arbeit gekommen, und zwar 71 Hilfsarbeiter, 64 Einschaler, 38 Zementierer, Wäber und Putzer. Mit Rücksicht auf das bestehende Vertragsverhältnis müssen die Gips- und Zementarbeiter in diesem Kampf eine abwartende Stellung einnehmen. Jedoch werden sie infolgedessen volle Solidarität mit den Streikenden und Aussperrten bekunden, daß sie jede Arbeit der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter unter allen Umständen zurückweisen. Ein Solidaritätsstreik wegen Angebot von Streikarbeit oder wegen Zusammenarbeitens mit Akkordmurem usw. darf in keinem Falle erklärt werden, ehe nicht die Leitung der Organisation von den betreffenden Verhältnissen unterrichtet worden ist und ihre Zustimmung zur Arbeitsniederlegung gegeben hat. Die Gründe, welche für diese Taktik bestimmend sind, liegen in dem Vertragsverhältnis. Es darf den Unternehmern keine Gelegenheit gegeben werden, unter Berufung auf einen Vertragsbruch der Arbeiter den Vertrag für aufgehoben zu erklären.

Um den Kampf materiell zu unterstützen, hat eine Vertrauensmännerversammlung folgendes beschlossen: Alle arbeitenden Kollegen haben vom 27. Mai ab auf Grund des Statuts einen Streikbeitrag zu zahlen. Derselbe beträgt pro Tag für Hilfsarbeiter 40 Pf., für Einschaler 50 Pf., für alle anderen Arbeiter 55 Pf. Jeder arbeitende Kollege hat sich bis zum 1. Juni in den Besitz einer Sammel- resp. Arbeitsberechtigungskarte zu setzen. Die Bau-deputierten haben jeden Sonnabend die Beiträge einzuziehen. Alle Arbeitslosen haben sich vom Freitag, den 31. Mai ab im Bureau der Organisation zur Kontrolle zu melden. Die Ausgabe der Streikkarten erfolgt unter dem Datum des 30. Mai. Die ledigen Kollegen haben Berlin zu verlassen, sie erhalten eine Legitimation und Reisegeld bis zu dem Orte, wo sie Arbeit suchen wollen. Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung den Vorschlägen der Vertrauensmänner zu mit der Aenderung, daß der Streikbeitrag erst vom Tage der Eintragung in die Streikliste, also vom 30. Mai ab zu entrichten ist.

## Der Tarifvertrag der Zuschneider der Herren- und Knabenkonfektion.

Die Geduld der Zuschneider und Zuschneiderinnen, die sich am Mittwoch bei Dräsel in der Neuen Friedrichstraße versammelt hatten, wurde auf eine harte Probe gestellt. Auf 1/9 Uhr war die Versammlung einberufen und der große Saal war gefüllt. Aber eine Stunde nach der anderen berging und immer wieder mußte bekannt gegeben werden, daß im „Käufstader Hof“ die Verhandlungen mit den Unternehmern noch nicht beendet waren. Es war 11 1/2 Uhr, als die Lohnkommission endlich eintraf und über die Verhandlungen berichten konnte. Wie der Referent Rämig ausführte, war es aber bei der außerordentlichen Schwierigkeit der Verhandlungen auch dann noch nicht möglich geworden, sämtliche Punkte des Tarifvertrages zu erledigen. Weitere Verhandlungen, bei denen es sich hauptsächlich noch um die Kontrollbücher und um die Schlichtungskommission handeln wird, sollen am Montag stattfinden, worauf dann am Dienstag eine neue Zuschneiderversammlung über die Vereinbarungen endgültig beschließen soll. Gemeint hatten sich die Vertreter der beiden Parteien über folgende Lohnsätze:

Die Zuschneider der Herrenkonfektion sollen beim Eintritt in den Beruf als Anfangslohn 30 M. erhalten, nach Verlauf von drei Monaten 32 M., nach sechs Monaten 34 M., nach 1 1/2 Jahren 37 M. und nach drei Jahren der Berufstätigkeit 39 M. Wochenlohn. Diejenigen Zuschneider, die schon 39 M. oder mehr, aber nicht über 50 M. Lohn haben, erhalten eine Lohnaufbesserung von 5 Proz. Diese Lohnsätze gelten auch für die Größen 7—12 der Knabenkonfektion.

Die Zuschneider der Knabenkonfektion der Größen 1—6 erhalten als Anfangslohn 27 M., nach drei Monaten 30, nach sechs Monaten 32, nach 1 1/2 Jahren 34, nach drei Jahren 37 und nach vier Jahren der Berufstätigkeit 39 M. Wochenlohn.

Der Anfangslohn der Westenzuschneiderinnen wurde auf 18 M. festgesetzt; nach einem Jahre sollen sie 18 M., nach zwei Jahren 20, nach drei Jahren 22 und nach vier Jahren 24 M. Wochenlohn erhalten.

Bei den Lohnsätzen für die Zuschneiderinnen der Knabenkonfektion wurden besondere Bestimmungen für Lehrdamen getroffen. Für solche, die noch nicht in der Konfektion tätig waren, beträgt die Lehrzeit ein Jahr. Sie erhalten als Anfangslohn 8 M. und nach Verlauf von je drei Monaten 9,50 M., 11 M., 12 M. Danach gelten dieselben steigenden Lohnsätze wie bei den Westenzuschneiderinnen. Lehrdamen, die schon als Schneiderinnen oder Einrichterin tätig waren, fangen mit 9,50 M. Wochenlohn an und beenden ihre Lehrzeit in neun Monaten.

Die Bestimmung, daß diejenigen, die den höchsten Lohnsatz schon erreicht haben aber nicht über 50 M. erhalten, 5 Prozent Lohnaufbesserung bekommen sollen, gilt, wie für die Zuschneider der Herren- und Knabenkonfektion, auch für die Zuschneiderinnen der Westenzweige und der Knabenkonfektion.

Die Arbeitszeit soll mit einständiger Pause 10 Stunden, also rein 9 Stunden betragen. Wo seit länger als sechs Monaten eine kürzere Arbeitszeit eingeführt ist, bleibt diese bestehen. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. für Sonntagsarbeit von 50 Proz. bezahlt.

Sämtliche Zuschneider und Zuschneiderinnen sollen, sofern sie ein Jahr im Geschäft tätig sind, acht Tage Ferien erhalten.

Der Tarifvertrag soll am 1. Juni in Kraft treten und gelten bis zum 31. Mai 1910.

Der Redner empfahl der Versammlung, sich mit diesen Abmachungen einverstanden zu erklären. Dies geschah denn auch nach kurzer Diskussion einstimmig. Demersprechend konnte bei den Verbandsfirmen die Arbeit ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Den übrigen Firmen werden, soweit sie noch nicht bewilligt haben, die Abmachungen zur Anerkennung vorgelegt. Es wird sich hier nur noch um wenige Geschäfte handeln.

## Der Streik der Bootsbauer.

Zwischen dem Verband der Boots- und Nachtwerker Berlins und der Umgegend und dem Verein der Schiff- und Bootsbauer besteht ein Vertrag, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt. Bei der Auslegung dieses Vertrages kam es, wie so oft, zu Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern, namentlich die Ueberstundenfrage gab Anlaß zu solchen. Zwar heißt es deutlich im Vertrage, die Ueberstunden sind solche, welche die tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden überschreiten, aber die Unternehmer, allen voran Herr Deutsch, der Vorsitzende ihrer Organisation, wollten Ueberstunden nur anerkennen, wenn die Arbeitszeit von wöchentlich 59 1/2 Stunden überschritten wurde. Fehlte ein Arbeiter einen Tag oder auch nur eine Stunde, dann konnte er um die Ueberstundenbezahlung kommen. Das führte zu Differenzen besonders bei der Reisezeit und den dritten Feiertagen. Bei Gelegenheit des Pfingstfestes mahngeliste Herr Deutsch sogar einen Arbeiter, der ihm den Beschluß seiner Kollegen mitteilte, daß der Pfingstdienst als Feiertag zu gelten habe. Darauf legten die Bootsbauer der Firma die Arbeit nieder. Als es einem Teil von ihnen gelang, anderwärts Arbeit zu bekommen, verlangte Herr Deutsch von dem neuen Arbeitgeber deren sofortige Entlassung. Es ist charakteristisch für die Tarifstreue dieses Unternehmers, daß er trotz des bestehenden Tarifs von 2 Jahren mit einem Teil seiner Leute einen anderen auf 5 Jahre lautenden abschloß. — Inzug von Bootsbauern, namentlich aus Hamburg und besonders von England ist fernzubalten. Auch Schiffbauer, Tischler und Stellmacher mögen der Werft von Deutsch fernbleiben.

## Zur Bergarbeiterbewegung in Lothringen

Ist zu melden, daß am 24. und 25. Mai in weiteren zwei Gruben die Mehrzahl der Mannschaften nicht eingefahren ist und der Ausstand wird noch weiter um sich greifen, wenn sich das Gerücht bewahrheitet, daß die de Wendelschen Gruben Erze an die vom Streik betroffenen Werke liefern. Man sucht die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse vom Streik abzuhalten. So gibt eine der Rombacher Hütten in St. Marie-aux-Bönes, ohne daß die Vergleite es gefordert, die Beleuchtung frei; das bedeutet für die Vergleite eine Ersparnis von 2 Mark 40 Pf. im Monat. Die Vergleite sollen auf diesen Ertrag aber nicht sitzen. Besonders die ausländischen Arbeiter, und deren beschäftigten die „nationalen“ Grubendestrier eine große Anzahl, sind empört darüber, daß sie die gleichen Beiträge bezahlen müssen, wie ihre deutschen Kollegen, aber wenn sie als Invaliden in die Heimat ziehen, nur das Dreifache einer Jahrespension erhalten können und nicht die fortsinkende Monatsrente. Die Polizei geht mit aller Schärfe gegen die Arbeiter vor. Ein italienischer Bergarbeiter, der mit seinem Landsmann italienisch sprach und für sie eintrat, aber nicht genügend Legitimationspapiere bei sich hatte, wurde abgeführt. Das reichs-ländische Vereinsgesetz wird mit aller Strenge gehandhabt. Unter 21 Jahre alte Arbeiter dürfen nicht an den Versammlungen teilnehmen. Der alte Verband hat an seine Mitglieder bereits Streikunterstützung ausbezahlt.

## Ausland.

### Ausstände in England.

Der Ausstand der Seeleute zu Glasgow ist in ein akutes Stadium getreten. Nachdem die Reeder auf die Forderung einer Lohnerhöhung, die von ihren Leuten gestellt war, keine Antwort gegeben hatten, begann zunächst der Ausstand auf den Schiffen mit Monatslohnempfängern. Rumecht wollen auch die Wochenlohnempfänger über die Streikfrage abstimmen. Die atlantischen Dampfer, die am Sonnabend von Glasgow abgehen sollen, haben noch keine Mannschaften angemustert. — Nach einer Meldung aus New Castle haben die Mitglieder des vereinigten Maschinenbauervereins, die in den Maschinenbauindustrien an der Nordküste beschäftigt sind, sich für den Ausstand ausgesprochen, falls ihre Forderungen in bezug auf Lohnerhöhungen abgewiesen werden sollten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Cheerleistungen.

Paris, 30. Mai. (B. Z. V.) Die Deputiertenkammer nahm einen Antrag an, wonach die Ehe zwischen Schwager und Schwägerin gestattet wird, sowie einen Antrag, wonach die bisherige Frist von 10 Monaten, nach welcher eine geschiedene Frau sich wieder verheiraten dürfe, abgekürzt wird.

### Generalstreik der Seeleute in Marseille.

Marseille, 30. Mai. (B. Z. V.) Der Generalausstand aller eingeschriebenen Seeleute ist heute proklamiert worden.

### Untertänigst ersterbende Opposition.

Lissabon, 30. Mai. (B. Z. V.) Die der Opposition angehörenden Mitglieder beider Häuser des Parlaments, welche eine Audienz beim König nachgesucht hatten, um ihn zu bitten, für Wiederherstellung normaler konstitutioneller Verhältnisse zu sorgen, sind heute vom König empfangen worden.

### Sterngläube Expedition.

Kairo, 30. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Offizier ägyptischer Nationalität und 25 Mann waren im April von Densola nach dem 250 Meilen entfernten Orte Wimatron abgegangen. Nachrichten über ihren Verbleib blieben aus. Jetzt hat man den Leichnam des Offiziers gefunden. Ein Sergeant und drei Mann sind gerettet worden, von den übrigen fehlt jede Spur.

### Unwetter und Ueberflutung.

Houston (Texas), 30. Mai. (B. Z. V.) Mit Stollenbrüchen verbundene Stürme haben das Land meilenweit unter Wasser gesetzt. Der Eisenbahnverkehr stockt, Häuser sind zerstört und fortgeschwemmt.

Der Prozeß Pöplau.

Am Donnerstag, dem sechsten Tag des Prozesses Pöplau, waren bei Eröffnung der Sitzung der Herr Reichsanwalt...

Die Vernehmung der Beamten aus den Bureaus der Kolonialverwaltung wurde fortgesetzt. Vernommen wurde nunmehr der Zeuge Riem, der früher Geheimregistrator...

würde noch viel mehr Material gekriegt haben, wenn er nicht so gegen Hofrat Teich, seinen unmittelbaren Vorgesetzten, vorgegangen wäre. Herr Rabe erklärte, davon wisse er nichts.

Mitteilungen von dritten Personen zugegangen seien, wie er es auch in den Fällen Franzius, Rannen-

Die Befragung des Zeugen Michalski über den Grad der Zuverlässigkeit des Altemausgabebuches ergab die Notwendigkeit, dieses Buch an Gerichtsstelle vorzuliegen. Das Gericht beschloß, das Altemausgabebuch sei für Freitag herbeizuschaffen.

Es wurde dann weiter in der Vernehmung der Bureaubeamten fortgefahren. Auch Hofrat Kuticha bekundete, daß die Bemerkung im Altemausgabebuch keineswegs einen zuverlässigen Nachweis liefern, wo ausgegebene Altem im Augenblick sich befinden.

Die Beweisaufnahme soll Freitag um 9 Uhr fortgesetzt werden mit der Prüfung des Altemausgabebuches und der Vernehmung von Henischel und Paul. Wenn für die übrigen vom Angeklagten geladenen Zeugen auch am Freitag noch keine Entscheidung darüber eingehen sollte, ob sie

so muß Vertagung eintreten. Den am Mittwoch angekündigten Antrag, auch den „Schatten“ Pöplaus zu laden, den Geheimpolitisten, der einen Verkehr zwischen Pöplau und Schneider bemerkt haben soll, ließ der Verteidiger jetzt fallen.

Es wäre auch gewiß verlorene Liebesmüh gewesen, auch noch diesen Geheimpolitisten laden zu wollen. Eher kriegt selbst ein Pöplau die Gelohnung, vor Gericht nach bestem Wissen die reine Wahrheit zu sagen, als daß ein Geheimpolitist von seiner Dienstbehörde in die unangenehme Lage versetzt wird, ein Gleiches tun zu müssen.

Wie Gutsarbeiter leben.

In Nr. 116 des „Vorwärts“ ist über den Fortgang der Hege gegen den Pfarrer Dr. C. Vogl in Leislau (Sachsen-Meinungen) berichtet worden. Am den freimütigen Pfarrer ins Unrecht zu setzen, veröffentlichten die vormaligen Schölerschen Gutsarbeiter eine Erklärung, in der sie ihre volle Zufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen ausdrückten.

Der freundliche Leser wird ersucht, mit mir einen Gang zu machen in die Arbeiterwohnungen (zwei Häuser) des Ritterguts Leislau.

Es ist Mitte Dezember. Wir stehen vor dem alten Hause, in welchem regelmäßig drei Familien wohnen. Augenblicklich bloß zwei. Schon von draußen fällt dem Beschauer das Wort ein, daß

man oft von vorübergehenden fremden Arbeitern hören kann: „Kostall“. Die Fenster haben zum Teil statt Glas Scheiben Pappe, allerlei Lappen und Bretchen. — Wir treten in die untere Stube rechts. Sie ist (seit April 1906) bewohnt vom Pferde-

Auf dem feuchten, schwarzen, von Mäusen zermagten Fußboden lauert die leidende Frau des Arbeiters, um sie einige Kinder, sie hat deren vier im Alter von 2-9 Jahren; dürftige Gestalten mit fahlen Gesichtern. Die Hände zeigen Spuren einer Tüdsche, die mit der Stallpötte angebracht worden war. Die Frau klagt und weint; der Arzt habe wiederholt die schlechte, höchst ungesunde Wohnung bemängelt, aber was sollten sie tun? Ein neues Haus stehe zwar seit Oktober fertig und beziehbar da, aber der Herr gestatte ihnen nicht, es zu beziehen, obzwar er es ihnen bei der Verdingung versprochen habe. Sie mühten bleiben bis 1. April 1907. Auf meine Frage, warum sie überhaupt in eine solche Wohnung gegangen seien, erklärt mir der Mann, der Herr habe ihm die Wohnung nicht vorher gezeigt. Ich lasse mich in die „Schlafkammer“ führen; ein schwarzes Loch, Schlafstätte, Speise- und Vorkammer zugleich. Das Loch geht direkt hinaus in eine Art Torfschuppen. Die Fensteröffnung (ohne Fenster!) ist verhängt mit alten Säden und Kleidungsstücken. — Der Mann ist ein ruhiger, fleißiger, braver Mensch, den ich schon von früher her kenne. Ich lasse mir von ihm seine und seiner Familie Lebensweise schildern. Er fährt aus: Antritt zur Arbeit: 8 Uhr früh (im Winter 4 Uhr), Ende der Arbeit eigentlich um 7, tatsächlich fast immer um 8 Uhr (Winter 7 Uhr) abends. Mittagspause von 12-1 Uhr. Auch Sonntags natürlich für einen Pferdefleischer keine Ruhe, da eine Ablösung hier nicht vorhanden. Lohn: 11 M. pro Woche, oder „eigentlich“ im Sommer 11,50 M., aber die 50 Pf. würden erst „zu Weihnachten“ ausgezahlt (nämlich 13 M.), freilich nur demjenigen, der bis dahin ausgehalten habe. Gehe der Arbeiter früher oder würde er entlassen, so behalte der Herr das „Weihnachtsgehalt“ für sich. Ueberstundenarbeit, gelegentlich bis 1/2, ausnahmungsweise auch 9 Uhr abends, finde keine Würdigung, sie gelte eigentlich als selbstverständlich und würde nur bezahlt, wenn sie sofort mit der Bitte um Bezahlung gemeldet würde (15 Pf.). — Hier schalte ich ein, daß wir selbst wiederholt äußern hörten, die Leute mühten ihrer Herrschaft dankbar sein für den „schönen Lohn“ und das „viele Geld“, das sie bekämen. — Neben dem Gehlohn hat Schulz noch 1/2 Morgen Ackerland (es soll sehr schlecht gewesen sein), er beansprucht dessen Ertragswert in guten Jahren auf etwa 70 M. Der halbe Tag, den Schulz zur Bearbeitung des Feldes braucht, sei ihm vom Lohn abgezogen worden. Den auf sie fallenden Teil der Stallengehälter zahlte die Arbeiter selbst; dazu kämen Steuern: 15,40 M.; die Wohnung habe der Herr selbst (!) mit 60 M. eingeschätzt. — Ich notiere mir nun genau,

wie Schulz mit seiner Familie sich nährt.

An etwa 15 Sonntagen des Jahres gibt es 1 Pfund Stachfleisch, an den übrigen Sonntagen 1/2 Pfund Wurst. Während der Woche zweimal Wurst zu 20 Pf. (!) Kartoffel und Brot sind die Hauptnahrungsmittel und werden mit sog. Fähschmalz („amerikanisches“) schmachtig gemacht. Nur einmal in der Woche leiste man sich zwei (!) Heringe (für Mann, Frau und 4 Kinder). Für 1 Liter Schlemmermilch (übrigens könne er sich nicht oft Milch kaufen) zahle Schulz auf dem Gute 8 Pf. (der „Wauer“ — wie hier der Landwirt im Gegensatz zum Rittergutsbesitzer genannt zu werden pflegt — läßt sich dafür, wie ich selbst weih, 6 Pf. bezahlen!) Schulz beklagt sich, daß er mit seinem Lohne keineswegs auskomme. Auch ein Schwein wollte sich der Mann aufziehen; doch der Herr habe ihm feins überlassen, da das alte Haus abgebrochen werden sollte und er (der Herr) daher keine Reparaturen vornehmen wollte. Schulz will durch diese Weigerung große Einbuße erlitten haben.

Zuguterletzt bricht Schulz durch die Boden-

Wohnung des Pferdefleischers Karl Friedrich Tunger.

Die Türklinke bleibt und in der Hand und fällt dann zu Boden. Durch den Spalt der geschlossenen Türe könnte wohl ein Kind die Hand stecken, in der Türe selbst sind große Klüfder. Die Stube ist bedeutend kleiner als die bei Schulz; den meisten Raum nimmt ein eiserner alter Ofen ein. Aus dem schabhaften Afschensafte fällt glühende Asche; die Feuerchau sei das ganze Jahr nicht dazugewesen, erklären die Leute. Herr Schüller sei wiederholt gebeten worden, doch die allernötigsten Reparaturen vornehmen zu lassen, es sei alles umsonst gewesen. Die Frau zeigt mir ihre von Mäusen arg zerfressene Bett- und Leibwäsche. Sonst ist die mir gezeigte Wäsche sauber und ordentlich in Stand gehalten. In der Schlafkammer riecht es penetrant nach Mäusen. — Auch hier frage ich den Mann, wie er eine solche Wohnung habe übernehmen können. Er antwortet, als er bei der Verdingung die Wohnung habe ansehen wollen, habe der Herr gesagt, er könne ihm die Wohnung nicht zeigen, da sie bewohnt sei; übrigens werde er ja wohl bis 1. Oktober ausziehen, dann solle er ins neue Haus ziehen. Ungefähr Mitte Oktober waren die neuen Wohnungen vollständig fertig und beziehbar, der Mann durfte jedoch nicht eingehen, er mußte warten bis 1. April 1907. — Die Lohnverhältnisse sind dieselben wie bei Schulz, ausgedehnt durch den Verdienst der mitarbeitenden Frau. Die Frau bekomme für Tagesarbeit (Sommer von 5-11, dann wieder von 1-7; im Winter 6-8 Uhr) 1 M. Lohn. Für Halbtagsarbeit (entweder bloß vormittag oder bloß nachmittag) 50 Pf. nebst 1/2 Morgen Kartoffelfeld. Die Arbeit der Frauen ist zum Teil dieselbe wie die der Männer: Kartoffelfeld verladen, Strohpresse (80-100 Pfund schwer) heben und in der Scheune aufstapeln und dergleichen. Die Frauen sollen nach solcher Arbeit „wie zerfchlagen“ sein. . . .

Radtrogen möchte ich, daß — wie hier jedermann bekant, den ganzen Sommer durch die Jauche durch den Hausflur geflossen ist, daß, wie ich höre, der Feldjäger öfter habe Anzeige machen wollen, daß aber alles immer beim alten geblieben sei. Gewiß, das Haus war „zum Abbruch bestimmt“, aber das hinderte nicht, daß in ihm lange Jahre hindurch menschliche Familien wohnten: Väter, Mütter und Kinder. — Als ich einen Kollegen in die geschickerten Wohnungen führte, sagte er verblüfft: „So etwas habe ich noch nicht gesehen.“ Nun, ich habe etwas Ähnliches schon gesehen: in Hamburg, als ich dort die berüchtigten Nachtschle und Verbrecherkeller der Riedererstraße besuchte. Dort freilich haufen die Geringsten der Geringsten, — hier dagegen brave, schwer arbeitende Menschenkinder!

Wir sehen unsere Wanderung fort und besuchen das neue Haus

(1897 gebaut). Es wohnen darin zwei Familien: Hofmeister Wendi und Aufseher Weyer. Wir treten bei Wendi ein. Die Wohnung ist neu, macht — wie ja wohl meist das Neue — einen nicht unfreundlichen Eindruck. Frau Wendi, eine saubere, intelligent aussehende Frau, kommt soeben von der Arbeit. Es ist Abend. Im eisernen Ofen brennt ein dürftiges (vermutlich eben erst angemachtes) Feuer. Es ist so kalt in der Stube, daß man bei jedem Wort den Hauch sehen kann. (Eine Beobachtung, die ich übrigens in allen Arbeiterwohnungen machte.) Meine Kinder klettern auf Stühlen umher, ich fürchte jeden Augenblick, eins stürzen zu sehen. Sie waren während der Abwesenheit der Mutter allein eingeschlossen in der Stube, die Ofentür hatte die Mutter mit einem Bindfaden zugebunden, damit die Kinder nicht Unheil anstiften. Unwillkürlich mußte ich an den gedanklos immer wiederholten Vorwurf denken, die Sozialdemokratie zerstöre das Familienleben! Der Mann klagt mir, daß das Haus keinen Keller habe,

und daß die Bewohner den Torf (er rechet von 4000 Stück) auf den Boden tragen mühten. Sie krochen oft „auf allen Vieren“ hinaus, um sich die Last zu erleichtern. Die Ställe wären auch nicht für alle hinreichend, Schuppen keine vorhanden. Wendi ist höflich fleißig, solid, er verdient als Hofmeister 13 M. die Woche. Er beständig mir die Auslagen der Arbeiter Schulz und Tunger und beschäftigt mir auch, was ich schon vielfach (auch von einer Lehrerin auf dem Rittergut) gehört habe; daß nämlich die Arbeiter für eine Mandel Eier auf dem Gute 80 Pf. zahlen mühten, und zwar auch wenn die Eier im benachbarten Raumburg mit 75 Pf. verkauft wurden. Für Butter (1/2 Pfund) mühten sie 55 Pf. bezahlen, wenn dieselbe Butter in Raumburg 50 Pf. kostete. Wendi selbst habe vom Herrn ein Schweinchen gekauft, das ihm mit 45 M. angerechnet worden sei, während zur selben Zeit die Rittergutschweine anderweitig für 40 M. abgesetzt worden seien. . . .

Die Verhältnisse der Leislauer Rittergutsarbeiter, vorzugsweise natürlich im alten Arbeiterhause, jobann die Arbeitszeit und den Arbeitslohn hatte ich im Auge, als ich bei meiner Vernehmung in Raumburg und Meinungen von „schwerer Arbeit, largem Lohn und Behausungen, die aller Beschreibung spotten“ sprach. Ich dachte an sie, als ich bekannte: „Wenn ich Gutsarbeiter in Leislau wäre, keine feste Ueberzeugung und keine tiefere Bildung hätte, so wäre ich selbst unbedingt Sozialdemokrat.“ Hier möchte ich einschaltungsmäßig einer Mißdeutung meiner Worte begegnen. Ich habe damit nicht sagen wollen, daß lediglich oberflächliche Bildung vereinbar sei mit dieser politischen Richtung. Das wäre krankend und vor allem ungerocht! . . .

Zum Schluß meiner Gegenerklärung an die Gutsarbeiter zu Leislau:

Für die mir unbekannt angefangene bitterste Kränkung meines bisherigen Lebens zürne ich den Arbeitern keineswegs. Ich werde nach wie vor für sie eintreten und für ihre Menschenwürde kämpfen, soweit ich es vermag. Ja, jetzt noch mehr als früher: denn ich habe gesehen, wie gut angelegte Menschen, jeelen sich vergessen können, wenn sozialer Druck auf ihnen lastet und wirtschaftliche Arm-seligkeit sie umfängt.

Ein Gruß den Arbeitern!

Dr. C. Vogl, Pfarrer in Leislau. Obgleich schon einige Tage seit Veröffentlichung dieser Gegenerklärung ins Land gegangen sind, hat sich bisher niemand gefunden, der den Versuch unternahm, sie zu entkräften. Tatsachen bleiben eben Tatsachen. Pfarrer Vogl wird sich wohl jedes Wort doppelt überlegt haben, seitdem er erfahren mußte, daß seine Gegner kein Mittel unersucht lassen, um ihn vom Amt zu bringen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation Schwedens. In der vorigen Woche hielt im Volkshaus zu Stockholm der Sozialdemokratische Jugendverband Schwedens seinen zweiten Verbandstag ab. Der erste fand im Juni des Jahres 1905 statt, in den gefährlichsten Tagen der Unionsauflösung, als ein Teil der schwedischen Bourgeoisie zu einem Krieg gegen Norwegen hegte und die Arbeiterschaft alles aufbieten mußte, um den Frieden zwischen den beiden Ländern zu bewahren. Damals zählte der Verband der sozialdemokratischen Jugend Schwedens 7000 Mitglieder in 150 Ortsgruppen. Nun, nach kaum zwei Jahren, ist die Mitgliederzahl auf 14 509 gestiegen, die Zahl der Ortsgruppen auf 304. Außerdem bestehen noch 58 sozialdemokratische Jugendclubs mit 2500 Mitgliedern, welche dem Verband noch nicht angeschlossen sind. Die sozialdemokratische Jugendorganisation Schwedens umfaßt also zurzeit ungefähr 17 000 Mitglieder, und von ihnen sind 3400 weiblichen Geschlechts.

Von den Agitatoren des Verbandes sind im Laufe der zwei Jahre nicht weniger als 700 Vorträge gehalten worden. Ueber eine Million Schriften wurden über das Land verbreitet, teils allgemein sozialistischen Inhalts, teils solche über aktuelle Fragen von besonderem Interesse für die Jugend. Die Auflage der Verbandszeitung „Fram“ („Vorwärts“) ist von Monat zu Monat gestiegen. Sie erschien im Januar 1905 in 8000, im Mai 1907 jedoch in 43 000 Exemplaren.

Auf dem Verbandstage waren 183 Vertreter anwesend. Einer der wichtigsten Punkte der Verhandlungen war die antimilitaristische Agitation. Hierzu wurde beschlossen:

Eine kräftige antimilitaristische Agitation, mit vollständiger Abschaffung des Militärwesens als Ziel, zu betreiben und gleichzeitig für die Errichtung internationaler Schiedsgerichte, sowie für ein kräftiges internationales Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen aller Länder zu wirken.

Ferner wurde beschlossen, an die Vertreter der sozialdemokratischen Partei auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart die Aufforderung zu richten, dafür zu wirken, daß die sozialdemokratischen Fraktionen in allen Parlamenten gleichzeitig Anträge auf successive Herabsetzung der Militärbudgets einbringen und daß zwecks Unterstützung dieser Anträge eine internationale Volksabstimmung veranstaltet werde.

Sobann wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt, die eine planmäßige Regelung der antimilitaristischen Agitation, eine Einteilung des Landes in Agitationsbezirke sowie Unterweisungen über Uebergriffe Vorgesetzter und andere Mißstände beim Militär zum Ziele haben.

Die Frage, ob es zweckmäßig sei, gegenwärtig konsequent für einen Wehrpflichtstreik zu agitieren, erledigte der Kongreß in einer Resolution, die besagt, daß ein in großem Stile durchgeführter Wehrpflichtstreik wohl in gewissen Situationen gelegentlich eine wirksame Waffe im Kampfe gegen den Militarismus sein könne, daß aber eine Agitation für einen solchen Streik gegenwärtig nicht zu empfehlen sei, schon deswegen nicht, weil der Verband dazu noch nicht stark genug sei.

Zur Religionsfrage erklärte der Kongreß sich im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Programm für Abschaffung der Staatskirche und forderte außerdem diejenigen schwedischen Arbeiter, die nicht aus religiöser Ueberzeugung an den kirchlichen Zeremonien teilnehmen, auf ihre Kinder nicht taufen noch konfirmieren zu lassen, sie vom Religionsunterricht fernzuhalten und selbst bei Verehelichung die kirchliche Trauung zu meiden.

Hinsichtlich der Alkoholffrage erneuerte der Kongreß einen früher gefaßten Beschluß, wonach bei Festen und Zusammenkünften berauschende Getränke nicht verbraucht werden dürfen. Annoncen über alkoholische Getränke sollen in die Zeitungen und andere Druckschriften des Verbandes nicht aufgenommen werden.

Zußerdem faßte der Kongreß verschiedene Beschlüsse zur Unterstützung und Förderung von Bildungsbestrebungen, darunter einen Aufruf an die Jugend zum Kampfe gegen die Schmalliteratur und die Schundromane. Zur Unterstützung der freilich geleiteten Volkshochschule in Brunnsvil bewilligte der Kongreß 500 Kronen. Ein Stipendienfonds, auf 3000 Kronen berechnet, wurde beschlossen, um Mitgliedern den Besuch jener Schule möglich zu machen.

Der sozialdemokratische Jugendbund Norwegens hielt ebenfalls in der vorigen Woche seinen Kongreß ab. Er tagte bei Mythenstation, südlich von Kristiania gelegen, und sollte im Lokale des Abstinenzlervereins stattfinden. Als aber die bürgerlichen Alkoholgegner vernahmen, daß man sich unter anderem auch mit der Religion befassen wollte, versperren sie ihr Lokal. Man fand jedoch gleich Ersatz dafür und Unterkunft in der „Schiffsstation“, dem Gebäude, wo Wagen und Pferde für über Land Reisende bereitgehalten werden. Hier wurde die rote Fahne mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Militarismus!“ aufgeschlagen.

Die erste Frage, die den Kongreß beschäftigte, bezog sich auch auf den Militarismus. Es lagen Vorschläge vor, Weigerung des

Militärdienstes\* oder Agitation in dieser Richtung in das Programm des Verbandes aufzunehmen. Diese Vorschläge wurden jedoch verworfen und statt dessen beschlossen zu legen:

„Bekämpfung des Militarismus in allen seinen Formen durch Agitation unter den Wehrpflichtigen, besonders mittels kurzer Kurse und klar und tüchtig abgefaßter Broschüren.“

Ferner wurde über den Generalstreik diskutiert und beschlossen, eine Aufklärungsarbeit über diese Frage zu entfalten, womit jedoch nicht, wie eine Minderheit wollte, der Parlamentarismus verworfen werden soll.

Zur Religionsfrage wurde beschlossen: „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den religiösen Aberglauben in allen seinen Formen zu bekämpfen und für Beseitigung des staatskirchlichen Einflusses und der geistlichen Vormundschaft zu wirken, sowie darauf hinzuwirken, daß die Religion als Schulsache beseitigt und die Kirche vom Staat getrennt werde.“

**Unsere Toten.** Die „Medienburgische Volkszeitung“ widmet dem Genossen Emil Groth, dessen Ableben wir gestern meldeten, einen ehrenden Nachruf. Groth war ein medienburgisches Pastorenkind. Er studierte das Baufach, wurde preussischer Regierungsbauingenieur und nach kurzer Tätigkeit an der medienburgischen Friedrich-Franz-Bahn Bauingenieur beim Bau der Berliner Stadtbahn. 1880 wurde er aber plötzlich entlassen ohne Angabe von Gründen; auheramtlich indes wurde seinem Vater mitgeteilt, daß er, der sich übrigens bis dahin politisch nicht betätigt hatte, wegen seiner politischen Gesinnung verdächtig geworden sei. Damit war ihm seine Karriere unterbunden.

Groth wurde dann Hauslehrer bei mehreren Gutsbesitzern in Medienburg. Einmal, weil wegen Ueberfälle in der Privatindustrie als Ingenieur anzukommen wenig Aussicht bestand, zum andern in der Hoffnung, als Hauslehrer die nötige Pflanze zu finden, sich für die Journalistik, zu der er Keigung empfand, vorzubereiten. Einmal mußte er seine Stellung verlassen, weil die Polizei bei ihm nach verbotenen Schriften gehäusucht hatte. Er hat dann seine journalistische Tätigkeit bei der nationalliberalen „Medienburgischen Zeitung“ begonnen. 1890 ging er an das neugegründete Viefelder Parteiblatt, 1895 übernahm er die Redaktion der „Medienburgischen Volkszeitung“. An zwei Jahre hat er für seine Partei-tätigkeit im Gefängnis zubringen müssen. Seit fünf Jahren fehlten ihm Rheumatismus und Gichtans Krankenlager. Er hat ein langes Martyrium durchmachen müssen — aber unter furchtbaren körperlichen Leiden hat er lebhaften geistigen Anteil an den Kämpfen des Proletariats genommen bis zuletzt, und wenn es sein Körperzustand nur eben gestattete, hat er für die Partei gewirkt, so noch in letzter Zeit mehrfach über medienburgische Angelegenheiten dem „Vorwärts“ berichtet. Der tapfere Kämpfer ist nur 54 Jahre alt geworden.

Einen herzlichen Willkomm hat die Züricher Sozialdemokratie dem Genossen Joh. Sigg bereitet bei seiner Rückkehr aus achtmonatlicher Gefängnishaft, die er in Winterthur verbüßte. Der Empfang in Zürich gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration. Zu vielen Tausenden fand sich die Züricher Arbeiterchaft mit Fahnen und Musik am Bahnhof ein und führte den Zurückgekehrten im Triumph durch die Stadt nach Göttingen, wo er von einer vor der Turnhalle aufgestellten Rednertribüne vom Genossen Dr. Zoller willkommen geheißen wurde. Genosse Sigg gab in seiner Antwort vor allem seiner Freude über die in der Zwischenzeit errungenen prächtigen Siege der Arbeiterchaft in Stadt und Bezirk Zürich Ausdruck und betonte die Notwendigkeit des treuen Zusammenarbeitens aller Genossen, um auch in der Zukunft über die Segner triumphieren zu können.

Genosse Sigg tritt nun in die Redaktion des „Volksrecht“ ein, nachdem Genosse Schlatter wieder zurückgetreten ist, um in Schaffhausen zu verbleiben.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Straftat der Presse.** Wegen Verleumdung eines Gemeindevorstehers, der mit einem anderen verwechselt worden und also fälschlich beschuldigt worden war, wurde Genosse Franke von der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Wer für Eren und Glauben eintritt — ist wegen Nötigung, Erpressung oder Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung anzuklagen.

Dah unsere gelehrte Rechtsprechung in der Tat auf gewerkschaftlichem Gebiete diese Angelegenheiten als bindende Rechtsnorm achtet, zeigen die dieser Tage gegen den Vorsitzenden des Deutschen Senefelder-Bundes, Steinbrücker Johannes Haf verhandelten Anklagen.

Die erste Anklage betraf einen Vorfall, der sich Ende 1905 zugetragen haben soll. Als damals über die Firma D. Schäfer Nachf. die Sperre verhängt war, soll Haf in einem Lokale an Krüppgang, des dem Senefelder-Bund nicht angehörenden, mit der Aufforderung herangetreten sein, dem Verband beizutreten und die Arbeit niederzulegen. Krüppgang habe sich dessen gewelgert. Hierauf habe der Angeklagte gedroht, er würde ihm, wenn er die Arbeit nicht niederlege, die Knochen im Leibe zerklagen. Die Stämper in der Fabrik würden einen Wink bekommen und ihm das Genick brechen. Krüppgang habe sich Bedenken erbeten, sei jedoch dem Verband nicht beigetreten. Haf auch die Arbeit fortgesetzt. Die Firma habe jedoch infolge der Drohungen des Senefelder-Bundes sich genötigt gesehen, um einen Generalstreik zu vermeiden, den Krüppgang zu entlassen. In diesem angeblichen Verhalten des Angeklagten erblickt die Anklagebehörde einen Erpressungsversuch in Verbindung mit einem Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Noch ungeheurer lautet die zweite Anklage. Diese betrifft einen Vorfall vom Januar 1906. Auch da soll der Angeklagte die beiden eben genannten Paragrafen verstoßen haben. Er soll versucht haben, den Krüppgang zunächst gütlich zu bewegen, dem Verbands beizutreten und die Arbeit niederzulegen. Dann habe er versucht, auf Hörnig, den Direktor der Firma D. Schäfer Nachfolger, dadurch einen Druck auszuüben, daß er die Aufhebung der Sperre von der Entlassung des Krüppgangs abhängig machte. Hierin, meint die Anklage, habe eine indirekte Drohung gegen Krüppgang gelegen, falls dieser dem Verbands nicht beitrete, würde seine Entlassung die Folge sein. Krüppgang ist schließlich von Hörnig entlassen. Der Angeklagte soll den Krüppgang auch dadurch zum Beitreten zum Verband zu bewegen gesucht haben, daß er ihm durch Entlassung einer Warnung vor dem Sperrebrecher Krüppgang und zugleich durch das hierdurch bewirkte Zurückziehen seiner Standesgenossen von seiner Person ein Uebel in Aussicht gestellt haben. Die Anklage läßt völlig unberücksichtigt, daß Schäfer durch Tarifverpflichtung war, lediglich Angehörige des Senefelder-Bundes zu beschäftigen. Sie debütiert vielmehr: Wäre Krüppgang dem Verband beigetreten, so hätte er ein Eintrittsgeld und wöchentliche Beiträge in Höhe von je 1,20 M. zahlen müssen, um diese Summe sei dann das Vermögen des Verbandes vermindert, sie würde dann den einzelnen Mitgliedern in Form von Unterhaltungsgebern zugute gekommen sein. Mit hin liege in dem Vorgehen des Angeklagten nach der reichsgerichtlichen Judikatur eine verbotene Erpressung und ein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung vor.

Der Angeklagte bestritt energisch, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Insbesondere hob er noch hervor, daß er ja gar nicht in der Lage war, den der freien Vereinigung angehörenden Krüppgang in den Verband aufzunehmen, da man beiden Vereinen nicht angehören dürfe. Wenn er auf Einleitung des Tarifvertrages gedrungen habe, so habe er lediglich seine Pflicht erfüllt. Hörnig habe ihn nach dem Grunde der Sperre befragt und den habe er wahrheitsgemäß angegeben. Das könne doch nicht strafbar oder gar Erpressung sein.

Die Verhandlung, die sich den ganzen Tag hinzog, ergab folgendes Bild:

### Verhaftungen

**Krüppgang und Strehlow, Mitglieder der Freien Vereinigung,** auf. Sie behaupteten, daß Haf gesagt, Krüppgang solle bei der Firma Schäfer die Arbeit niederlegen, sonst könne er leicht verhaftet werden. Strehlow erklärte aber weiter, er habe die Verhaftung nicht als Drohung aufgefaßt, vielmehr habe Haf nach seiner Ansicht den Krüppgang in seinem eigenen Interesse warnen wollen. Auch diese beiden Verhaftungszeugen können nicht bestritten, daß Haf den Krüppgang durch Drohungen habe bewegen wollen, dem Verband beizutreten. Der Angeklagte Haf wies darauf hin, daß diese Möglichkeit schon daran scheitere, daß ein Sperrebrecher und Mitglied der Freien Vereinigung ja ohne Beschluß der Generalversammlung gar nicht hätte in den Senefelder-Bund aufgenommen werden können. Ein Verhaftungszeuge bemerkte hierauf, der Zeuge Strehlow habe doch beiden Verbänden angehört. Auf Befragen durch den Verteidiger H.A. Dr. Heine-mann gab Strehlow zu, als er sich in den Senefelder-Bund aufgenommen lieh, habe er diesem seine Zugehörigkeit zur Freien Vereinigung verschwiegen. Sonst wäre er nie aufgenommen. Die Aufnahme habe er bewirkt, um von beiden Seiten Vorteile zu haben.

#### Im Gegensatz

zu diesen beiden Verhaftungszeugen bekundet eine Reihe anderer Zeugen übereinstimmend,

daß Haf keinerlei Drohung ausgesprochen habe, im Gegenteil habe er, als von den nachbarschaftlichen beleidigenden und drohenden Verurteilungen fielen, sich energisch hiergegen gewahrt. Wie wenig wahrscheinlich die Bekundung der Verhaftungszeugen war, ergibt sich aus folgendem von ihnen zugegebenem Umstand: nachdem die angebliche Drohung gefallen war, ist Krüppgang mit Haf und anderen Mitgliedern des Senefelder-Bundes in ein anderes Restaurant gegangen. Erst einige Tage später, als Krüppgang in dem Arbeitsnachweis der Freien Vereinigung von Sigismund Herrmann war, wurde dort beschloffen, die angebliche Drohung der Staatsanwaltschaft anzugehen. Hier will sich nun Krüppgang die Äußerungen, die Haf gemacht habe, im Notizbuche notiert haben.

#### Zum zweiten Fall

bekundet der Direktor von der Firma Schäfer Nachfolger, Hörnig: Haf sei von ihm seit langem wegen der großen Ruhe und Umsicht geschätzt, mit der er alle Lohnstreitigkeiten schlichtete. Er habe bei Haf angefragt, warum der Senefelder-Bund ihm keine Leute mehr schicke, worauf ihm Haf dem Sinne nach etwa gesagt habe, es arbeite bei ihm der unorganisierte Krüppgang, mit dem die Leute nicht zusammen arbeiten wollten; solange dieser da sei, würde er keine Leute bekommen können. Hörnig bekundete ausdrücklich: er selbst würde niemals den wider seinen Willen von seinem Werkmeister Road engagierten Krüppgang eingestellt haben, wenn er gewußt hätte, daß dieser nicht vom Arbeitsnachweis des Senefelder-Bundes geschickt sei, da er einen mündlichen Tarifvertrag mit diesem geschlossen habe, wonach er nur Mitglieder, die vom Arbeitsnachweis des Senefelder-Bundes kämen, in Arbeit nähme. Hierin erblickte Hörnig eine ihn rechtlich und moralisch bindende Abrede und blieb bei dieser Ansicht trotz Vorhaltungen an Gerichtsstätte, daß es sich doch dabei nur um eine „unverbindliche“ Zusage an den Senefelder-Bund gehandelt habe. Hörnig bekundete ferner: er habe auch keinerlei Drohungen in den Äußerungen des Haf finden können, sei vielmehr froh gewesen, daß dieser ihm die Ursache der Sperre mitgeteilt habe, damit er nicht im Dunkeln zu tappen brauchte. Der Angeklagte Haf bemerkt zu diesem Punkt noch, daß er nicht die Entlassung des Krüppgangs verlangt habe, sondern nur erklärt habe, Hörnig könne keine Arbeiter bekommen, bevor er die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt habe. Des Angeklagten Darstellung wurde von einem Zeugen Hennig, der dem telephonischen Gespräch beigewohnt hatte, eidlich bestätigt.

Von der Verteidigung wurden eine Reihe

#### Beweisanträge

nach der Richtung hin gestellt, daß Abreden, wie sie von Hörnig nach dessen Bekundung getroffen sind, sowohl in Arbeitgeber- wie in Arbeitnehmerkreisen für rechtlich und moralisch bindend erachtet werden. Diese Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, daß sie nicht Tatsachen, sondern Urteile betreffen, über deren Richtigkeit das Gericht selbst zu befinden habe.

#### Der Staatsanwalt

erachtete den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für überführt. Er beantragte für jeden Fall eine Gefängnisstrafe von je 1 Monat, die zu einer Gesamtstrafe von 6 Wochen zusammenzuziehen seien.

#### Der Verteidiger

legte ausführlich dar, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts über Erpressung für den Fall des Nichtzusammenarbeitens mit dem unorganisierten durchaus unhalbar ist, und daß die Folge einer gegenseitigen Rechtsansicht und einer etwaigen Verurteilung nur die sein könnte, daß Organisationen jenseits Inter-handlung mit den Unternehmern ablehnen müßten. Aber selbst wenn man der Rechtsauffassung des Reichsgerichts beitrete, so könne hier von einer Verurteilung nicht die Rede sein. Der Angeklagte habe lediglich auf eine Anfrage des Hörnig ihm die Gründe mitgeteilt, aus dem die Organisierten bei ihm nicht arbeiten wollten. Da könne weder von einer Drohung noch von der Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvorteils die Rede sein, zumal nach dem mit Hörnig geschlossenen Vertrag die Organisation zu dem Verlangen berechtigt war, daß nur Organisierte eingestellt wurden. Es schiede auch deshalb ein Vergehen aus § 153 aus, da die Arbeiter nur das gefordert haben, worauf sie einen vertragmäßigen Anspruch hatten. Zum mindesten habe der Angeklagte die in Arbeiterkreisen noch immer gehegte Ansicht gehabt, daß ein Wort auch gehalten werden müsse und somit auch ein Tarifvertrag gültig sei. Sollte im ersten Fall trotz der positiven Bekundungen von vieler Entlassungszeugen dennoch den beiden Anklagezeugen Glauben geschenkt werden, so sei höchstens auf eine Geldstrafe zu erkennen, da natürlich die Erpressungsanklage hinsichtlich sei, aber eventuell der § 153 G.O. mit dem eine schwerere Strafe androhenden § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigungsparagraf) konkurriere, der § 240 aber im Gegensatz zum § 153 eine Geldstrafe zulasse.

Nach mehrstündiger Beratung gelangte das Gericht zu folgendem

#### Urteil.

Im ersten Fall ist das Vorhandensein einer Idealkonkurrenz zwischen dem § 153 der G.O. und § 240 St.G.B. angenommen. Der Angeklagte ist deshalb zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Im zweiten Fall ist der Angeklagte freigesprochen. In der Tarifabrede mit Hörnig habe nur eine Beschuldigung, nicht eine rechtlich bindende Abrede gelegen. Der Angeklagte habe aber dem Hörnig nicht ein Uebel angedroht, vielmehr ihm lediglich die Gründe auseinandergesetzt, die zur Sperre geführt haben. Auch habe es ihm gänzlich ferngelegen, den Krüppgang zur Aufnahme in den Senefelder-Bund zu bewegen.

Hat auch das Urteil im zweiten Falle und von der Anklage der Erpressung freigesprochen, so zeigt doch die Verurteilung im ersten Falle, auf welche schwache Gründe hin und auf die Aussagen welcher

Art Zeugen, trotz Entlastungszeugen, Arbeiterführer beurteilt werden können, die absolut nichts Strafbares getan haben.

Viel schlimmer als das Urteil, das wohl durch Revision belämpft werden wird, ist die Anklage. Die Anklage entpricht freilich der von uns öfters niedriger gehängten Judikatur des Reichsgerichts, wie sie Arbeitern gegenüber am Plage ist. Wenn aber Vertreter dieser Art Rechtsprechung glauben, durch solche juristische Knäuelarbeiten irgend eine andere Einwirkung auf Arbeiter ausüben als die, daß der Klassenjustizcharakter der Befehle und Befehlsanwendung immer klarer wird, so irren sie. Die von uns als Ueberflüssigkeit gewählte Rechtsnorm ist der rote Faden, der die gesamte neuere Rechtsliteratur zusammenfaßt: Die bürgerliche Presse und das Verhalten der freimüthigen Abgeordneten ist mit schuld daran, daß ein Zerbild des Rechts den Zeitfaden für die Justiz auf vereinzelndem und gewerkschaftlichem Gebiete geworden ist. Dadurch, daß die tagaus tagein erfolgende Verhandlung des Rechts durch das Reichsgericht und durch die sich nach diesem richtenden Anklagebehörden dem Rechtsbewußtsein und dem guten Glauben dieser Juristen entspricht, ist der Verweigerung für die Unfähigkeit unserer heutigen Rechtsorgane erbracht, die Rechtsprechung und das Recht in Einklang zu bringen. Um so notwendiger ist der Ersatz dieser Organe durch aus allen Teilen der Bevölkerung und durch diese erwählte Richter.

### Verfammlungen.

„Das agrarisch-liberale Regierungsprogramm“. So lautete das Thema eines Vortrages, den der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt am Dienstag in einer Verfammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins im 5. Berliner Reichstagswahlkreis hielt, die im „Alten Schützenhause“ stattfand und ziemlich zahlreich besucht war. In seinem sehr inhaltsreichen Vortrage entwarf der Redner das ganze Bild der inneren und äußeren Politik Deutschlands, wie es sich in der verflochtenen Reichstagsession gezeigt hat, und wies auf die erbärmlich lächerliche Rolle hin, in die der Liberalismus durch seine Koalition mit den allereaktionärsten Parteien gebrängt worden ist. Der Redner erwähnte dann u. a. auch die sozialpolitischen Verfammlungen und die 142 Initiativentwürfe der Parteien, die den Glauben erwecken könnten, als sei in sozialpolitischer Hinsicht ein goldenes Zeitalter angebrochen. Mit Recht bemerkte der Redner, daß bei all diesen Anträgen, von denen ja noch kein einziger beraten wurde, schwerlich etwas herauskommen wird. Gründlich kritisierte der Redner auch die äußere Politik der Regierung, ihre Stellung zur Haager Friedenskonferenz sowie das persönliche Regiment, das ja gerade in der äußeren Politik des Reiches zu so bedenklichen Zuständen geführt hat, daß es trostlos aussähe, wenn nicht die internationale Arbeiterbewegung einen Ausgleich der nationalen Gegensätze bildete, die Herrschenden nicht gezwungen wären, auf die politische Reife der Arbeiterchaft Rücksicht zu nehmen, und wenn nicht gerade diese ganze Politik der Regierung und ihrer Parteien doch auch die Masse des Volkes wieder mehr und mehr zur Erkenntnis und zur Vernunft führen würde, wodurch schließlich der Weg gebahnt wird für eine freie, höhere Entwicklung des Volkes und aller menschlichen Verhältnisse. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Das Andenken der verstorbenen Genossen Dubinage und Grotte ehrte die Verfammlungen in üblicher Weise. Zur Aufnahme in den Verein hatten sich seit der vorigen Verfammlungen 74 Genossen gemeldet. Einwendungen wurden gegen keinen geltend gemacht.

#### Gegen den Stellensucher im Restlergewerbe.

Eine geregelte Arbeitsvermittlung ist für die Gastwirtsgehülfen eine der wichtigsten Forderungen. Ist doch kaum in irgend einem anderen Beruf der Stellensucher und Stellensucher so stark ausgedehnt wie in diesem. Darum trachtet auch der Gastwirtsgehülfenverband vor allem danach, seinen Arbeitsnachweis, und damit annehmbare Arbeitsbedingungen zur Geltung zu bringen. Die Gastwirtsgehülfen erwarten, daß sie in diesem Bestreben von der gesamten organisierten Arbeiterchaft unterstützt werden. In der Berliner Gewerkschaftskommission haben sich denn auch die Delegierten der Gewerkschaften durch einstimmige Annahme einer Resolution bereit erklärt, in ihren Organisationen dafür zu sorgen, daß bei Vergütungen und Verfammlungen die Gastwirte schriftlich verpflichtet werden, organisierte Gastwirtsgehülfen zu beschäftigen, die dem Verband deutscher Gastwirtsgehülfen, Ortsverwaltung Berlin, zu entnehmen sind. Der Verband hat, um die Auswahl solcher Lokale zu erleichtern, eine eigene Lokalliste zur Verteilung an die Organisationsleitungen herausgegeben.

Wie jener Resolution der Gewerkschaftskommission mehr als bisher Geltung verschafft werden kann, mit dieser Frage befaßte sich am Freitag eine außerordentliche Generalverfammlungen der Gastwirtsgehülfen, die bei Breuer in der Großen Frankfurterstraße stattfand. Wie der Vorsitzende Münch ausführte, ist die Resolution im allgemeinen von den Gewerkschaften und auch von den Wahlvereinen beachtet worden, namentlich es nicht zu umgehen war, daß die Partei während der Wahlbewegung Lokale heranziehen mußte, wo die Forderungen der Gastwirtsgehülfen nicht anerkannt waren.

In der Verfammlungen wurden sodann verschiedene Vorschläge besprochen. Beschlossen wurde, daß ein Vertragsentwurf verfaßt wird, und bei den Gastwirten, die ihn nicht anerkennen, eine Kommission vorstellig werden soll. Die Resultate dieses Vorgehens sollen der nächsten Generalverfammlungen unterbreitet werden, soweit es bis dahin möglich ist. Ferner wurde dem Vorstand aufgetragen, der nächsten Generalverfammlungen Vorschläge über die Erhebung eines Lokalzuschlags zu machen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 66—68 pr. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 56—58, Kullenschaf Ia 62—66, IIa 52—60, Käse, fett 52—58, do. mager 42—50, Pfeffer 50—62, Buxen, hän, 0,00, do. holl. 0,00, Kaffeebohnen, Doppelsender 100—125, Waikaffee Ia 83—94, IIa 76—84, IIIa 0,00, Kaffeebohnen per gen. 50—65, do. holl. 80—65, hän, 0,00, Hammelfleisch, Waikammer 68—73, Ia 63—68, IIa 56—63, Schaf 53—58, Schweinefleisch 47—54, Rehwild Ia per Hund 0,60—0,75, IIa 0,40—0,50, Rotwild, Wildsch 0,48—0,60, Damwild, Wildsch 0,60, Wildschweine 0,37—0,44, Aischlinge 0,00, Kaninchen per Stüd 0,40—0,70, Hühner, alte, per Stüd 1,70—2,50, IIa 1,20—1,50, do. Junge 0,55—1,00, Wolgahühner 1,60—1,85, Tauben 0,40—0,65, italienische 0,00, Enten per Stüd 1,60 bis 2,00, dito Gans per Stüd 0,00, do. Hamburger per Stüd 1,90—4,50, Gänse per Hund 0,95—1,00, do. per Stüd 3,00—5,00, do. Hamburger per Hund 0,90—1,08, per Stüd 3,20—6,20, Gänsehäutchen 2,00, Gänse per 100 Pfd. 87—101, groß und mittel 106, do. matt 83—89, do. klein 104—, Zander matt 0,00, Schlei, mittel 105—116, do. groß 112, do. 107—121, Heil, groß 122—123, do. klein und mittel 0,00, do. mittel 124—130, do. unsortiert 83—108, Wilden 0,00, do. klein 0,00, do. matt 0,00, Karpsen unsortiert 0,00, do. 10er 0,00, Schle 0,00, Sunde Röhre 42—62, Barje 0,00, do. matt 0,00, Karaschken 71—75, Weißkohl 0,00, Weiss 0,00, Mand 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 10—20, Sprotten, Riekel, Bass 0,00, Dangler, Röhre 0,00, Rindern, Riekel, Steige Ia 3—5, do. mittel der Röhre 1—2, Damb, Steige 4—6, halbe Röhre 1,00—2,00, Hühlinge, Riekel der Bass 1,50—2,50, Stralunder 1,50—2,50, Heil, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Deringe per Stüd 5—9, Schafsch 1,00—2,00, 1/2, Röhre 1—2,00, Kaffeebohnen, geröstet per 100 Pfd. 20, Dorsch, Röhre 2,00—2,50, Goldschale, Stüd 2—4, Sardellen, 1909er per Anker 95, 1908er 85, 1907er 90, 1906er 85, Schottische Vollreiner 1908 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44, Deringe, neue Röhre, per 1/2, To. 60—120, Sardinen, russ., Röhre 1,50—1,60, Brauerlinge, Schafje (4 Alter) 1,25—1,50, Krumpfen, Schafsch 11, klein 5—6, Röhre-14, Eier, Lamm, unsort. Stüd 2,95—3,20, gr. 3,75, Butter per 100 Pfd. Ia 110—115, IIa 105—110, IIIa 100—104, abfallende 90—95, Saure Gurken Stüd 4,50, Pfefferkörner 4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. magnam bonum 3,50—4,00, Daberche 3,25—3,75, Röhre 0,00, weisse 3,25—3,50, Salatartoffeln 0,00, Spinat per 100 Pfd. 3—5, Karotten, hiesige, per 100 Pfd. 3,00—4,50, Sellerie, hiesige, per Stüd 10,00—25,00, do. pommerische 0,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 0,00, do. kleine 0,00, do. hiesige (Verte) 0,00, Charlotten 0,00, Petalste, grün, Stüd 0,80—1,00, Röhre 1,00, Schaf 1—3, Röhre, matt, Stüd 0,12—0,16, Röhre 100 Pfd. 4,00—8,00, Teilmater Röhre per 100 Pfd. 0,00, Weisse Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rots Rüben 0,00, Blumenkohl, holländischer



**Ausverkaufs**

soweit Vorräte reichen.

Unglaublich billig!



**-Angebote**

soweit Vorräte reichen.

Unglaublich billig!

Die Preise sind teilweise bedeutend unter dem Einkaufswert

- Herren-Sommer-Joppen 85 Pfg.
- Herren-Lüster-Jacketts 2 M. 25
- Herren-Wasch-Westen von 75 Pfg. an
- Knaben-Wasch-Anzüge von 1 M. 10 an
- Knaben-Wasch-Blusen von 50 Pfg. an
- Herren-Strohhüte 50 Pfg. und 25 Pfg.

# Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11  
alte Nr. 24a/25

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

## Prächtige Geschenke

legen dem

# Veilchenseifenpulver

„Marke Kaminfeger“

bei nur nützliche Gegenstände, die viel Freude machen. 202/10\*  
In den meisten Geschäften à 15 Pf. zu haben.  
Vorsicht beim Einkauf! Man achte auf die „Schuhmarke Kaminfeger“!  
Fabrikant: Carl Gentaer, Göppingen.

Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.

## Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gilschinerstr. 72, Station im Hause, halbstündliche Bringschiffe. Empfiehlt:

- 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
- 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für fortpulente Herren passend. Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 4782/2\*

Fahrtgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Fahrräder! Billig!

48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

## Wichtig für Reise- u. Badesaison!



Billigste, reelle Bezugsquelle! Um total zu räumen verkaufe zu jedem annehmbaren Preis: Nie wiederkehrende Gelegenheit!

- Kolossale Posten, reichste Auswahl, selbst für allerstärkste Figuren
- Reise-Mäntel u. Pelerinen imprägniert, porös für See, Strand und Gebirge von 750 bis 85 M.
- Reise-Kleider aus Loden, Panama, Tuch, Kammgarn wasserdicht und praktisch von 10 bis 98 M.
- Reise-Röcke aus englischen Stoffen, prachtvolle Gewebe von 550 bis 48 M.
- Reise-Gummi-Mäntel u. Pelerinen, engl. Fabrikate von 15 M. an
- Kostüme, Jacketts, Blusen, Röcke, Taftmäntel, Staubmäntel, Capes, Liftboys etc., hocheleg., schick, mit nur besten Zutaten, modernste Stoffe.

Tailor made Abteilung in Serien mit Extrarabatt v. 12 1/2% in bar

Serie	1.	2.	3.	4.	5.	6.
früh bis	M. 22.-	M. 42.-	M. 55.-	M. 82.-	M. 120.-	M. 168 usw.
jetzt	M. 6,25	M. 11,50	M. 18.-	M. 25.-	M. 36.-	M. 48,50

**Engroshaus Westmann** Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnaden  
Fil.: O. Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.

Großes Trauermagazin. 2. Feiertag geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Pianomechaniker **Max Zimmermann** am 27. Mai verstorben ist. Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes am Maxindorfer Weg aus statt. 87/8  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, gute Mutter, die Witwe **Wilhelmine Grünberg** geb. **Uecker** am 28. Mai, früh 1/2 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden im 50. Lebensjahre gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenstädtischen Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Um stille Teilnahme bittet Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen: **Helene Grünberg.**

Unserm August Hintze zum **50. Geburtstag.**  
Wir mandelten die gleichen Bahnen.  
Wir standen zu denselben Bahnen —  
Nimm Gruß und Glückwunsch heut entgegen  
Von den Genossen, den Kollegen,  
Die eine lange Reih' von Jahren  
Im Kampf mit Dir vereint waren.  
J. B. — M. B. — C. B.  
R. F. — W. F. — A. K.  
H. L. — L. L. — A. P.  
H. Ph. — K. R. — J. W.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres Sohnes und lieben Bruders **Otto Lindstaedt** lagert mit allen Verwandten, Freunden, Kollegen und dem sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf unseren herzlichsten Dank. 9875  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Unserem Firmenträger, dem Genossen **August Hintze** zum **50. Geburtstag** die herzlichste Gratulation, mit dem Wunsche, daß er der gemeinsamen Tätigkeit noch lange in Kraft und Frische erhalten bleibe. Inhaber, Obleute und Speditoren der Zeitungs-Expedition Vorwärts A. Hintze & Co.

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

# Blitz

oder

## Das Wunder Berlins.

### Serien-Verkauf bis Ende Mai.

Bei Bestellungen bitten um Angabe der Brustweite und Hosenslänge.

Serie 10.	Herren-Anzug, hell gemustert Stek.	7 <sup>35</sup> M.
Serie 12.	Herren-Anzug, hellgrau, wunderschön, St. Kammgarn kariert Stek.	9 <sup>45</sup> M.
Serie 14.	Herren-Anzug, Is. Verarbeitung Must. 1907 Stek.	12 <sup>25</sup> M.
Serie 16.	Herren-Anzug, hell gemustert Stek.	15 <sup>50</sup> M.
Serie 18.	Herren-Anzug, das Wunder Berlins Stek.	19 <sup>50</sup> M.
Serie 20.	Herren-Anzug, reine Wolle alle Muster Stek.	22 <sup>50</sup> M.
Serie 100.	Herren-Paletot, hell kariert Stek.	7 <sup>20</sup> M.
Serie 105.	Herren-Paletot, mit Sattel elegant Stek.	10 <sup>50</sup> M.
Serie 110.	Herren-Paletot, Cheviot auf Seide Stek.	13 <sup>50</sup> M.
Serie 120.	Herren-Paletot, Kammgarn in allen Mustern Stek.	17 <sup>50</sup> M.
Serie 125.	Herren-Paletot, das Wunder Berlins Stek.	21 <sup>50</sup> M.
Serie 140.	Herren-Paletot, Cov. Coat, das Allerfeinste Stek.	24 <sup>50</sup> M.
Herren-Kosen	1 <sup>90</sup> 2 <sup>50</sup> 3 <sup>75</sup> bis 12 <sup>00</sup> M.	
Kinder-Anzüge u. Arbeiter-Bekleidung	halb umsonst.	
Nur kein Neid, wer kann, kann.		
Früher 80 jetzt <b>85</b> Chausseestrasse	jetzt <b>85</b>	
<b>29-30 Kottbuser Damm</b>	<b>29-30</b>	
<b>137 Gr. Frankfurter Straße</b>	<b>137</b>	
<b>9 Rosenthaler Straße</b>	<b>9</b> , Ecke Auguststraße.	
Nur <b>Schöneberg</b> Nur <b>10 Hauptstr. 10</b>		
Ecke Vorbergstraße.		

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Jüngstgestorbene **Otto Volkmann** (14. Bezirk) plötzlich verstorben ist. Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 222/20  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag früh plötzlich und unerwartet am Herzschlage mein lieber Mann, unser guter Vater, der Jüngstgestorbene **Otto Volkmann** verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, Punkt 5 Uhr, auf dem neuen Rixdorfer Gemeindefriedhofe statt. 50365  
Um stille Teilnahme bittet **Marie Volkmann** nebst Kindern.

**Verein der Zink-, Zinn- und Bleigießer Berlins u. Umgeg.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege und Mitbegründer des Vereins **Otto Volkmann** in der Nacht vom 28. zum 29. Mai plötzlich am Herzschlage verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 1. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Sein treues Verhalten der Organisation gegenüber werden wir in ehrendem Andenken behalten. 291/4  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Stanislaus Gorgolewski** am 29. Mai verstorben ist. Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes in Bülowenstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 87/7  
Die Ortsverwaltung.

Gestern früh 3 Uhr verstarb unser lieber Sohn **Alfred** im neunten Lebensjahre. Die trauernden Eltern **Quappe** und **Geholter**, Thomafius-Strasse 22.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofes, Pappelallee, aus statt. 10045

### Aus Industrie und Handel.

#### Gegen die Fleischer.

Die hohen Fleischpreise waren Gegenstand der Verhandlungen in einer Stadtverordneten-Versammlung in Hagen. Nach eingehender Erörterung wurde beschlossen, die Angelegenheit der Schlachthof-Kommission zu überweisen. Diese soll mit dem Vorstande der Fleischerinnung wegen Herabminderung der jetzt bestehenden ungewöhnlich hohen Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen beim Schweinefleisch verhandeln. Wenn diese Verhandlungen erfolglos, dann sollen Mittel vorgeschlagen werden, die der minderbemittelten Bevölkerung einen billigeren Fleischbezug gewährleisten.

**Vom Eisenmarkt.** Aus Exporteurkreisen wird der „N.-W.-Bl.“ geschrieben, daß die Lage des Pfingstfestes eine vorübergehende Ruhe in das Geschäft gebracht haben, der jetzt aber bereits wieder volle Lebhaftigkeit gefolgt ist, so daß von durchaus befriedigenden Verhältnissen berichtet werden kann. Die allgemeine Lage geht nur dahin, daß die ständig steigenden Preise für die Rohmaterialien und dadurch bedingte unaußerliche Herausgehen der Fabrikpreise die Erzielung von Aufträgen sehr erschweren.

**Ausfuhr der internationalen Eisenindustrie im Jahre 1906.** Im Jahre 1906 wurden von Belgien, Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten 733 026 Tonnen (942 036 Tonnen in 1905) Halbzug zur Ausfuhr gebracht. Unter diesen fünf für das Ausfuhrgeschäft wichtigsten Ländern nimmt Deutschland mit 365 026 Tonnen noch immer den ersten Platz ein, obwohl seine Halbzugausfuhr gegen 1905 um rund 108 000 Tonnen zurückgegangen ist. Desgleichen ist die Ausfuhr der Vereinigten Staaten, die mit Belgien sich in den größten Teil der übrigen Ausfuhr teilen, um 45 000 Tonnen gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die Ausfuhr Frankreichs war nicht bedeutend, während die englische Ausfuhr mit 11 747 Tonnen (8894 Tonnen) einen ganz untergeordneten Platz einnimmt. Auch in der Ausfuhr von Formeisen nimmt Deutschland mit 477 644 Tonnen (405 042 Tonnen) die führende Stelle ein. Als zweitgrößter Exporteur folgt England mit 306 330 Tonnen (215 844 Tonnen). Die Vereinigten Staaten, die eine größere Menge Formeisen als irgend ein anderes Land herstellten, exportierten nur 112 555 Tonnen (83 193 Tonnen). Belgien konnte seine Ausfuhr um 17 710 Tonnen auf 82 925 Tonnen erhöhen, während diejenige Frankreichs mit nur 5000 Tonnen kaum in Betracht kommt. In Schienen konnte England seine bisherige Stellung als erstes Exportland zwar noch behaupten, obwohl seine Ausfuhr, die 1906 noch 41 Proz. des ganzen Exports ausmachte, auf 33 Proz. gesunken ist. Die englische Ausfuhr verminderte sich in 1906 um 83 329 Tonnen, während diejenige Deutschlands sich in derselben Zeit um 84 633 Tonnen erhöhte. Auch die Vereinigten Staaten konnten die Schienenausfuhr in 1906 um 38 000 Tonnen, Belgien um 27 978 Tonnen steigern. In Drahterzeugnissen behauptet wiederum Deutschland mit einer Ausfuhr von 327 190 Tonnen (311 673 Tonnen) unbestritten den ersten Platz. An zweiter Stelle folgen die Vereinigten Staaten mit 174 014 Tonnen (133 000 Tonnen), dann England mit 95 119 Tonnen (81 201 Tonnen), Frankreich und Belgien mit ganz geringen Mengen. In Platten und Blechen beherrscht England mit einer Beteiligung von circa 70 Proz. an der Gesamtausfuhr der beteiligten Länder den internationalen Markt. Die Gesamtausfuhr der eingangs genannten fünf Länder betrug 1 686 310 Tonnen (1 539 260 Tonnen). Die englische Ausfuhr stieg in 1906 um 124 200 Tonnen, während die Ausfuhrmengen Deutschlands und Belgiens abnahmen. Die Vereinigten Staaten konnten ihre Ausfuhr um 40 000 Tonnen steigern, während diejenige Frankreichs sich nicht geändert hat.

### Soziales.

#### Was ist „triftiger Grund“?

Das Unfallversicherungsgezet schreibt vor: Wenn der Verletzte sich im Interesse der Wiedererlangung oder Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit seitens der Berufsgenossenschaft getroffenen Anordnungen (z. B. Aufenthalt in einer Heilanstalt) „ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund“ entzieht, so kann ihm der Schadenersatz auf Zeit ganz oder teilweise verweigert werden, sofern er auf diese Folgen hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß durch sein Verhalten die Erwerbsfähigkeit ungenügend beeinflusst wird.“ Für die Frage, was ein triftiger Grund sein kann, ist eine kürzlich ergangene Entscheidung des Reichsgerichts wesentlich, die sich mit einem Rechtsstreit gegen eine private Versicherungsgesellschaft zu befassen hatte, deren Versicherungsbedingungen den zitierten des Unfallgesetzes ähneln. Der vom Reichsgericht entschiedene Rechtsstreit betraf folgenden Fall:

Der Kaufmann R. in Gleiwitz hatte sich bei der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft in Stettin gegen Unfall versichert. Er erlitt am 30. Juli 1903 einen Unfall, wobei ihm durch den Sturz einer Bagendochsel gegen seine rechte Brust eine innere Verletzung zugefügt wurde. Arztlichem Rate gemäß begab er sich auf die Veranlassung der Versicherungsgesellschaft im November 1903 zu einer Kur nach Meran in Südtirol. Da er gezwungen war, sein Geschäft zu verlaufen, unterbrach er ohne Wissen der Versicherungsgesellschaft diese Kur, indem er am 2. Januar 1904 Meran verließ und nach Gleiwitz zurückkehrte. Erst am 28. Januar nahm er die Kur in Meran wieder auf, die bis Ende März 1904 dauerte. Die Versicherungsgesellschaft hatte ihm bis dahin in verschiedenen Teilzahlungen 2018,10 M. gewährt, lehnte aber weitere Zahlungen ab. R. beantragte jedoch weitere 546,90 M. und gemäß § 16 der Versicherungsbedingungen eine Rentenentschädigung bis zur Wiederherstellung seiner vollen Erwerbsfähigkeit.

Das Landgericht Gleiwitz erkannte auf Abweisung der vom Versicherungsnehmer im Klagewege geforderten Ansprüche. Dahingegen verurteilte das Oberlandesgericht Breslau die Gesellschaft dem Grunde nach.

Die von der Versicherungsgesellschaft gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom 7. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen. Der erkennende Senat legt in seinen Entscheidungsgründen hierzu dar, daß der hier in Betracht kommende § 14 der Versicherungsbedingungen unter anderem den Verlust aller Ansprüche aus der Versicherung ausbedinge, wenn der Verletzte Versicherungsgesellschaft „ohne triftigen Grund und ohne Einwilligung der Gesellschaft die Behandlung des zunächst zugezogenen Arztes“ unterbreche und daß feststehe, daß der Kläger den Kuraufenthalt in Meran und damit die Behandlung durch seinen dortigen Arzt ohne Einwilligung der Versicherungsgesellschaft die Bestimmung des § 14 der Versicherungsbedingungen dahin ausgelegt, daß das Vorhandensein eines triftigen Grundes für die Kurunterbrechung genüge, um die Verwirklichung der Ansprüche zu verhindern. Wenn das Berufungsgericht dann annehme, daß die Heimreise des Klägers nach Gleiwitz zwecks Anwesenheit bei den erforderlichen Verhandlungen über den Verkauf seines Geschäftes einen „triftigen Grund“ ausmache, so gehöre das in die Zuständigkeit und sei das vom Revisionsgericht nicht zu beanstanden.

**Sofortige Entlassung des mit Kost und Logis angestellten Handlungsgeschäften.** Das prekäre Verhältnis, das sich für einen in Kost und Logis beim Arbeitgeber befindlichen Angestellten ergibt,

so bald ihm der erstere die sofortige Entlassung erteilt, kam in einer Verhandlung zur Sprache, die gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts stattfand. Der Verkäufer Hugo L. war bei dem Kolonialwarenhandeler Hermann Hahn gegen Gehalt, Kost und Logis angestellt. Am 18. Januar d. J. kam es zwischen dem Angestellten und seinem Chef zu einem Zwist, der zur sofortigen Entlassung des ersteren führte. L. leistete dieser Aufforderung in der Weise Folge, daß er sowohl seine Tätigkeit einstellte, wie auch anderweitig Wohnung und Verpflegung nahm. Gleichzeitig klagte er gegen H. auf Zahlung von 115 M. für Gehalt und Ertrag für Kost und Logis. Die gestrige mündliche Verhandlung ergab nun, daß die vom Beklagten angeführten Entlassungsgründe nicht stichhaltig waren. Nun trat H. mit der Behauptung hervor, er habe den Kläger zwar aus der Stellung sofort entlassen, ihm aber ausdrücklich gesagt, er könne bei ihm bis zum Ablauf der Kündigungsfrist in Kost und Logis bleiben, und die Ehefrau des Beklagten wolle diese Behauptung bezeugen, während sie der Kläger energisch bestritt.

Nach der Beratung legte der Vorsitzende dem Beklagten einen Vergleich dringend nahe. Er richtete an ihn die Frage, wie er sich denn eigentlich ein solches Kost- und Logisverhältnis mit einem entlassenen Angestellten denke. Es möge ganz dahingestellt sein, ob das Essen und Trinken in Qualität und Quantität auf der alten Höhe bleibe. Indessen schaffe schon der notwendige tägliche Verkehr durch Aufwarten, Bedienen usw. einen ganz zwiespältigen Zustand. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Kammer ein derartiges Verhältnis als unannehmbar erkläre und dem zu unrecht Entlassenen nicht die Verpflichtung auferlege, auf ein solches Anerbieten einzugehen. — Auf diesen Vorhalt hin wird vom Beklagten ein Vergleichsvorschlag in Höhe von 80 M. akzeptiert.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Genossinnen! Arbeiterfrauen!

Ein neuer Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete ist durch die Unbeugbarkeit der Bäckermeister hervorgerufen. Die bestehenden Forderungen der Bäckergehilfen sind von der Innung rundweg abgelehnt worden. Schon jahrelang kämpfen die aufgeregten, dem Verbands angehörenden Bäckergehilfen für menschenwürdige Zustände in ihrem Gewerbe. Die Bäckermeister wollen das patriarchalische Herrschaftsverhältnis, das den Gesellen jede Bewegungsfreiheit vorenthält, nicht preisgeben. Nichts will man bewilligen. Und doch ist es so wenig, was die Gesellen verlangen. Die Forderungen: 1. Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, 2. ein freier Tag in jeder Woche, 3. ein Mindestlohn von 23 M. pro Woche, 4. paritätischer Arbeitsnachweis, müssen als berechtigt anerkannt werden.

Die heute ist es den Bäckergehilfen fast unmöglich gewesen, sich eine Familie zu gründen, und wo es trotzdem geschah, ist an ein Familienleben nicht zu denken. Frau und Kinder bekommen den Gatten und Vater fast nie zu Gesicht; für Erziehung seiner Kinder kann der Vater sehr wenig tun. Die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges ist notwendig, um auch den Bäckergehilfen die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes Heim zu gründen, ohne den Verzug zu verlassen. Die Abschaffung des Logiszwanges ist aber auch im gesundheitlichen Interesse dringend nötig. Die zweitwichtigste Forderung ist die Einführung eines freien Tages in der Woche. Fast jeder Arbeiter hat wenigstens einen Tag, an dem er nicht in die Ketten der Arbeit gespannt ist; er kann doch einmal sich selbst und der Familie gehören. Die Bäcker aber müssen Woche um Woche, Tag für Tag der Prostitution der Meister ihre Kräfte opfern; nicht einen Tag können sie sich als freie Menschen fühlen.

Alle Forderungen der Gesellen sind rundweg abgelehnt und wurde daher der Kampf unvermeidlich. Die begründeten Forderungen sichern den Bäckergehilfen die Sympathie der Arbeiterklasse, und muß es die Pflicht aller sein, die Kämpfenden in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Keine Arbeiterfamilie wird von einem Bäcker, der nicht bewilligt hat, Ladware entnehmen. Hauptächlich ist es Sache der Frauen, nach dieser Richtung energisch den Kampf gegen die Bäckermeister zu führen. Und die Frauen, die selbst oder deren Männer unter dem Jochmut des Unternehmertums leiden, haben alle Ursache, in diesem Kampfe entschiedene Partei zu ergreifen zu gunsten der Arbeiter. Den hartgesottenen Feinden der Arbeiterbewegung muß gezeigt werden, was die Zusammengehörigkeit der gesamten Arbeiterschaft vermag.

Darum Ihr Frauen, merkt Euch die Bäckerinnen, wo die Forderungen der Bäckergehilfen bewilligt sind. Die Liste, die täglich vom Verbands der Bäcker herausgegeben und im „Vorwärts“ veröffentlicht wird, muß peinlich beachtet werden. Genossinnen, bekundet Solidarität!

#### Die sozialdemokratischen Frauen Berlins.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Berlin.** Sonntag, den 2. Juni, Ausflug nach Pichelswerder. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Grunewald (Waldseite). Marsch nach Pichelswerder, Freundes Zusammentreffen. Gaste sehr willkommen.

**Weißensee.** Montag, den 3. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Köhlpf, früher Schmutz, Königshaussee 38: Vortrag, Herr Schumacher.

### Gerichts-Zeitung.

#### Bergehen wider die Religion durch eine Ohrfeige.

Im Oktober vorigen Jahres besuchte der praktische Arzt Dr. Ray aus Stettin die Lorenzkerche in Nürnberg zwecks Besichtigung der Kunstwerke, wobei er den Hut auf dem Kopfe behielt. Darüber ärgerten sich zwei andere Fremde, die den gottlosen Menschen zur Rede stellten, aber von ihm kurz abgefertigt wurden, worauf sie sehr reagierten. Einer der Fremden, ein Antiquar aus Grog, erhielt dann vom Dr. Ray eine saftige Ohrfeige. Deshalb erhielt er eine Klage wegen Religionsvergehens und Körperverletzung, und das Landgericht Nürnberg verurteilte ihn auch zu fünf Tagen Gefängnis. Das Religionsvergehen wurde nicht in dem Hutabnehmen, sondern in der Verabreichung einer Ohrfeige in der Kirche erblickt. Das Erkenntnis dürfte in der Revisionsinstanz schwerlich aufrecht erhalten werden.

#### Ein Bigamie-Prozess

Beschäftigte gestern in einer längeren Sitzung die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der aus Warschau gebürtige Klempner Otto Lash vorgeführt. Der Angeklagte ist viel in der Welt herumgekommen. Im Jahre 1892 kam L. aus Brasilien nach England und ließ sich hier in South-Shields nieder. Hier lernte er auch ein Mädchen namens Emma Matefon kennen, die in einem Schanklokal eines Verwandten als Varnaid angestellt war. Am 6. Juni 1892 ging der Angeklagte mit der Matefon die Ehe ein, aus der ein Knabe hervorging. Der Angeklagte unternahm später eine längere Reise nach Warschau. Als er dann wieder nach South-Shields zurückkehrte, wurde er verhaftet und wegen Unzucht in Verbindung mit einem Jahre Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Strafe ging der Angeklagte als Steward an Bord eines nach Australien bestimmten Schiffes, welches nach dem damaligen Berichte mit Mann und Maus untergegangen sein

sollte. Als Frau Lash-Matefon, die ihren Ehemann für verschollen hielt, ihrer Witwenhaft überdrüssig geworden war, heiratete sie das zweitemal. Als im August 1901 ihr zweiter Ehemann verstarb, heiratete sie bald darauf das dritte Mal, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß ihr erster Ehemann noch unter den Lebenden weilt und sich bereits ebenfalls schon längere Zeit wieder auf Freiersfüßen befindet. Ihre Eheerlebnisse gaben zu strafrechtlichem Einschreiten keinen Anlaß, da sie sich in gutem Glauben befand. Aber auch der Angeklagte ging am 12. April 1905 in Berlin eine neue Ehe ein. Als er den Verwandten seiner zweiten Frau mitteilte, er sei schon einmal verheiratet gewesen und angeblich geschieden worden, stellten diese Nachforschungen an, welche die jetzige Klage zur Folge hatten. — Der Gericht erhob nach Warschau unternehmen zu können und einen Auslandspaß zu erlangen, sei ein Verwandter der Matefon eines Tages mit ihm in die Ringstreet-Office gegangen und nach kurzer Zeit mit einer Heiratsurkunde zurückgekehrt, die offenbar gefälscht gewesen sei. Er habe dann mit der Matefon in der Holy Trinity Church in Shields eine Art „Weihe“ erhalten und sei dann gleich nach Warschau abgedampft. — Der Staatsanwalt hielt es für festgestellt, daß die in England eingegangene Ehe eine rechtsgültige gewesen sei und beantragte die Verurteilung des Angeklagten wegen Bigamie zu neun Monaten Gefängnis. Das Gericht sah die Sache jedoch nicht so milde an, sondern hielt eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten unter Verfolgung mildernder Umstände für gerechtfertigt. Diese Strafe wurde unter Einberechnung einer anderweitig erlangten Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren, die der Angeklagte zurzeit verbüßt, auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Zuchthaus erhöht.

#### „Guten Morgen“ — amtlich?

Der Bauernhofbesitzer Neumann erschien eines Tages auf dem Hofe des Amtsvorstehers Rittergutsbesitzers von Petersdorff zu Korkenlagen, um einen Termin im Amtszimmer des Amtsvorstehers vor dem Landrat des Kreises wahrzunehmen. Herr v. Petersdorff bot ihm — er war gerade auf dem Hofe — einen „Guten Morgen“. Neumann soll den Amtsvorsteher nicht gern haben und nicht oder so leise geantwortet haben, daß v. Petersdorff es nicht hörte. Später machte der Rittergutsbesitzer v. Petersdorff dem Bauernhofbesitzer darüber Vorhaltungen. Er meinte: „Sie sagen nicht mal „Guten Morgen“; jeder anständige Mensch sagt „Guten Morgen“, wenn er bei mir ins Haus tritt.“ Wegen dieser Äußerung schwebte ein Verleumdungsprozess Neumanns gegen v. Petersdorff. Die Regierung zu Stettin erhob aber zugunsten des Amtsvorstehers den Konflikt. Das Oberverwaltungsgericht erklärte dieser Tage den Konflikt für unzulässig. Es wurde ausgeführt: Das Gesetz betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen kenne die Konflikt-erhebung zugunsten der Beamten nur bei solchen Handlungen, die in Ausübung oder aus Veranlassung der Ausübung des Amtes vorgenommen werden. Eine solche Handlung liege hier nicht vor, soweit der Angeklagte in Frage komme. Wegen die Annahme der Regierung, daß der Angeklagte als Amtsvorsteher dem Privatbürger die Vorhaltungen gemacht habe, um für die Wahrung der Autorität von Behörden zu sorgen, spreche schon der Umstand, daß er betonte, jeder sage: „Guten Morgen“, wenn er in sein Haus trete. Es sei danach anzunehmen, daß er das Ansehen seines Hauses bzw. sein Ansehen als Hausherr gewahrt wissen wollte. Hingzu komme, daß der Termin vor dem Landrat stattfand und nicht vor Herrn v. Petersdorff. — Demnach sei der Konflikt unzulässig und dem gerichtlichen Verfahren gegen den Amtsvorsteher müsse Fortgang gegeben werden.

#### Kampf zwischen einem Gutbesitzer und einem Schütze.

Vor der Strafkammer in Raugard i. B. gelangte am Montag ein Zusammenstoß zwischen einem Gutbesitzer und einem Schütze zur Verhandlung. Angeklagt waren der Schütze August Ellwardt wegen Verdröpfung und gefährlicher Wildhandlung und der Gutbesitzer Otto Wenzel aus Medewitz wegen qualifizierter Körperverletzung. Ellwardt war im Jahre 1906 bei dem Rittergutsbesitzer Wenzel als Schütze beschäftigt. Während der Erntearbeit seiner Frau arbeitete Ellwardt nicht und es kam zwischen ihm und dem Gutsherrn wegen des Lohnes und der Kosten für den Arzt, der Frau Ellwardt behandelt hatte, zu Streitigkeiten. Herr Wenzel wollte dem Angeklagten Ellwardt Abzüge machen und verlangte die Räumung der Wohnung, die jener innehatte. Der Schütze weigerte sich, die Wohnung zu verlassen, bevor er nicht den ganzen Lohn erhalten hätte. Am 30. Oktober — am Tage vorher waren schon fast sämtliche Leute des Herrn Wenzel wegen dieses Unfalls gewesen — ging Wenzel in die Ellwardtsche Wohnung, machte dem E. Vorwürfe, daß er nicht arbeite, und verlangte wieder die Räumung der Wohnung. Darüber kam es zum Streit, über dessen Verlauf die Darstellung der Parteien und auch einiger Zeugen mehrfach von einander abwichen. Ellwardt soll plötzlich eine Axt ergriffen haben und damit auf Wenzel mit den Worten losgegangen sein: „Du was, jetzt habe ich Dich, nun sollst Du ran!“ Wenzel lief aus der Stube und entließ die Dorfstraße entlang, verfolgt von dem immer wilder werdenden Ellwardt, der einen Kartoffelkäfer ergriffen und damit dem Rittergutsbesitzer auch einen Schlag auf die Schulter versetzt hatte. Als ihn Ellwardt nicht einholen konnte, warf er noch den Krüher hinter ihn her und kehrte dann in seine Wohnung zurück. Wenzel ging in sein Haus, telephonierte an den Amtsvorsteher um Hilfe und holte dann seine Jagdflinte, die er mit zwei Schrot-Patronen lud. Dann forderte er zwei Männer auf, mit ihm zu kommen, um in seiner Eigenschaft als Gutsvorstand des Ellwardt festzunehmen und zu binden. Ellwardt, der mit dem Krüher in der Hand vor seiner Tür stand, geriet beim Anblick des Wenzel in große Wut und machte mit dem Krüher Bewegungen, als ob er auf E. losgehen wollte. Letzterer soll den E. wiederholt aufgefordert haben, in seine Wohnung zu gehen, da er sonst schießen würde. E. rüde ihm aber, seinen Krüher schwingend, noch näher auf den Leib, er drohte jeden, der an ihn herantrat, mit dem Krüher niederzuschlagen. Inzwischen war auch der große Bernhardsiner des Wenzel auf Ellwardt zugeflogen, ohne ihn zu berühren. Da ergreift E. einen Mauerstein und warf nach dem Tier, ohne es zu treffen. In diesem Augenblick trat Frau Wenzel, die wohl annahm, daß der Steinwurf ihrem Manne galt, hinzu und forderte letzteren auf, zu schießen. Wenzel schoß auch kurz hintereinander zweimal. Der erste Schuß ging an Ellwardt vorbei und fuhr in die Wand des Hauses, der zweite Schuß traf den rechten Unterschenkel Ellwardts. Nach der Behandlung des Dr. Fischer vom Kreiskrankenhause war E. von mindestens 50 Schrot-Körnern getroffen worden. Nach einigen Tagen mußte ihm, da der Brand hinzutrat, im Krankenhaus Greifenberg das Bein bis zum Oberschenkel abgenommen werden. Dies der Fallbestand, wie er sich aus den Zeugenvernehmungen ergab. Im wesentlichen drehte es sich in der Verhandlung um die Frage, ob Wenzel in der Notwehr gehandelt habe oder nicht. Einige Augenzeugen bestritten es. Der Schütze bestritt seinerseits, in seiner Wohnung mit der Axt auf den Gutsherrn losgegangen zu sein, und behauptete, daß er sich mit dem Krüher nur gegen den Revolver gewehrt hätte, den Wenzel ihm vorgehalten habe. Die Beweisaufnahme brachte aber für diese Be-

hauptung keine Bestätigung. — Staatsanwalt Graf Dredow hielt beide Angeklagte für schuldig im Sinne der Anklage und beantragte gegen Ellwardt einen Monat, gegen Wenzel drei Monate Gefängnis. Das Gericht nahm aber bezüglich des Angeklagten Wenzel Rotweh an und sprach ihn frei, beurteilte dagegen den Angeklagten Ellwardt zu drei Wochen Gefängnis.

Es ist unverständlich, wie dem oben geschilderten Tatbestand gegenüber Rotweh hat angenommen werden können und weshalb nicht auch Frau Wenzel als Anstifterin zum Schießen angeklagt wurde. Das Nichtnehmen der Finte, die Aufforderung, Ellwardt festzunehmen und zu binden, und endlich das Schießen waren offensichtlich widerrechtliche Handlungen, die die Vornahme anderer vorsätzlicher Rechtswidrigkeiten vorbereiten sollten und eine Anklage wegen Verbrechen Mordes und schwerer Körperverletzung, zum mindesten die Verurteilung zu einer höheren Strafe, als der Staatsanwalt beantragt hatte, gerechtfertigt hätten. Der Freispruch des Gutsbesizers ist mit dem Rechtsbewußtsein unverständlich. Sicher sollte durch den Freispruch nicht als Rechtsnorm daraus aufgestellt werden, in Rotweh handelt, wer mit Jagdfinten auf Menschen schießt, die sich seinem rechtswidrigen Einhalten von Lohn und anderen Rechtswidrigkeiten nicht fügen. Aber dem gesamten Tatbestand gegenüber wird der Richter als Rechtsregel entnehmen müssen: Wer nur mit einem Kartoffelträger schlägt, wird bestraft, aber wer mit einer Jagdfinte schießt, ist straflos.

#### Ein Prozeß mit der Gemeinde Helgoland um ein Auge.

Ein gegen die Gemeinde Helgoland geführter Prozeß ist von dem Altonaer Landgericht entschieden worden. Der Goldschmied Reimers in Hildesheim, der vor zwei Jahren zur Kur auf Helgoland weilte, wohnte mit vielen anderen Kurgästen der von der Gemeinde veranstalteten Grottenbeleuchtung bei. Reimers schaute einer niedergehenden Rakete mit nach oben gewandtem Gesicht entgegen. Wiewohl die Rakete langsam niederging, blieb er in dieser Stellung, die Rakete brante ihm ein Auge aus. Er strengte gegen die Gemeinde Helgoland als Verursacherin des Feuerwerks eine Schadenersatzklage an. Ein Jahr hindurch hat in dieser Angelegenheit Beweisaufnahme stattgefunden. Jetzt hat die Zivilkammer des Landgerichts Altona entschieden, daß die Gemeinde Helgoland verpflichtet sei, dem Kläger für sein ausgebranntes Auge Ersatz zu leisten, jedoch nur zur Hälfte, weil die Beweisaufnahme ergeben hat, daß dem Kläger

auch infolged ein Teil der Schuld trifft, als er nicht vorsichtig genug war. Ueber die Höhe der dem Kläger zu zahlenden Summe wird weiter verhandelt werden.

### Vermischtes.

**Weisse Sklaverei.** In einem amtlichen Bericht, der dem Bürgermeister von New York kürzlich unterbreitet wurde, ist das Treiben von Stellenvermittlungsbürokraten in New York näher beleuchtet worden. Es ist nützlich, darauf hinzuweisen, um deutsche Auswanderer vor den Fällen, die ihnen in New York gestellt werden, zu warnen. Es handelt sich besonders um das „Peonage-System“ in den Südstaaten und um die Verfertigung öffentlicher Häuser mit unglücklichen Mädchen. Das Peonage-System besteht darin, daß Strafgefangene, die wegen Schulden, Kontraktbruch oder dergleichen gefangen gehalten werden, vom Staate verpackt und an Unternehmer ausgeliefert werden. Dies geschieht oft gegen das Gesetz oder unter Verletzung auf längst veraltete Gesetze, aber die armen, unwissenden, meist der Sprache unfähigen Eingewanderten werden im Süden vielfach nach Willkür behandelt und unter dem Schein des Rechts wird das schlimmste Unrecht verübt, sogar von Richtern, die zuweilen im Bunde mit den Unternehmern stehen. Etwa 80 000 Männer werden jährlich von New York Agenten nach den Südstaaten geschickt und so mancher verfällt dem Peonage-System.

Was den Handel mit Mädchen anbetrifft, so werden viele von Agenten als Dienstmädchen in Bordelle und Hotels zweifelhaften Rufes geschickt. Die Eigentümer der Bordelle zahlen den Agenten sehr hohe Provisionen für „frische Ware“. Auch die Zufuhr armer Negermädchen für Bordelle wird lebhaft betrieben.

Nach dem Bericht sind die Behörden eifrig in Tätigkeit, solchen Agenturen das Handwerk zu legen, aber es ist bei der Schlaueit der Agenten oft schwer, genügend belastendes Material zu finden. Viele gewissenlose Praktiken in der Stellenvermittlung in New York werden noch aufgedeckt, wogegen aber, wie es heißt, geeignete gesetzliche Maßnahmen ergriffen worden sind. So hat man früher Leute auf Schiffe gebracht, um beim Transport von Vieh zu helfen; am Bestimmungsort angekommen, ließ man die Arbeiter mittellos sitzen. Gefahren mancherlei Art lauern auf den Einwanderer, der sich an eine New Yorker Agentur um Vermittelung einer Stellung wendet.

**Ein Wirbelfurm.** Nach einer Meldung aus Budapest wurde Oskarlasal durch einen Wirbelfurm zur Hälfte zerstört. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen.

**Ueberfall auf einen Bischof.** In Dublin gab gestern ein Mann in der Nähe der Kirche zwei Revolverkugeln auf den katholischen Bischof ab. Als diese ihr Ziel verfehlten, griff er den Bischof mit einem Dolche an und verwundete ihn an der Hand. Der Täter wurde festgenommen.

**Straßenbahn und Leichenwagen.** In Gladbach ist gestern mittag auf der abschüssigen Kreuzer Straße ein Straßenbahnwagen mit einem Leichenwagen zusammengestoßen. Der Fahrer des Leichenwagens fiel in eine zerplatzene Scheibe des Straßenbahnwagens und wurde am Kopfe stark verletzt. Der Leichenwagen wurde erheblich beschädigt, der Sarg fiel zur Erde und mußte zusammengenagelt werden.

#### Eingegangene Druckschriften.

Die neuen Militär-Verordnungsgesetze für das Reichsheer. In Kraft vom 1. Juli 1906 ab. Preis 80 Pf. Verlag: L. Schwarz u. Co., Berlin S. 14.  
Bericht des Vorstandes des Deutschen Buchbinderverbandes für das Jahr 1905. 168 Seiten. Selbstverlag.  
Kapital und Gründung. Raftel. Herausgeber: D. Wiesner. Preis 40 Pf. Verlag: Berlin S.W. 47.  
Der Heilige Garten. Beiträge zur Heilung der Kindheit. Herausgegeben von Franz Wichtendörfer und Karl Kötzger. Leipzig bei Schöffer. Jahrespreis 1.50 M.  
Krieg oder Frieden von Oberst a. D. Gähle. 50 Pf. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt Hermann Ebeling, Berlin W. 50.  
Der Kontinent. Deutsch-französische Monatschrift. Heft 7. Herausgeber: Dr. D. Richter. Jährlich 12 Hefte. 12 M. Einzelheft 1.25 M. Verlag: B. Schöner, Berlin W. 30.  
Geschäftsbericht pro 1906 der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsteile und Apotheker zu Berlin. 55 Seiten. — Unsere Wohnungs-Economie im Jahre 1906. Im Auftrage des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsteile und Apotheker. 33 Seiten. Selbstverlag, Berlin, Georgenkirchstraße 40.  
Straf- und Strafrecht von Dr. C. W. Frey. Verlag: C. Winter, Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.  
Zwischenstaatliche Monatshefte. Heft 6. Herausgeber: B. R. Gohmann. Pro Jahr 12 M. Selbstverlag in München.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 31. Mai.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Kgl. Schauspielhaus. Ein Fallsement.  
Neues Kgl. Opernhaus. Die Fiedermans.  
Deutsches Robert und Bertram. Kammerstücke. Kusanatine und Selbette. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Kopfenratz's Erben.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Fallsement.  
Schiller-Theater Charlottenburg. Monna Vanna.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Drei Paar Schuhe.  
Berliner. Sherlock Holmes.  
Reising. Der Fleumerbaron.  
Central. Das Mädchen aus dem Waldkäse.  
Kleines. Marcel Salzer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Neues. Der Dieb.  
Lortzing. Fidelity.  
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?  
Luisenhaus. Dufarenfieber.  
Thalia. Wo die Liebe hinfällt.  
Luisen. Das Häfel seiner Ehe.  
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.  
Bernhard Rose. Im Kaufschiffe des Lebens.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Gedr. Herrfeld. Es lebe das Nachleben.  
Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten.  
Apollo. Der lustige Witwer. Spezialitäten.  
Kaffee. Mid Carter. Spezialitäten.  
Walhalla. Der grüne Teufel. Spezialitäten.  
Vassage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Laubentruhe 48/49. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Schweden.  
Sternwarte. Invaldenstr. 57/52.

**Ferdinand Bonns Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Sherlock Holmes**  
Sonabend: Der Hund von Basterville. Sonntag: Sherlock Holmes. Montag: Geschlossen.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
Sonabend neu einstudiert: Die Gondottieri. Sonntag und folgende Tage: Die Gondottieri.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**MARCELL SALZER-ABEND.**  
Morgen und folgende Tage, abends 8 Uhr: Marcell Salzer-Abend.  
**Lustspielhaus.**  
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:  
**Dufarenfieber.**

**Lortzing-Theater.**  
Bellisillanenstr. 7/8.  
Freitag, den 31. Mai, 8 Uhr:  
**Fidelity.**  
Abonement gültig!  
Sonntag, den 2. Juni: Richard Wagner-Abend zum Besten des Allg. Deutschen Chorsänger-Verbandes. Schluß der diesj. Spielzeit 31. Mai.  
Bellisillanestr. 7/8. Täglich: Elite-Variété-Vorstellung.

**Zentral-Theater.**  
Ballspiel des Ernst Drucker-Theaters. Letzte Vorstellung.  
Das Mädchen aus dem Nacht-Kasch.  
**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Im grünen Weg. Sommerpreise.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Haben Sie nichts zu verzollen?  
Schwan in 3 Akten v. R. Demmequin und B. Weber.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Heute und folgende Tage:  
**Das Häfel seiner Ehe.**  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Or. Annabergerstr. 132.  
Freitag, den 31. Mai:  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Garten:  
Der Fluch des Goldes.  
Spezialitäten-Vorstellung  
Wochenpreise. — Abends 8 Uhr im Theater: Im Kaufschiffe des Lebens. Sommerpreise.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater**  
Ganz Berlin lacht über  
**Hartstein**  
und seine Burleske:  
**Der lustige Witwer.**  
1. Bild: Das letzte Mal.  
2. Bild: Die Folgen davon.  
Vorher 8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten in Merians Hunde-Bancru-theater.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Abends 8 Uhr:  
**Sherlock Holmes**  
Dazu: Die erklaff. Spezialitäten. 10 Uhr: Die goldene Finte. Anf. 6 Uhr. Kaffeezeit v. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ein Fallsement.**  
Schausp. in 5 Akten von Hjördisjerne Hjördisson.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Heimat.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Heimat.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Weh' dem, der lügt.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Monna Vanna.**  
Schausp. in 3 Akten v. Maurice Maeterlinck. Deutsch von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Juni 1. Mai: **Die Schmuggler.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Pfarrer v. Kirchfeld.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Schmuggler.**

**Landes-Ausstellungen-Park.**  
Neu erbaut: Festsäle, Café und Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.  
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13\*  
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Schweden.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
Großes  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Gebr. Herrfeld-Theater**  
Börneel.  
Anfang 8 Uhr. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstraße 57.  
Schluß der Spielsaison:  
Freitag, 31. Mai.  
Bis dahin allabendlich d. Revütität

**Es lebe das Nachleben!**  
Eine Separde-Offäre mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.  
Vorher:  
**Die Welt geht unter!**

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Das Mai-Programm.**  
Der größte Erfolg der Saison!  
**Grete Gallus Mascha Dignam 3 Clarus Brothers**  
14 Attraktionen 14.

**WINTERGARTEN**  
Letzte Vorstellung des glänzenden  
**Mai-Programms.**  
**Brunnen-Theater**  
Das Sensations-Programm.  
**Mokaschlys**  
Der Geisterput im Gefängnis.  
Paul Coradin. X Rämbler Comp.  
Im Flug durch die Welt.  
Ausstattungs-Vollstück in 6 Bildern.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 3 Uhr.  
Ab 1. Juni vollständig neue Spezialitäten.  
**Artur Wolf**  
der Urtomische.

**Wahalla-Variete-Theater**  
Weidenbergsweg 19/20, Holtenauer Tor.  
Heute abends 8 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**Der grüne Teufel.**  
Sensations-Ballonhine.  
Ab Sonabend, den 1. Juni im Garten:  
Spezialitäten-Vorstellung.

**Steidl-Theater.**  
Brückenstr. 2 (a. d. Brunnen-Br.)  
Heute Freitag, den 31. Mai:  
Saisonschluß u. letzter Abend der  
**Steidl-Sänger**  
Anf. 8 Uhr. Tagelasse 11-2 Uhr.  
Im Steidl-Park n. Garten heute und folgende Tage:  
**Gr. Streich-Konzerte.**

**Schweizergarten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
Neue Spezialitäten.  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damontanz.  
Anfang 5 Uhr. / Entree 30 Pf.

**Bilz**  
Sanatorium  
„Robias Lössnitz“  
Radebeul-  
Dresden.  
Prospect.  
Frühjahrs-  
Gäst. Hofst. 3 Aerzte  
Dir. Alfred Bilz  
Chefarzt Dr. Aeneas  
Internationaler Verkehr.  
Milde Lage  
8400. Nizza  
Bilz Naturheilbad an. 1. Mill. verk.

**Steidl-Theater.**  
Brückenstr. 2 (a. d. Brunnen-Br.)  
Heute Freitag, den 31. Mai:  
Saisonschluß u. letzter Abend der  
**Steidl-Sänger**  
Anf. 8 Uhr. Tagelasse 11-2 Uhr.  
Im Steidl-Park n. Garten heute und folgende Tage:  
**Gr. Streich-Konzerte.**

**Neue Welt**  
Hazonheide 108-114.  
— Im Konzertgarten: —  
Täglich: Großes Konzert.  
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag:  
**Militär-Konzert.**  
Jeden Montag, Mittwoch, Freitag:  
**Theiß-Orchester.**  
Entree 10 Pf. Entree 10 Pf.  
Im Theatergarten:  
Täglich: Großes Konzert  
des Neue Welt-Theaters und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Entree 25 Pf. Entree 25 Pf.  
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant  
**Militär-Konzert.**

**Volksgarten-Theater.**  
Bad-Behmstraße — Saahof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.  
**Das Bild der Mutter**  
oder **Berliner Zimmerleute.**  
Vollstück mit Gesang in 3 Akten.  
Hierzu:  
Das neue  
**Riesen-Spezialitäten-Programm.**  
Volksbelustigungen. X Großer Ball.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148 und  
Kastanien-Allee 97/99.  
Deute Donnerstags:  
**15** durchweg brillante **15**  
Kunstkräfte.  
Um **Genießer das Leben.**  
Ren! **Die Hochzeitsreise.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Acht! Sonabend, den 1. Juni:  
Großes großes Kinderfest.

**Schweizergarten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
Neue Spezialitäten.  
**Kinematograph und Ball.**  
Freier Damontanz.  
Anfang 5 Uhr. / Entree 30 Pf.

**Bilz**  
Sanatorium  
„Robias Lössnitz“  
Radebeul-  
Dresden.  
Prospect.  
Frühjahrs-  
Gäst. Hofst. 3 Aerzte  
Dir. Alfred Bilz  
Chefarzt Dr. Aeneas  
Internationaler Verkehr.  
Milde Lage  
8400. Nizza  
Bilz Naturheilbad an. 1. Mill. verk.

**Steidl-Theater.**  
Brückenstr. 2 (a. d. Brunnen-Br.)  
Heute Freitag, den 31. Mai:  
Saisonschluß u. letzter Abend der  
**Steidl-Sänger**  
Anf. 8 Uhr. Tagelasse 11-2 Uhr.  
Im Steidl-Park n. Garten heute und folgende Tage:  
**Gr. Streich-Konzerte.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Sachsenheide 13/15.  
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: **Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
**Die beliebtesten Kinderfeste.**  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeezeit ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

**Sanssouci,** Kottbuser Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonnt., Mont., Donnerst.: **Hofmanns Nordh. Sänger u. Tänzerkränzen.**  
Etwa neues aktuelles **Programm.**  
Sonnt. Sep. 5. wochentl. 8 U.  
Für nächste Saison sind (amtl. Sonab. bereits) besetzt. Noch einige Mittwoch Abende sind frei.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

**Otto Pritzkow**  
Hünzstraße 16.  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Täglich Eingang von Neuhelten.  
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

**Gstbahn-Park**  
Am Köstrinorplatz, Rödersdorferstr. 71  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Prater-Theater.**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich:  
**Flotte Weiber**  
Spezialitäten.  
Konzert und Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Charlottenburg.**  
Spezialwerkstatt für Uhren.  
solide Ausführung, preiswerte Berechnung. 48883\*  
**Friedr. Stabenow.**  
Lützowstraße 15  
am Rathaus.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer. U. Straußbeckstr. 1.





Partei-Angelegenheiten.

Mariensfelde. Dienstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, findet bei Berger, Dorfstraße, die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste, auch Frauen haben Zutritt. Genossen, agitiert für regen Besuch.

Ober-Schöneweide. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Wilhelmshof eine Theateraufführung „Der Pfarrer von Kirchfeld“ statt. Der Wahlverein hat gute Kräfte hierzu gewonnen und ersucht um zahlreiche Beteiligung. Billetts à 50 Pf. sind bei den bekannten Genossen zu haben. Der Vorstand.

Wahldorf a. Ostb. Am Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Schliefe, Hönowerstr. 6, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Der Genosse Röder spricht über „Sozialdemokratie und Materialismus.“ Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Eine „Verstädlichung“ des Rettungswesens bildet der Beschluß noch nicht, den die Stadtverordnetenversammlung gestern über „die künftige Einrichtung des Berliner Rettungswesens“ gefaßt hat. Aber er ist ein Schritt weiter auf dem Wege zu der notwendigen Verstädtlichung, und man darf hoffen, daß dieses Ziel in nicht zu ferner Zeit endlich erreicht werden wird. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses und seine Beschlüsse referierte diesmal ein Sozialdemokrat, unser Genosse Weyl. Darin kam die Tatsache zum Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses einen hervorragenden Anteil an dem Zustandekommen der Beschlüsse gehabt haben, die jetzt dem Plenum zur Annahme empfohlen wurden. Was die sozialdemokratische Fraktion über dieses „Provisorium“ hinaus noch wünscht und als ein „Definitivum“ anstrebt, das wurde in der Debatte von unserem Genossen Singer dargestellt. Sie fordert vor allem eine Verstädtlichung auch des Krankentransportwesens sowie für das gesamte Rettungswesen nach seiner Verstädtlichung ein eigenes Kuratorium, in das aus der Mitte der Bürgerschaft Sachverständige, z. B. Vertreter von Krankenkassen, hinein deponiert werden könnten.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung wurde ein Beschluß gefaßt, der aufs neue zeigt, wie die freisinnige Mehrheit unserer Stadtverordnetenversammlung ihre Machtstellung mißbraucht. Es handelte sich um „Zuteilung eines Stadtbezirks an einen Stadtverordneten“ — des Stadtbezirks 188 im Köpenicker Viertel, den bisher der Freisinnige Rosenow als „recherchierender Stadtverordneter“ unter sich gehabt hat, auf den aber seit Anfang vorigen Jahres unser damals in die Versammlung eingetretener Genosse Sassenbach Anspruch erhebt. Dieser Anspruch ist schon deshalb berechtigt, weil Sassenbach im Bezirk wohnt. Herr Rosenow wohnt nicht darin, aber er hält diesen Bezirk fest, obwohl er daneben noch drei andere Bezirke hat, während dem Genossen Sassenbach bisher überhaupt kein Bezirk zu Recherche zugewiesen worden ist. Bei dem Willkürakt, den die freisinnige Mehrheit im vorigen Jahr übte, soll es bis auf weiteres noch verbleiben. Gestern wies Genosse Ewald darauf hin, daß schon das Gerechtigkeitsgefühl eine Aenderung dieses Zustandes fordert. Aber wo der Freisinn in der Mehrheit ist, da gibt's für ihn kein „Gerechtigkeitsgefühl“. Der Grund des hartnäckigen Widerstandes, den Herr Rosenow und die Seinen in dieser Streitfrage leisten, liegt offen zutage. Der 188. Stadtbezirk gehört zum 19. Kommunalwahlbezirk, der ein Teil des dritten Reichstagswahlkreises ist. Herr Rosenow, der den 19. Kommunalwahlbezirk noch vertritt und gern auch den dritten Reichstagswahlkreis vertreten hätte, fürchtet im Köpenicker Viertel an „Einfluß zu verlieren“, wenn dort wenigstens in einem Stadtbezirk ein Sozialdemokrat als „recherchierender Stadtverordneter“ dafür sorgen darf, daß in die Armenkommissionen, Schulkommissionen usw. nicht lediglich Freisinnige hineingelangen. Diese Körperchaften sind ja die Stützpunkte der politischen Agitation des Freisinns, darum müssen sie möglichst frei von sozialdemokratischen Eindringlingen bleiben.

Im Vermietungskontor.

Geht man die Linienstraße entlang, so erblickt man auf beiden Seiten fast an jedem Hause ein Schild mit der Aufschrift: Unentgeltliche Stellenvermittlung für Dienstmädchen! Es sind meist Frauen, die dieses Geschäft betreiben. Aber der Großbetrieb hat auch hier schon seinen Eingang gehalten. Während die kleineren Bureaus aus einem Raum bestehen und von der Inhaberin selbst verwaltet werden, sehen den größeren Vermietungsinstituten mehrere Räume zur Abfertigung der Kundschaft zur Verfügung und geschultes Personal. Damen und Herren, nehmen den Eintretenden geschäftig und zuvorkommend in Empfang.

Gegen Ende des Monats herrscht daselbst ein reges Treiben und besonders in den Nachmittagsstunden erreicht der Zubring seinen Höhepunkt. Droschken, Autos, Equipagen folgen dicht hintereinander. In buntem Gewirr drängen sich die Kommenden und Gehenden und die eleganten Toiletten der Damen bieten ein farbenreiches Bild. Abseits stehen und sitzen stillesuchende Mädchen und tauschen im leisen Flüsterton ihre Eindrücke aus.

Die Herrschaften aber sind eifrig damit beschäftigt, die Dienstbücher unständig und gründlich auf ihren Inhalt zu prüfen.

„Mein Gott,“ seufzt eine ältere, dicke Dame, „die war ja überall nur kurze Zeit, in der letzten Stelle bloß 14 Tage, und stets wieder ihr unbotmäßiges Verhalten und ihr renitentenes Wesen gerügt!“

„Vielleicht machen gnädige Frau mal einen Versuch?“ ruft die Vermietlerin einzuwenden.

„Ja, liebe Frau, das ist ja ganz gut, aber wenn sie frech ist, hat's doch keinen Zweck. Mein Mann ist ohnedies schon etwas heftig. Nein!“

Sie wiegt mit schmerzlicher Miene das Haupt hin und her: „Wenn ich noch an die gute, alte Zeit denke; meine Eltern hatten ihre Mädchen 20, 30 Jahre, und die waren so bescheiden und anpruchslos.“

„Ja,“ misst sich eine andere im schwarzen, tadellos sitzenden Kleid ein: „die gibt's nicht mehr, meine Dame, wirklich nicht, jetzt

haben sie den Kopf voll Kaprizen. Und wodurch kommt das? Durch die Fabrikarbeit!“

Eine dritte hat sich hinzugesellt: „Stimmt, meine Damen, ganz recht, denken Sie sich bloß, ich hatte eine drei volle Jahre, jetzt kündigt sie mir, sie will Schneiderin lernen. Ist das nicht toll?“ Sie seufzt: „Und sie war brav und sitzbar, eine Perle, sag' ich Ihnen!“

Alle drei verlassen das Lokal, mit dem Versprechen, morgen, wenn mehr „Auswahl“ da sei, wiederzukommen.

Eine jüngere distinguierte Dame im knisternden Seidenkleid, tritt ein. Sie wendet sich an das bedienende Fräulein. „Eine Jose möchte ich, nur erste Kraft, prima Referenzen selbstverständlich! Sie haben eine hier? Gut, rufen Sie sie her!“

Die Gewünschte kommt herein. Ein schüdes Püppchen mit hochmütigem Gesicht, ein „besseres“ Mädchen, das sich nicht zu den Diensthöfen zählt. Nun beginnt das Verhör:

„Wo waren Sie zuletzt?“

„Fünf Jahre bei der Gräfin de Dubernelle, drei Jahre bei der Freiin von Turan. Ich war bisher nur bei allerhöchsten Herrschaften!“ Sie betont das letztere recht nachdrücklich.

Um die Mundwinkel der Dame zuckt es, sie ist augenscheinlich pikiert. „Ich bin Frau Kommerzienrat Gänzel und wohne am Kurfürstendamm!“ Stolz wirft sie das Haupt zurück. Neue Personen kommen herein und die beiden treten in eine Nische, um da weiter zu verhandeln.

Eine Dame im besten Alter, im Reformkleid, mit Tituskopf und Sportkneifer und burschilosen Mäuren, sieht sich prüfend im Kreise um. In der Hand dreht sie nervös eine Handpeitsche. „Geht mal nicht zu der da“, flüstert ein blasses Mädchen ihren Gefährtinnen zu: „die schlägt ja ihre Diensthöfen und ist deshalb auch schon vor Gericht gewesen.“

Diese wendet sich jetzt an die Vermittlerin: „Was da für mich?“

„O ja, gewiß, gnädige Frau, sehen Sie mal, alles tüchtige Mädels!“

Sie winkt der einen, aber die schüttelt den Kopf, desgleichen die anderen. Sie haben Angst. Nur eine, ein derbes, rotwangiges Mädchen, meint: „Wenn se man jut zählt, det mit die Prügel, davor fürcht' ich mir nich, ich schreibe ooch 'ne ganz jute Handschrift.“ Ein Blick auf ihre breiten, arbeitschweren Hände zeigt, daß sie nicht renommiert. Sie tritt resolut hin. Was sie verlangt? 25 Mark. Die Dame zieht die Brauen hoch. „Viel Geld. Wollen wir sagen, 20 Mark, wie?“ „Ne, dann verzichte ich!“ Die Dame überlegt, indem sie das kräftige Mädchen mustert und einige Fragen stellt. Dann bewilligt sie das Verlangte.

Eine statliche Fräulein, in haushälterischer Seidenrobe nach Pariser Schnitt und mit künstlich gewelltem Haar, auf dem ein Hut von ungeheuren Dimensionen thronet, hat sich mitten im Zimmer plaziert und betrachtet durch die Vorgnette die aufwesenden Mädchen. „Wissen Sie, Frau Müller, ich möchte am liebsten ein junges Mädchen vom Lande, ich würde es ganz gerne anlernen!“

„Damit kann ich dienen, Frau Geheimrat, Sie haben wirklich Glück,“ erwidert die Angeprochene dienstbesessenen und winkt einem jungen, schlichteren Mädchen in ländlicher Tracht.

Die Dame betrachtet das junge Ding wohlgefällig mit süßlichem Lächeln: „Bist Du zu mir, Kind, es wird Dir gefallen bei mir?“ Das „Kind“ nestelt verlegen am Schürzenband. Jetzt klappt es schüchtern: „Meine Mutter hat aber gesagt, ich soll nur eine Stelle annehmen, wo ich jeden Sonntag zur heiligen Messe gehen kann.“

Die Frau Geheimrat fährt in freudiger Ueberraschung auf: „Aber gewiß, liebes Kind, das sollst Du, jeden Sonntag kannst Du zur Frühmesse gehen. Sehen Sie, Frau Müller, so hab' ich mir schon lange ein Mädchen gewünscht!“

Die ersten Uebersichten über Ferienonderzüge. Die ersten Uebersichten über die Ferienonderzüge liegen jetzt vor. Sie betreffen die Sonderzüge von Berlin nach der Sächsischen Schweiz und nach dem Riesengebirge. Nach Dresden und Schandau gehen Sonderzüge vom Anhalter Bahnhof am 6. und 14. Juli sowie am 15. August. Die Abfahrt erfolgt am 6. Juli und 15. August um 2.10, die Ankunft in Dresden Hauptbahnhof 6.01, Schandau 7.14. Am 14. Juli geht der Zug vormittags 7.15 und ist in Dresden Hauptbahnhof 11.30, in Schandau 12.32. Rückfahrten kosten III. Klasse nach Dresden 9.30 M., nach Schandau 11.10 M., II. Klasse 14.90 und 17.70 M. Der Fahrkartenerwerb wird am Tage vor Zugabgang abends 6 Uhr geschlossen. Die Rückfahrt kann mit allen fahrplanmäßigen Zügen über Elsterwerda oder Rödertau stattfinden. Von Schandau bis Dresden kann die Fahrt auch mit den Elbdampfern ausgeführt werden. Nach dem Riesengebirge gehen Züge vom Görlitzer Bahnhof am 8. und 15. Juli sowie am 15. August 7 Uhr vormittags. Man ist in Greiffenberg um 12.05, Friedeberg am Ruwis 1.00, Dirschbach 1.00, Schmiedeburg 2.20, Jüterthal-Erdmannsdorf 2.00, Krummhübel 2.32, Petersdorf 2.06, Ober-Schreiberhau 3.10. Rückfahrten kosten III. Klasse 14.10 M., II. Klasse 21.80 M. Von Jüterthal-Erdmannsdorf nach Krummhübel und von Petersdorf nach Ober-Schreiberhau werden jezt einfache Fahrkarten zum Preise von 50 und 30 Pf. III. Klasse in Berlin ausgeben. Der Fahrkartenerwerb wird 24 Stunden vor Zugabgang geschlossen. Die Rückfahrt kann mit allen fahrplanmäßigen Eil- und Personenzügen über Görlitz-Cottbus oder Koblentz-Sommerfeld ausgeführt werden. Bei Schnellzügen ist Zusatzlag zu bezahlen. Alle Rückfahrkarten gelten 60 Tage. Freigeпад gibt es nicht.

Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes wählte in seiner letzten Sitzung einen Inspektionsassistenten und erhöhte die Alfordräge der Bodenarbeiterinnen.

Eine große Anzahl von Beschwerden der Treiber über unbillbare Zustände auf dem Viehof waren durch Genossen Hoffmann vor einiger Zeit dem Kuratorium überreicht worden. Nach einer Verörterung durch Hoffmann sah das Kuratorium folgende Beschlüsse:

1. Die Vermehrung der Abortanlagen in Erwägung zu ziehen (eine solche wird an der Schweinehalle neu gebaut). Geschlossene wieder zu öffnen.
2. Bei der nächsten Vauereisierung den Neubau einer größeren Aufenthaltshalle für die Viehtransporteure feststellen resp. Vorschläge dazu machen zu lassen.
3. In den Wintermonaten soll eine größere Anzahl Viehhofarbeiter in den großen Transportwägen bereitgehalten werden, um bei eintretendem Glatteis die Transportstraßen, Rutschen und Rampen sofort mit Sand zu bestreuen und so berechtigten Klagen Abhilfe zu schaffen.
4. Die Rinderhalle soll in Zukunft in den in Frage kommenden Nächten auch im Mittelgange erleuchtet werden und die zu fortwährenden Unzuträglichkeiten führenden unwirtschaftlich angebrachten unteren Treppenscholme sollen erhöht werden.
5. Wegen besserer Beleuchtung der Rinderställe wurde eine besondere Kommission gewählt, welche den Tatbestand prüfen und dem Kuratorium Abänderungsvorschläge machen soll.
6. Auf Beschwerde der Viehtreiber über Beschäftigung zu junger Burschen zum Viehtreiben lehnte es das Kuratorium ab, das Alter von 16 auf 18 Jahre heraufzusetzen, da nicht das Alter, sondern Körperkräfte, Gewandtheit und Zubereitfähigkeit der Betreffenden maßgebend wären. Daraus ganz besonders bei der Zulassung zu achten wurde der Direktion zur Aufgabe gemacht.

Die bei den Viehtransporten verwendeten Frauen, Witwen und Angehörigen von Treibern und Overtreibern werden von dem Kuratorium nur als Kontrollreue betrachtet. Die Zahl ist nur gering (15—19) und geht ständig zurück.

Zu einem Verbot dieser Frauenätigkeit konnte das Kuratorium im Einverständnis mit dem Referenten nicht kommen. Wohl nicht mit Unrecht sehen die Viehtreiber in den jungen Burschen und Frauen Lohndrücker; dagegen kann nur die Organisation helfen. Interessant war, daß man von einer Seite im Kuratorium von „einer uns ganz fremden Organisation“ sprach, „die wir gar nicht kennen“. Damit meinte man den Verband der Handels- und Transportarbeiter. Der Referent legte dar, daß es das gute Recht der Viehtransporteure sei, sich diesem Verbands anzuschließen. Wenn der Verband diesem oder jenem unbefallen sei, so läge das nicht am Verbands. Er, Redner, gebe allerdings aus anderen Gründen ohne weiteres zu, daß es für beide Teile praktischer wäre, der Verein der Viehtreiber schloße sich dem Verband der Gemeindearbeiter an.

Kommodien-Omnibuslinien. Für drei weitere Omnibus-Omnibusklinien der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft hat das Polizeipräsidium jezt den Tarif genehmigt. Die Aufnahme des mechanischen Betriebs bei diesen Linien steht aber noch nicht fest. Es handelt sich um die Linien 2 Ketteldorfer-Platz-Spittelmarkt, 5 Bülowstraße-Stettiner Bahnhof und 15 Warschauerstraße-Bahnhof Groß-Görschenstraße. Auf allen drei Linien sind zahlreiche Teilstrecken zu 10 Pf. mit einer Ausdehnung von 2560 bis 3360 Meter vorgesehen. Auf Linie 2 sind dies Ketteldorfer-Platz-Bahnhof Friedrichstraße, Weddingplatz-Unter den Linden, Riesenstraße-Jägerstraße, Invalidenstraße-Spittelmarkt. Bei Linie 5 bilden Teilstrecken Bülowstraße-Friedrichstraße, Ede Leipzigerstraße, Bülowstraße-Bahnhof Friedrichstraße, Potsdamer Platz-Oranienburger Tor, Leipzigerstraße-Stettiner Bahnhof, bei 15 Warschauerstraße-Alexanderplatz, Königsbergerstraße-Wallstraße, Ostbahnhof-Spittelmarkt, Koppensstraße-Friedrichstraße, Alexanderstraße-Potsdamer Platz, Spittelmarkt-Bülowstraße, Friedrichstraße-Großgörschenstraße. Die ganzen Linien sind 4800, 5280 und 8100 Meter lang.

Dem Wunsche zahlreicher Parteifreunde folgend, kommen wir mit der Veröffentlichung folgender Zeilen nach:

Einer unserer alten Parteimitglieder, der Genosse August Hingke, begeht heute die Feier seines 50. Geburtstages.

Es war im Anfang der achtziger Jahre, noch unter den Gefahren und Fesseln des fluchwürdigen Sozialistengesetzes, wo wir August Hingke zum ersten Male in der Öffentlichkeit auftreten sehen. Im Verein mit einigen wenigen Genossen unternimmt er das mühselige und schwierige Werk, seine Kollegen, die Handlungsgesellen, für eine klassenbewußte Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen.

Von diesem lang zurückliegenden Zeitpunkt an sehen wir August Hingke ohne Unterlaß in Partei und Gewerkschaft tätig.

Der eifrige und selbstlose Mitarbeiter findet denn auch bald die verdiente Beachtung. Die Genossen des sechsten Kreises übertragen ihm das Mandat eines Stadtverordneten, wählen ihn zum Vertrauensmann der Partei und erst kürzlich ward er dazu ausersehen, die Zentralisation der Parteipetitionen Groß-Berlins zu leiten und zu führen.

Reich beladen mit Parteiarbeiten tritt er in das sechste Jahrzehnt seines Lebens. Wir wollen wünschen, daß es unserem Freunde beschieden sei, noch recht lange Zeit in alter Treue und Hingebung für unsere Sache tätig zu sein, zum Wohle des Proletariats, zum Wohle der Sozialdemokratie!

Zu dem Projekt der Durchlegung der Spitzstraße bis zur Lennestraße wird heute berichtet, daß die Entwürfe augenblicklich dem Minister für die öffentlichen Arbeiten vorliegen. Die Mitteilung einer diesigen Korrespondenz über die Ablehnung des Projektes durch den Polizeipräsidenten wird als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Der Polizeipräsident habe sich nur gutachtlich geäußert und allerdings auch Momente angeführt, die gegen das Projekt sprächen. Die letzte Entscheidung wird bekanntlich vom Kaiser gefällt, der für die Entlastung des Potsdamer Platzes ein erhebliches Interesse befinde. Berlin darf bekanntlich über seine Straßen nicht selbstständig verfügen, weil sie die Ehre hat, Haupt- und Residenzstadt des Deutschen Reiches zu sein.

Ein Gerichtsschöffe, wie das Unternehmertum ihn sich wünscht, ist der Wild- und Geflügelhändler Julius Pabst, der im Hause Kesselstraße 42 wohnt. Diesem Herrn war in der vorigen Woche die Ehre zuteil geworden, bei dem Amtsgericht als Schöffe fungieren zu dürfen. Dabei war er dann, wie sich das in unseren Zeitläuften ja von selbst versteht, auch in die Lage gekommen, über Streikposten zu urteilen. Wie eifrig und mit welchem Ergebnis er das getan hat, darüber hat er selber in einer Gastwirtschaft von W. in der Kesselstraße sich geäußert. Im Scherz war er dort als „Herr Amtsgerichtsrat“ bezeichnet worden, und das war ihm dann ein Anlaß, über seine ritterliche Tätigkeit einige Mitteilungen zu machen. „Arme Luder kommen frei,“ so ungefähr erzählte er, „aber andere werden verknadt, besonders aber die Streikposten, die kommen unter 15 M. nicht weg!“ Herr Julius Pabst, der Wild- und Geflügelhändler, hat als Schöffe selbstverständlich immer nur nach seiner Ueberzeugung ge- und verurteilt. Aber die Unternehmer, denen in ihrer Sorge um ihren dreimal heiligen Profit ein Streikposten als ein ganz besonders gefährlicher Verbrecher erscheint, werden es dem Herrn Schöffen danken, daß bei ihm und seinesgleichen ein Streikposten „nicht unter 15 M. weglommt“. Das Selbstbekenntnis dieses Schöffen, der in der Kneipe über seine Tätigkeit berichtet und mit Genugtuung feststellt, daß besonders Streikposten „verknadt“ werden, ist ein beachtenswerter Beitrag zur Psychologie unserer Richter. Es ist übrigens nicht ganz klar, wen er mit den „armen Ludern“ gemeint haben kann. Er hat da wohl weniger an jene Sünder gedacht, die aus Not die Befehle übertreten und dann abgeurteilt werden müssen, als an die geistig Armen, die aus purer Dummheit gegen irgendeinen Gesehesparagrafen sich vergehen. Streikposten zählen bei ihm offenbar zu den geriebenen Döselwicklern, für die es keine Gnade geben darf. Zu den geistig Armen, die Herr Pabst schon, wird allerdings auch kein Streikposten gemorsen zu werden wünschen.

Im Wahnsinn aus dem Fenster herausgestürzt. Großes Aufsehen verursachte gestern morgen in der Bergmannstraße die Tat eines Irren. Der 34 Jahre alte Buchdrucker Richard Weidling, Bergmannstr. 14 wohnhaft, war schon seit Jahren stark nervenleidend. In der vergangenen Nacht brach bei dem Unglücklichen plötzlich der Wahnsinn aus. Morgens in der vierten Stunde lief er fortwährend die Bergmannstraße auf und ab und ein Schuhmann beobachtete, wie der Kranke schließlich in dem Hause Nr. 108 verschwand. Wenige Minuten später fiel ein menschlicher Körper per den dritten Etage auf die Straße hinab. Er hatte sich vom Flur aus dem Fenster herausgestürzt. Die Füße waren dem Kernstein vollständig zerschmettert worden und außerdem hatte er schwere innere Verletzungen erlitten. In hoffnungslosem Zustande wurde W. in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Einen seltsamen Fund machten gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr Schulkinder, als sie sich in der Christianiastraße an der

Koloniestraße mit Aufmerksam von Erde beschäftigten. In dieser Gegend standen bekanntlich früher Lauben. Als die Kinder ungefähr einen halben Meter tief gegraben hatten, stießen sie auf ein großes gut erhaltenes Blechblech. Der Fund wurde sofort von der Polizei beschlagnahmt.

**Der Schwindler mit dem Paket.** Hausverwalter und Portierleute sucht sich ein Betrüger als Opfer heraus, der in letzter Zeit in den südlichen Stadtteilen auftritt. Er erscheint mit einem Paket in der Hand bei den Erwähnten und gibt an, daß er für den Mieter K., der augenblicklich nicht zu Hause sei, eine Uhr, eine Brosche usw. abzugeben habe. Die Sachen seien repariert worden und zum Schluß erludt der Schwindler seine Opfer, das Paket doch für den Mieter in Verwahrung zu nehmen und die Reparaturkosten auszuliegen. Fast jedesmal fällt der Betreffende auch auf das Betrugsmanöver herein. Oeffnet er dann später das Paket, so findet er darin wertloses Holz und Steine. Vor dem Gauner, der äußerst sicher auftritt, mag dringend gewarnt sein.

**Eine Sandalenlat in der Berliner Kunstausstellung.** Ein bisher nicht ermittelter Dieb hat am hellen Tage in der Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof das von Hans Hermann Gütter gemalte Porträt des Geheimrats Prof. Slaby in schändlichster Weise beschädigt. Mit einem scharfen Messer hat er das rechte Auge des porträtierten Gelehrten zerstört. Das vielbeachtete Bild ist dadurch vernichtet. Es hing in dem im östlichen Flügel gelegenen Saal 23 und trug die Katalognummer 1173. Der Täter wählte zur Ausführung der Tat die Zeit um 1 Uhr mittags, in der die Besucherzahl sehr klein zu sein pflegt. Der Saal 23 hat von zwei Seiten Eingänge und wird von einem Aufseher bewacht, der noch zwei Nebenale zu beobachten hat. Er hat aber von dem Vorgange nichts bemerkt. Die Tat muß das Werk eines Augenblicks gewesen sein.

**Feuerwehrbericht.** In der letzten Nacht um 4 Uhr kam in der Frankfurter Allee 130 durch Selbstentzündung von Preßholz Feuer aus. Der Brand konnte auf den Keller beschränkt werden. Gestern früh brannten Faldensteinstr. 27 Gärten u. a. Auch in der Kochhausstraße 26 mußte ein Gärtenbrand gelöscht werden. Im Quergebäude Michaelkirchstr. 2a war die Verhüllung der Dachrinne in Brand geraten und in der Sebastianstr. 41 III der Fußboden u. a. Wegen Schornsteinbränden usw. wurde die Wehr nach der Dennewitzstraße 35, Friedrichsfeiderstraße 26 und anderen Stellen gerufen. Papier wurde in der Schönhauser Allee 146 ein Knab der Flammen. In der Zimmerstr. 28 drohte ein Gefäss einzufallen. Klempner waren dort mit Arbeiten beschäftigt, weshalb die Wehr gleich wieder abzog. Eine unmittelbare Gefahr lag nicht vor.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Eine allgemeine Armenpflegekonferenz, an der die Mitglieder der Armenkommission, die Armenärzte, die Bezirksvorsteher, die Armenkommissions-Mitglieder und die Waisenräte teilnahmen, tagte kürzlich im Rathaus. Der Dezernent der Armenverwaltung, Stadtrat Seydel, führte den Vorsitz und referierte über verschiedene Fragen aus der Praxis. Die ganzen Verhandlungen atmen einen Geist, der die in der Rixdorfer Armenpflege vorherrschenden rückwärtigen Auffassungen bekämpfte. So regte man sich nicht wenig darüber auf, daß Leute bei Todesfällen wohl eine Freistelle auf dem Friedhofe beantragen, auf die Lieferung eines Armenfarges aber verzichten, um selbst einen besseren Sarg zu besorgen. Der Herr Stadtrat instruierte die Versammelten dahin, daß dies nicht zulässig, ja aus ethischen Gründen sogar verwerflich sei: wer keinen Armenfarg will, soll auch keine Freistelle haben. Es wäre ja auch fürchtbar, wenn nicht auch das Begräbnis eines Orlsarmen in jeder Hinsicht erkennen ließe, daß dieser durch unsere göttliche Weltordnung gezwungen war, die „Wohlthätigkeit“ der bürgerlichen Gesellschaft über sich ergehen zu lassen. Was es für den Besessenen mit der Freizügigkeit auf sich hat, ging aus dem Hinweis des Vorsitzenden hervor, bei aus anderen Gemeinden Zugehenden ja recht vorichtig zu sein und genau zu prüfen, ob diese nicht bereits den Armenfarg erhalten haben; in solchen Fällen solle die Aufnahme in die Heimatgemeinde veranlaßt werden. Auf die Frage eines unserer Genossen, ob man auch den galizischen und polnischen Arbeitern gegenüber, welche vom Eisenbahnstus beim hiesigen Bahnbau und auch sonst von Rixdorfer Unternehmern in großer Zahl beschäftigt werden, so rigoros vorgehe, wurde die bezeichnende Antwort erteilt, daß diese Leute sehr bedürftig seien und von ihrem Verdienst noch sparen; hier liege also für die Armenverwaltung keine Gefahr vor. Auch die aus Berlin hier zuziehenden Armen will man mehr unter die Lupe nehmen. Die Berliner Armenverwaltung zahlt nämlich wesentlich höhere Pflegegelder und um — wie man sagte — die Begehrlichkeit der Rixdorfer Armen nicht anzureizen, sollen die Berliner Almosenempfänger auf die niedrigen, absolut unzureichenden Rixdorfer Sätze herabgeschraubt werden; das Gegenteil sei „falsche Humanität“. Dabei zahlt Berlin die höheren Beträge anstandslos der Rixdorfer Verwaltung zurück, so daß die dort bestehende charakteristische Knauerei ganz unverkennbar wird. — Den Kardinalpunkt der Beratungen bildete die Einführung von Frauen als Pflegerinnen in die Armenverwaltung. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der weiblichen Hilfe auf diesem Gebiete dürften unter geistig vorgebildeten Karbidenden Menschen wohl Reinigungsarbeiten nicht mehr bestehen. Die einleitenden und befürwortenden Ausführungen des Stadtrats Seydel entsprachen auch der modernen Auffassung und wiesen im übrigen an Beispielen aus Berlin und Frankfurt a. M. treffend nach, wie vorzüglich sich die Frauen in diesen kommunalen Ämtern bewähren können. Anders die Rixdorfer Armenvorsteher! Gewiß kam auch manche verständige Ansicht zum Ausdruck, aber im großen und ganzen zeigten sich die Herren von höheren Gesichtspunkten durchaus nicht angekränkt. So zog einer der Redner für die Fernhaltung der Frauen das Wort heran: Er soll dein Herr sein! und bezeichnete das Streben nach Heranziehung weiblicher Hilfe als „Robekrankheit“. Ein anderer hielt es für unmöglich, daß eine Frau über sexuelle Dinge ihren männlichen Kollegen gegenüber berichten könne; es ginge nicht an, mit einer Frau beispielsweise von Kontubindanten zu sprechen. Ja, dieser Herr versicherte, daß bei einem bereits unternommenen Versuch die männlichen Mitglieder der betreffenden Kommission befangen waren und sehr verstimmt — wütend und wahrhaftig verstimmt waren. Die Frauen vor den Insulten der „unverschämten“ und „auverschämten“ Armen — neben denen es ja auch einige verschämte gebe — zu bewahren, war der Grund zur Ablehnung seitens eines weiteren Armenpflegers, von dessen „Liebes“ tätigkeit man sich nach diesem Ausdruck einen Verd machen kann. Und so ging es weiter mit Grazie in Verbindung von Beweisen für den reaktionären Geist spießbürgerlicher Wohlthatpflege, bis schließlich ein besonders genialer Herr Armenvorsteher das ungeheuerliche Ende der geplanten Neuerung entdeckte: die bisherigen Armenpfleger wolle man nur durch die Frauen verdrängen, welche letztere schließlich dann um so leichter unter die Botmäßigkeit der Männer von der Sozialdemokratie gebracht würden. Schrecklich! Wie mag sich wohl im Kopfe dieses geangefahrenen Mannes der Betätigungsbang der politisch aufgeklärten Arbeiterschaft malen? Jedenfalls hat diese Konferenz wieder einmal gezeigt, wieviel Unkenntnis und beispiellose Rücksichtslosigkeit selbst in Großstädten noch im kommunalen Leben ihr Wesen treibt. Diese Tatsache dürfte auch dazu beitragen, daß der fast einstimmige Beschluß der Armenkommission auf Einführung von weiblichen Armenpflegerinnen noch lange auf Durchführung warten kann, wenn nicht den Armenkommissionen nachdrücklich die Befolgung dieses Beschlusses der obersten städtischen Armenbehörde nahegelegt wird.

Eine große Anziehungskraft üben anscheinend die Schaufenster des Konfektionsgeschäftes von Loeb, Bergstraße 52/53, auf die Einbrecher aus. In kurzer Zeit wurden die Kästen dreimal hintereinander von Schaufenstermardern erbrochen und vollständig aus-

geraubt. Auch in der gestrigen Nacht war dies wieder der Fall. Diesmal erbeuteten die Täter Kleidungsstücke im Werte von 150 M.

### Charlottenburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Dienstagabend, die von etwa 350 Genossen besucht war, machte der Vorsitzende Genosse Zietsch zunächst Mitteilung von dem plötzlichen Tode des Genossen Henschke, dessen Andenken die Versammelten durch Erheben von den Plätzen ehrten. Des weiteren teilte der Vorsitzende mit, daß der bisherige Stadtverordnete Genosse Dr. Repler sein Mandat niedergelegt und seinen Austritt aus dem Wahlverein und der Partei angezeigt habe. — Zu der Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Feilmann, Will und Gredtjahn delegiert. — Sodann erstattete der Kassierer Genosse Müller den Kassierenbericht. — Es folgte die Aufnahme von etwa 100 neuen Mitgliedern.

Kommune erhielt Genosse Dr. Vorchardt das Wort zu einem Referat über „die letzten Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung“. Der Redner schilderte das unsoziale Verhalten des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordneten in einer Reihe von Fällen und ging dann auf die Verhandlungen anlässlich der Streitigkeiten der Müllwertungsverwertungsgesellschaft mit ihren Rutzern ein. Die Gesellschaft ist vertraglich verpflichtet, Streitigkeiten, die zum Streit zu führen drohen, vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zum Austrag zu bringen. Statt dessen hat sie die Streitigkeiten durch eine Aussperrung zu erledigen gesucht. Da der Magistrat sie hierin unterstützte, gelang es ihr, genügend Arbeitswillige zu finden. Anstatt den Vertrag zur Durchführung zu bringen, haben der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten den Vertragsbruch der Gesellschaft gutgeheißen. Natürlich wurde dies Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung von unseren Genossen ins rechte Licht gerückt.

In der Diskussion wies Genosse Zietsch auf den inneren Zusammenhang zwischen dem Verhalten der bürgerlichen Parteien und den allgemeinen Zuständen hin und betonte die Notwendigkeit starker öffentlicher Betätigung seitens der Arbeiter.

Genosse Geber ging auf einen Artikel der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“ ein, worin die Beurteilung des Müllwärters Pauleit wegen Beschimpfung Arbeitswilliger zu einer Woche Gefängnis mitgeteilt wird. Aus dem Inhalt des Berichts von der Gerichtsverhandlung hatte bereits Genosse Vorchardt nachgewiesen, daß es sich nur um einen sehr gelinde zu beurteilenden Fall handeln könne, da eine starke Erregung gegenüber dem ehelichen Verhalten Arbeitswilliger erklärlich und berechtigt sei. Genosse Geber teilte nun weiter mit, daß der Organisation der Transportarbeiter ein Kassierer namens Pauleit nicht bekannt sei, und daß nach seinen Ermittlungen ein solcher an der Aussperrung der Müllwertungsverwertungsgesellschaft nicht beteiligt gewesen sei. Die „Neue Zeit“ wird das natürlich nicht hindern, auch in Zukunft jeden Erwerb an einem Akt von sozialdemokratischem Terrorismus zu stempeln. Das Blatt nennt sich „liberal“, und fühlt ein starkes Bedürfnis nach innigster Paarung mit dem Reichstagsverband.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: Nach eingehenden Erörterungen über die Stellung des Magistrats zu der Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordneten betreffend die Aussperrung der Müllabfuhrleute kommt die heutige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburgs zu dem Schluss, daß die arbeitserfeindliche, allem Ansehe nach auch von falschen Berichten hergeleitete Haltung des Oberbürgermeisters und der bürgerlichen Stadtverordnete mehrheitlich zurückzuführen ist auf das geringe Verständnis, welches Bürgermeister und bürgerliche Stadtverordnete für das Leben, die berechtigten Wünsche und zugesicherten Rechte der Arbeiter besitzen.

Die zielbewußt vorwärts strebende Arbeiterschaft Charlottenburgs wird darum umso mehr darauf bedacht sein, durch eigene Kraft zu erlangen, was ihnen das mangelnde soziale Verständnis der Besitzenden und Herrschenden in der Gemeinde vorenthält.

Zum Polizeipräsidenten von Charlottenburg ist der Landrat des Landkreises Wiesbaden von Herzberg ernannt worden.

### Schmargendorf.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich Donnerstag mittags an der Breiten- und Cunostrahenecke. Der Aufscher eines dort vorüberfahrenden Zementwagens stürzte so unglücklich von seinem Wagen, daß ihm die Mäher desselben einen Arm und ein Bein fast vollständig vom Humpfe trennten. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen in der Nähe wohnenden Arzt wurde er in hoffnungslosem Zustande nach dem Kreiskrankenhause in Lichtenfelde gebracht.

In einer Wohnung im Grunewald am Dienstag aufgefunden und am Donnerstag auf dem Friedhofe in Schmargendorf beerdigt wurde die Leiche des vor etwa einer Woche verschwundenen fünfzehnjährigen Sohnes des Malermeisters Wöhrstedt aus Schmargendorf. Er hatte sich aus Gram über den vor einigen Monaten erfolgten Tod seiner Mutter mit Njfol vergiftet.

### Adlershof.

Was durch die Verfügung des verstorbenen Ministers v. Hammerstein innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle als Rechtsnorm gilt — nach der es auch den Frauen gestattet ist, an Versammlungen politischer Vereine teilzunehmen — hatte für Adlershof bisher keine Geltung. Jetzt nun scheint der Wind umgeschlagen zu sein und man gewinnt den Eindruck, als wollte der Geist des seligen Herrn v. Oppen sich endlich zur Ruhe begeben. Jedenfalls konnte eine am Montag bei Saal einberufene Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins, an der auch Frauen teilnahmen und in der Genosse Hildebrand über den „Rufen der Konsumvereine“ sprach, ungehindert tagen! Redner schilderte die Entstehung und Entwicklung der Konsumbewegung und weist auf die wachsende Bedeutung derselben als Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse hin. Auch im wirtschaftlichen Kampf kann eine gut fundierte Konsumgenossenschaft ihren kämpfenden Mitgliedern sehr gut einen materiellen Rückhalt gewähren durch unentgeltliche Verteilung von Lebensmitteln und somit zum Kampfmittel im wahren Sinne des Wortes werden. Redner schließt seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, sich nicht allein politisch und gewerkschaftlich, sondern auch für die Sache der Konsumgenossenschaften zu betätigen. Genosse Hüstermann weist auf den bevorstehenden Kampf im Widergewerbe hin und ermahnt die Anwesenden, die Sache der streikenden Gefellen voll und ganz zu der ihren zu machen. Zum Schluß wurde auf das am 14. Juli in Nieber-Schönebrunn (Hasselwerder) stattfindende Kreisfest hingewiesen.

### Zeuthen.

Ein „nobler“ Arbeitgeber und Gastwirt scheint der als Saalverweigerer bekannte Restaurateur Waldemar Rastack („Zeuthen See“) zu sein. Der Herr wurde der hiesigen Arbeiterschaft erstmalig bekannt, als er auf das Verlangen, seinen Saal zu einer Versammlung zur Verfügung zu stellen, die Antwort gab: „Ich pfeife auf die Arbeiter und verschleierte nur auf die Haut vol!“ Zu dem wird uns jetzt mitgeteilt, daß der Herr auch mit seinen Angestellten vor einigen Tagen nicht glimpflich verfahren sein soll. Der bei R. beschäftigte Kellergeriet wegen des freien Tages in Wortwechsel, der damit geendet haben soll, daß Herr R. den Keller hinter verschlossenen Türen mißhandelte. Der Keller hat Anzeige erstattet und eine spätere Gerichtsverhandlung dürfte nähere Aufklärung über den Sachverhalt bringen. Das „Keltower Kreisblatt“ nahm sich nach den Pfingstfeiertagen dieses Herrn an und lamentierte darüber, daß die Lokalkommission über sein Lokal die Sperre verhängt hat. Es fordert zum Schluß alle Patrioten auf, dem Saalverweigerer die gebührende Unterstützung zu Teil werden zu lassen. Nun, eine solche Aufforderung hätte das Blatt nicht nötig gehabt. Die Lokalkommission wendet sich in ihrer Aufforderung, das Rastack'sche Lokal zu meiden, nicht an die Anhänger des „Keltower Kreisblatts“, sondern an die arbeitserfreundliche Bevölkerung. Diese wird dafür sorgen, daß der „nobler“ Herr mit der Arbeiterschaft rechnen muß.

### Pankow.

Ein umfangreicher Dachstuhlbrand kam gestern mittags in der Bollanderstr. 31, Ecke der Gottschalkstraße, zu Pankow aus. Auch die Berliner Feuerwehr eilte mit mehreren Löschzügen nach der ersten Brandstelle. Im Verein mit der Ortswehr wurde dann mit vier Schlauchleitungen von verschiedenen Seiten aus vorgegangen. Trotzdem dauerte es fast eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Der Dachstuhl ist vernichtet. Ueber die Entstehungsursache des Feuers konnte noch nichts ermittelt werden. Die Ortsfeuerwehr hatte noch bis in die dritte Nachmittagsstunde hinein mit den Aufräumungsarbeiten zu tun.

### Reinickendorf.

Der Verkauf des Zentralschützenhauses soll sich nach einer Mitteilung nicht bewahrheiten. Ginge es so, das Grundstück parzelliert und verkauft werden. Für den Fall, daß die Schießstände eingehen, ist bereits die Erbauung eines neuen Schützenhauses am Hermsdorfer Weg in Tegel beabsichtigt.

### Tegel.

Der Etat der Gemeinde Tegel liegt vom 18. bis 31. d. Mts. zur Einsicht der Gemeindeangehörigen aus. Das schnelle Wachstum der Gemeinde zeigt sich in fast allen Abteilungen des Gemeindehaushalts. Das kleine Dorf Tegel, das noch vor wenigen Jahren kaum eine halbe Million Etat hatte, rechnet jetzt mit einem Etat von rund 1 1/2 Millionen in ordentlicher und außerordentlicher Verwaltung. Der Etat der ordentlichen Verwaltung einschließlich mit 750 000 M. in Einnahme und Ausgabe ab, das sind 125 754 M. mehr als im Vorjahre. Die Ueber- bzw. Zuschüsse balanzieren mit 463 534 M., das sind 90 541 M. mehr als im Jahre 1906. Die einzelnen Abteilungen zeigen folgende Zahlen.

I. Allgemeine Verwaltung: Einnahmen; 40 980 M. (38 253 M. im Vorjahre), Ausgaben: 290 200 M. (215 670 M.) Der Zuschuß beträgt 249 220 M., das sind 71 802,78 M. mehr. Von den Ausgaben entfallen 94 421 M. auf die Gehälter. 23 265,83 M. mehr als im Vorjahre. Neu ist eine erste Rate von 3000 M. zur Begründung einer Gemeinde-Witwen- und Waisenversorgung. Die Polizeikosten sind von 16 000 M. auf 20 000 M. gestiegen. Für die Schulhoheit zur Volksschule sind 139 930 M. zu zahlen. Das sind 45 530 M. mehr als im Vorjahre.

II. Vermögens- und Schuldenverwaltung 45 245,57 M. (44 099,87) Einnahmen, 104 866,74 M. (83 697,49) Ausgaben. Der Zuschuß beträgt 59 621,17 M., das sind 20 028,55 M. mehr. In der Abteilung erscheinen neu nur die im Laufe des Jahres aufgenommenen Anleihen.

III. Grundbesitz: Einnahmen 23 700 M. (12 510), Ausgaben 5 601,72 M. (3 812,16), Ueber- bzw. Zuschuß 18 098,28 M., mehr 9 400,44 M.

IV. Gemeindeabgaben: Einnahmen 476 500 M. (392 400), Ausgaben 48 100 M. (52 450), Ueber- bzw. Zuschuß 427 400 M., mehr 87 450 M. Die Zuschüsse zur Staatssteuer bringen 35 000 M. mehr. Die Grundwertsteuer bringt 22 000 M. mehr, statt 183 000 M. 155 000 M. In einer Randbemerkung ist festgestellt, daß der Grundstückswert in Tegel zurzeit 77 500 000 M. beträgt. Im Jahre 1902 wurde er nur mit 27 700 000 M. berechnet. Die Gewerbesteuer soll 10 700 M. mehr bringen, nämlich 87 900 M. statt 27 200 M. Die Umsatzsteuer hat im letzten Jahre das „Soll“ nicht erreicht. Sie brachte statt 60 000 M. nur 40 000 M. Die Wertzuwachssteuer erscheint zum ersten Male. Sie ist mit 30 000 M. angesetzt. Die Hundsteuer wird statt 3000 M. im laufenden Etatsjahre 5000 M. bringen. 4700 M. weniger ist die Kreissteuer geworden. Statt 52 000 M. werden nur 47 300 M. zu zahlen sein. Der Mülltag ist nur ein augenblicklicher, bedingt durch die neue Berechnung, die statt des laufenden Jahres das vergangene berücksichtigt.

V. Armen- und Waisenverwaltung: Einnahmen 6730 M. (5620 M.), Ausgaben 16 789 M. (15 937,80 M.), Zuschuß 10 099,36 M., weniger 148,44 M. Von auswärtigen Armenverbänden sollen 2000 M. eingehen.

VI. Gemeindefullwesen. a) Realschule. Einnahmen (Schulgeld) 20 000 M., mehr 5685 M. Ausgaben 59 000 M., mehr 15 700 M. Zuschuß 39 000 M., mehr 9700 M. Augenblicklich besuchen 150 Schüler die Realschule, 75 die Fortschule. Die Gehälter der Lehrer sind von 31 063,50 M. auf 40 050 M. gestiegen. 1000 M. sollen für Neueinrichtungen eines chemischen Laboratoriums ausgegeben werden. b) Höhere Mädchenschule: Einnahmen 10 650 M., mehr 8800 M.; Ausgaben 17 150 M., mehr 5550 M.; Zuschuß 6500 M., mehr 1760 M. Zurzeit sind es 140 Schülerinnen. Das Schulgeld bringt 3800 M. mehr, nämlich 10 640 M.; für Gehälter werden 11 837,50 M. gezahlt. c) Kleinfinderschule: Einnahmen 910 M., mehr 200 M.; Ausgaben 2850 M., mehr 2330 M.; Zuschuß 2770 M., mehr 2190 M. d) Fortbildungsschule: Einnahmen 2761 M., mehr 791 M.; Ausgaben 7061 M., mehr 2161 M.; Zuschuß 4300 M., mehr 1870 M. Der Staatszuschuß ist um 759 M. erhöht worden, es werden jetzt 2659 M. gezahlt werden.

Auf jedes Kind verteilt entfallen pro Kopf folgende Kosten:

	1907	1906
Volksschule . . . . .	95,28 M.	84,12 M.
Realschule . . . . .	173,33	207,05
Höhere Mädchenschule . . . . .	46,58	59,38
Kleinfinderschule . . . . .	39,67	21,05
Fortbildungsschule . . . . .	21,50	15,33

VII. Betriebsrichtungen: a) Kanalisation: Einnahmen 38 850 Mark (35 350 M.), Ausgaben 63 192,70 M. (63 318,05 M.), Zuschuß 24 342,70 M., weniger 3620,35 M.; b) Wasserwerk: Einnahmen 58 600 M. (52 700 M.), mehr 5900 M., Ausgaben 40 563,70 M. (37 354,50 M.), Ueber- bzw. Zuschuß 18 036,30 M., mehr 2691,20 M.

VIII. Straßen, Wege, öffentliche Anlagen und Einrichtungen. Einnahmen 18 588,72 M. (16 096,73 M.), Ausgaben 66 952,52 M. (57 472 M.), Zuschuß 48 393,40 M., mehr 6 958,53 M.

IX. Järgemein. Einnahmen 7 494,71 M. (3 716,40 M.), Ausgaben 26 842,36 M. (23 788,33 M.), Zuschuß 19 347,55 M., mehr 5 724,43 M.

Es folgt dann der außerordentliche Etat, der mit 750 000 M. balanziert, und die verschiedenen Einzelsets.

### Waidmannslust.

Aus der Gemeindevertretung. Der neue besoldete Gemeindevorsteher Herr Viktor Müller aus Rixdorf wird ein reichliches Stück Arbeit vorfinden. Die Kanalisationsfrage harret noch der Lösung. Außer mit Hermsdorf sollen auch mit Wittenau Verhandlungen gepflogen werden. Mit der Gemeinde Tegel ist man ebenfalls, namentlich in der Wasserleitungsfrage, in Verbindung getreten. Die Einführung der Grundwert- und der Wertzuwachssteuer harret ebenfalls der Lösung. Ein Antrag unseres Genossen hierzu liegt vor.

Die Etatsberatung wurde in einer Sitzung erledigt. Unser Genosse erklärte, daß er nicht in der Lage sei, über den Etat abzustimmen, wenn derselbe nicht wenigstens 8 Tage vorher schriftlich zugestellt wird. Dies wurde für den nächstjährigen Etat zugesichert. Die Gemeindefullkommisseur beträgt 120 Proz. Ein Antrag unseres Genossen, die Einkommen mit 400 M. und weniger steuerfrei zu lassen, wurde abgelehnt. — Bei Einführung des neuen Lehrers in Waidmannslust nannte der Pastor Wegner aus Wittenau die Ablehnung einer Entschädigung für die Verwaltung einer kleinen Bibliothek gemein. Hierüber soll der Pastor aufgefordert werden, sich schriftlich zu äußern. Mit der Ablehnung dieser Entschädigung hat die Gemeindevertretung in vorläufiger Weise der Anstellung eines geprüften Oberlehrers vorgegearbeitet. — Für Neuanschaffung von Büchern sind 15 M. der Bibliothekskommission bewilligt. Außerdem ist die Neuanschaffung von Lesegeräten bewilligt.

### Vernau.

Dem letzten Wahlvereinsbericht ist hinzuzufügen, daß das Mitglied Fischer Lubomerski aus dem Wahlverein ausgeschlossen ist. Außerdem finden die Zahlungen nicht jeden zweiten Mittwoch, sondern jeden zweiten Donnerstag im Monat statt.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussions- „Gesellschaft“. Deutscher Abend bei Kossel, Tischbergstr. 18: Sitzung. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.